



DIE WAHL BARACK OBAMAS



INHALT

- 7 | VORWORT
- 9 | BARACK OBAMAS WAHLSIEG:
EINE LEHRSTUNDE DEMOKRATISCHEN VERHALTENS
- 13 | NOCH VIER WOCHEN – US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2008
- 15 | DIE FINANZMARKTKRISE ÜBERSCHATTET DEN WAHLKAMPF
- 17 | HURRIKAN SARAH PALIN
- 19 | US-KLIMAPOLITIK – WAS VON BARACK OBAMA UND
JOHN MCCAIN ZU ERWARTEN IST
- 27 | US-AUSSENPOLITIK ZWISCHEN CHANGE UND BESTÄNDIGKEIT –
WAS IST VON BARACK OBAMA UND JOHN MCCAIN ZU ERWARTEN?
- 37 | OBAMA GEWINNT – KNAPP. DIE VORWAHLEN DER
US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN SIND BEENDET
- 39 | US-PRÄSIDENTENWAHLEN 2008 –
VORWAHLSAISON VOR DEM ABSCHLUSS
- 43 | DIE VORWAHLEN VON IOWA (3. JANUAR)
BIS WISCONSIN (19. FEBRUAR)
- 53 | US-PRÄSIDENTENWAHLEN 2008 –
SUPER TUESDAY: DIE ENTSCHEIDUNG BLEIBT WEITER OFFEN
- 56 | BARACK OBAMA UND MIKE HUCKABEE SIEGEN IN DEN
IOWA-VORWAHLEN
- 59 | VORWAHLKAMPF 2007 – IMMER NOCH INEVITABHILLARY?
- 65 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VORWORT

In den zurückliegenden Monaten war die Weltöffentlichkeit Zeuge eines spannenden politischen Wettbewerbs um die Nachfolge von US-Präsident George W. Bush. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten traten zu den Wahlen weder ein amtierender Präsident noch ein amtierender Vizepräsident an. Sowohl Republikaner als auch Demokraten mussten auf einen potentiellen Amtsbonus verzichten.

Bei den Republikanern wurde die zuletzt als glücklos wahrgenommene Präsidentschaft George W. Bushs als Handicap empfunden: Die Siegchancen eines Kandidaten der Republikaner erschienen von vornherein gering. Gleichzeitig vermochten es die Republikaner nicht, einen Kandidaten aufzustellen, der sowohl innerhalb ihres eigenen Lagers als auch in der Breite der Bevölkerung erfolgreich vermittelbar war. So galt selbst der später mit großer Mehrheit von den Republikanern als Präsidentschaftskandidat nominierte Senator John McCain in Washington lange Zeit als politischer Außenseiter.

Bei den Demokraten stand seit Ende 2006 fest, dass mit Hillary Clinton eine anerkannte und prominente Senatorin aus dem bevölkerungsreichen Bundesstaat New York antreten würde. Zwar erschien sie aufgrund ihrer Professionalität, ihres Siegeswillens und ihres Spendenaufkommens als aussichtsreiche Bewerberin. Gleichzeitig war sie jedoch als Ehefrau des früheren US-Präsidenten Bill Clinton und als Exponentin dieser Ära eine Person, die die US-Gesellschaft äußerst polarisierte. Eine Nominierung Hillary Clintons hätte alte Ressentiments der Jahre 1993-2000 wieder auferstehen lassen.

Dies war einer der Gründe, warum mit Barack Obama ein junger und erst 2005 in den Senat gewählter Politiker den Vorsprung Hillary Clintons bei den Vorwahlen rasch einholen und schließlich überrunden konnte. Das Hauptschlagwort seiner Kampagne lautete „change“. Er konnte zunächst den Stimmberechtigten innerhalb der Demokratischen Partei und schließlich den US-Wählern glaubwürdig vermitteln, dass das Weiße Haus unter seiner Führung einen wirklichen Neuanfang wagen würde. Obama schaffte es nicht nur, eine Aufbruchstimmung zu verbreiten, sondern auch den Wählern zu vermitteln, dass die Vereinigten Staaten mit ihm in der Lage sind, die außenpolitischen, aber auch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Mit dem Wahlsieg Barack Obamas vom 4. November 2008 ist die Sensation perfekt: Zum ersten Mal wählten die US-Bürger einen Spitzenkandidaten mit afrikanischen Vorfahren zum US-Präsidenten. Dass die Hautfarbe dieses Kandidaten im Wahlkampf eine so untergeordnete Rolle spielte, war eine weitere Sensation. Nun bleibt abzuwarten, welche Politik der 44. Präsident der Vereinigten Staaten verfolgen wird.

Das Washingtoner Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung hat den Vorwahlkampf von Republikanern und Demokraten sowie den Wahlkampf zwischen den Kandidaten John McCain und Barack Obama vor Ort intensiv

beobachtet und regelmäßig darüber informiert. Die Berichte haben das Ziel, die interessierte deutsche Öffentlichkeit über die Geschehnisse in den USA zu informieren, die Hintergründe darzustellen und im politischen Kontext zu bewerten.

Wir haben uns entschlossen, eine Auswahl von zwölf Berichten aus dem US-Wahlkampf 2008 in der vorliegenden Broschüre zusammenzufassen. Neben der Betrachtung des Wahlkampfgeschehens und der Analyse der Wahlergebnisse wurden auch die inhaltlichen Positionen der beiden Kandidaten – etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Klimaschutzpolitik – untersucht und miteinander verglichen. Der Leser kann auf diese Weise den Verlauf dieser außergewöhnlichen Präsidentschaftswahlen noch einmal Revue passieren lassen. Weitere Berichte zum US-Wahlkampf sind unter www.kas.de/usa abrufbar.

Eine anregende Lektüre wünscht

*Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*

BARACK OBAMAS WAHLSIEG: EINE LEHRSTUNDE DEMOKRATISCHEN VERHALTENS

Dr. Norbert Wagner | 10. November 2008

Ein historisches Ereignis! Wohl selten traf diese Einordnung einer Wahlentscheidung besser zu als auf die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. 43 Jahre nach der Verabschiedung des *Voting Rights Act* (1965), der die Diskriminierung der schwarzen Amerikaner beim Wahlrecht beendete, wurde ein „African-American“ zum US-Präsidenten gewählt.

Schon in der Wahlnacht konnte man spüren, wie diese Wahlentscheidung die Menschen bewegte. Anders als bei früheren Wahlen gingen unzählige Menschen auf die Straßen. Schwarze, Weiße und Hispanics umarmten sich und feierten gemeinsam, schwenkten die Flagge der USA. In Chicago feierten Hunderttausende ihren neuen Präsidenten. Auch in den Tagen nach dem Wahltag vermitteln die Amerikaner den Eindruck, sie alle haben gewonnen, das Land hat gewonnen, ja die Welt hat gewonnen. Selbst bei treuen Anhängern von John McCain ist kaum Bitterkeit über die Niederlage zu verspüren. Vielmehr sind auch sie alle ein wenig stolz. „Seht her, so etwas ist nur in den USA möglich“, so könnte man die Stimmung beschreiben. Nur in den USA ist solch eine Karriere vom vaterlosen, jungen Schwarzen zum Harvard-Studenten, vom „Community organizer“ zum State-Senator und schließlich vom kurzzeitigen US Senator zum Präsidenten der Vereinigten Staaten möglich „America is back“ und will dem Anspruch wieder gerecht werden, Führungsnation zu sein. Barack Obama gewann gegen John McCain deutlich, sowohl bei den abgegebenen Stimmen (52,6 %: 46,1 %) als auch bei den Wahlmännerstimmen (365: 162). Was sich schon in den Vorwahlen abzeichnete, galt auch bei den Wahlen.

Obama konnte seine Wähler mobilisieren. Insbesondere die 18 bis 29-Jährigen (68 %), aber auch jene zwischen 30 und 44. Nur die über 60-Jährigen stimmten überwiegend für McCain. Frauen stimmten zu 56 % für McCain, Männer zu 48 % gegen 49 % für McCain. 95 % der Schwarzen gaben Obama ihre Stimme, 67 % der Hispanics, 62 % der Asiaten. Weiße

bevorzugten zu 52 % McCain. Natürlich stimmten 89 % der Demokraten für Obama, und 89 % der Wähler, die sich als „liberal“ (d.h. im hiesigen Sprachgebrauch „links“) bezeichnen. Aber auch 60 % jener, die sich als „Moderate“ betrachten. Selbst 20 % der Wähler, die sich als „Conservative“ bezeichnen, stimmten für Obama und 9 % der Republikanischen Wähler. Obama gewann die jüdischen Wähler (78 %), die Katholiken (54 %), lag aber deutlich zurück bei den Protestanten (46 %) und Evangelikalen (41 %).

Der Sieg der demokratischen Partei wird vervollständigt durch die Ergebnisse bei den Kongresswahlen: Senat (57: 40) und House (256: 175). Allerdings blieb das Ergebnis der Kongresswahlen hinter den Hoffnungen der Demokraten zurück. Sie hätten gerne im Senat die Schwelle von 60 Senatoren erreicht, damit Abstimmungen nicht durch „Filibustern“ verhindert werden können. (Die Ergebnisse von drei Senatwahlen stehen noch aus, dürften aber eher zugunsten der Republikaner ausgehen.) Auch der Zuwachs von 20 Mitgliedern im Haus bleibt hinter den hochgesteckten Erwartungen der Demokraten bzw. den Befürchtungen der Republikaner zurück.

Dennoch gehen die Demokraten auch aus den Kongresswahlen gestärkt hervor. Kann der neue Präsident auf sichere Mehrheiten im Senat und im House zählen. Grundsätzlich kann das die Verabschiedung von Gesetzesvorhaben und die Anhörung und Entscheidung bei der Nominierung von Kabinettsmitgliedern und anderen herausgehobenen Positionen der neuen Administration beschleunigen. Eine gestärkte demokratische Mehrheit im Capitol wird aber auch vermehrt dazu neigen, eigene Positionen und Initiativen zu entwickeln. Es wird vor allem vom Geschick des neuen Präsidenten im Umgang mit dem Kongress abhängen, wie reibungslos die Zusammenarbeit funktioniert. In diesem Zusammenhang wird der neuernannte Chief of Staff des Weißen Hauses Rahm Emanuel eine Schlüsselrolle spielen.

„President elect“ Barack Obama steht in den nächsten Tagen und Wochen vor einer Vielzahl wichtiger Entscheidungen: Er muss möglichst rasch einige Schlüsselposten besetzen, ein Paket zur Stimulierung der Wirtschaft auf den Weg bringen, die in ihn gesetzten Erwartungen kontrollieren und zurückschrauben aber auch einige seiner Wahlversprechen wahr machen.

Mit der Berufung von Rahm Emanuel hat Barack Obama einen seiner zukünftig wichtigsten Berater benannt. In den nächsten Tagen werden weitere Ernennungen folgen. Oberste Priorität hat dabei die Ernennung des zukünftigen Finanzministers. Genannt werden Larry Summers oder Timothy Geithner, aber auch Paul Volker (s. Bericht vom 22. Oktober). Zwar wacht der Senat mit Argusaugen darüber, dass ein für ein Amt berufener Politiker vor seiner Anhörung und Bestätigung im Senat nicht den leisesten Eindruck erweckt, er sei bereits im Amt. In diesem Falle und vor allem im Hinblick auf das Gipfeltreffen zur Stabilisierung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems am 15. November in Washington dürfte der Senat wohl eine Ausnahme machen.

Barack Obama ist bewusst, dass die Bekämpfung der internationalen Finanzkrise keine Verzögerung erlaubt und seine erste und wichtigste Aufgabe ist. Er hofft, dass noch der alte Kongress ein weiteres „Stimulus-Paket“ verabschiedet wird. Wenn dies nicht möglich sein sollte, werde dies die erste Maßnahme nach seinem Amtsantritt sein.

Insgesamt steht Barack Obama auf wirtschaftlichem Gebiet vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Die Bush-Regierung und die gemeinsam beschlossenen zahlreichen Stimulus- und Bailout-Pakete haben tiefe Spuren im Haushalt hinterlassen. Das Haushaltsdefizit 2008 wird mehr als 455 Mrd. US\$ (CBO, November 2008) betragen (3,2 % des BSP). Die Staatsverschuldung ist auf 10.600 Mrd. US \$ angewachsen. Im Wahlkampf hat Obama Steuersenkungen für 95 % der Einkommensbezieher (mit Einkommen < 250.000 \$) versprochen. Bezieher höherer Einkommen sollen stärker belastet werden. Außerdem will er verschiedene Steuern erhöhen (z.B. *capital gains tax*). Infrastrukturprogramme sollen die Wirtschaft ankurbeln. Die Automobilindustrie verlangt Überlebenshilfe. Die Krankenversicherung soll erweitert werden (z.B. sollen alle Kinder abgedeckt werden).

All das wird nur bei einer weiteren drastischen Erhöhung der Staatsverschuldung möglich sein. Oder aber Barack Obama muss (vorläufig) Abstriche an seinen Wahlversprechungen machen. Vorschläge, das Haushaltsdefizit durch Ausgabebeschränkungen zu verringern, sind bisher noch rar.

Die Euphorie, die schon während seines Wahlkampfes zu verspüren war, und die Begeisterung, die sein Wahlsieg ausgelöst hat, haben die Erwartungen an den zukünftigen Präsidenten ins Unermessliche steigen lassen. Es bedarf nun großen Geschicks, diese Erwartungen zu kontrollieren, zu dämpfen und auf einen längeren Zeithorizont zu verteilen. Gleichzeitig muss Barack Obama aber beweisen, dass er den Wandel nach Washington bringt, dass sich Washington durch seine Präsidentschaft verändert und zumindest ein Teil seiner Wahlversprechen auch umgesetzt wird. Auch bei der Frage des Truppenabzugs aus dem Irak dürfte das für ihn nicht einfach sein. Obama hat seit Beginn des Wahlkampfes immer wieder betont, dass er von Anfang an gegen den Irak-Krieg gewesen sei und innerhalb weniger Monate aus dem Irak abziehen werde, falls er gewählt werde. Mit dieser Position hat er sich gegen Hillary Clinton und dann gegen John McCain durchgesetzt.

Zum Ende seines Wahlkampfes spielte der Irak-Krieg indes nur noch eine untergeordnete Rolle. Deshalb dürfte den meisten seiner Wähler entgangen sein, dass Barack Obama zwischenzeitlich seine Position modifiziert hat. Abzug aus dem Irak ja, aber eventuell weniger rasch („measured“). Außerdem solle dort eine starke Präsenz des US-Militärs verbleiben, mitunter war von 50.000 bis 70.000 Soldaten die Rede. Barack Obama wird auch bei seinem Besuch im Irak im Sommer 2008 bewusst geworden sein, dass die USA nicht einfach aus dem Irak abziehen und den Irak und die Region ihrem Schicksal überlassen können. General Petraeus dürfte ihm dies eindringlich geraten haben.

Schwerpunkte bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sind für Barack Obama Afghanistan und Pakistan. Dorthin wird er zusätzliche Brigaden senden, die im Irak frei werden. Obama hofft, dass die übrigen Nato-Alliierten ihn in seiner Strategie unterstützen und ebenfalls ihre Anstrengungen in Afghanistan erhöhen. Nicht unbedingt durch das Entsenden zusätzlicher Soldaten, sondern auch durch verstärkte zivile Programme und Entwicklungshilfe. Den Experten, die Obama beraten, ist bewusst, dass für einen Erfolg in Afghanistan (und Pakistan) das Ziel des Einsatzes neu bestimmt werden und eine neue Strategie angewendet werden muss. Obama wird die Alliierten stärker konsultieren und einbinden. Mehr Mitsprache bedeutet dann aber auch mehr Mitverantwortung. Einen vorderen Platz auf der außen- und sicherheitspolitischen Prioritätenliste des neuen Präsidenten nimmt außerdem der Iran ein. Auch Barack Obama ist fest entschlossen zu verhindern, dass Iran in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangt. Sicher wird er sich nicht, wie während des Vorwahlkampfes einmal unbeachtet geäußert, ohne Vorbedingungen mit dem irani-

schen Präsidenten zu Verhandlungen treffen. Aber er wird Gespräche auf mittlerer Ebene aufnehmen lassen. Angesichts drastisch sinkender Erdölerlöse und einer immer prekärer werdenden wirtschaftlichen Situation im Iran sowie der im nächsten Jahr anstehenden iranischen Präsidentenwahlen könnten die Voraussetzungen für solche Verhandlungen günstig sein.

Schließlich wird sich Barack Obama rasch mit der Gestaltung des künftigen Verhältnisses zu Russland befassen müssen. Mit der Ankündigung am Tag nach Obamas Wahl, im Gebiet Königsberg Kurzstreckenraketen aufstellen zu wollen, hat Russland den denkbar schlechtesten Einstand gewählt. Man fragt sich, ob es Dummheit oder Chuzpe war. Wichtigster Russland-Berater von Barack Obama ist Michael McFaul. Sollte er die zukünftige Russlandpolitik mitbestimmen, werden die Verhandlungen mit Russland nicht einfacher werden. In einer Anhörung im Senat im September 2008 plädierte er für eine neue Strategie: „Instead of business as usual or isolation, the United States must navigate a third, more nuanced, more complicated, and more comprehensive strategy that seeks to bolster our allies and partners, check Russian aggression, and at the same time deal directly with the Russian government on issues of mutual interest. The long term goal of fostering democratic change and keeping the door of Western integration open for countries in the region, including Russia, must not be abandoned. American foreign policy leaders have to move beyond tough talk and catchy phrases and instead articulate a smart, sustained strategy for dealing with this new Russia, a strategy that advances both our interests and values.“

Eine konkrete Möglichkeit, Russland in Verhandlungen einzubinden, könnte u. a. in einer neuen Runde von Abrüstungsverhandlungen mit Russland bestehen. Ziel ist es zum einen, die Gefahr der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen zu verringern. Zum andern aber auch, die Möglichkeit zur Modernisierung veralteter Nuklearwaffen zu eröffnen. Der ehemalige Senator Sam Nunn spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle.

Ein wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Datum ist der Nato-Gipfel April 2009. Auch eine Administration Obama dürfte von dem Ziel MAP für Georgien und die Ukraine kaum abrücken, auch wenn man sich des Widerstands der Westeuropäer bewusst ist. Westeuropa muss sich auf Fragen einstellen, welche Rolle die Nato zukünftig spielen soll und welche Rolle sie selbst darin übernehmen wollen.

Der zukünftige Verteidigungsminister könnte, zumindest für eine Übergangszeit von sechs bis zwölf Monaten, weiter Robert Gates heißen. Außerdem werden John Hamre und Jack Reed genannt. Secretary of State könnte, Chuck Hagel werden oder John Kerry oder Richard Danzig. Als Nationaler Sicherheitsberater werden gehandelt: Jim Steinberg, Gregory Craig oder Denis Ross.

Grundsätzlich ist zu erwarten, dass Präsident Barack Obama in allen sicherheits- und außenpolitischen Fragen vor allem die europäischen Alliierten konsultieren und einbinden wird. Es entspricht seinem Wesen und seiner Prägung, alle Beteiligten zu Rate zu ziehen und einen Konsens herzustellen bevor er ein Problem in Angriff nimmt. Mehr Mitsprache für die Verbündeten bedeutet aber auch mehr Mitverantwortung.

JOHN MCCAIN WIRD IN DER NIEDERLAGE GROSS

Angesichts der Ausgangsbedingungen hat John McCain ein ausgesprochen gutes Ergebnis erzielt. 80 bis 90 % der Bevölkerung waren der Überzeugung, das Land steuere in die falsche Richtung. Präsident Bushs Popularität war an einem Tiefpunkt angelangt. Die Stimmung in der Bevölkerung stand auf Wechsel.

Auch finanziell konnte McCain mit Obama niemals mithalten. Barack Obama gab für seinen gesamten Wahlkampf rund 700 Mio. \$ aus, John McCain nur rund die Hälfte. Obama verfügte über weitaus mehr freiwillige Helfer als McCain. Auch in den Medien genoss Obama deutlich größere Unterstützung.

Der härteste Schlag für McCains Kampagne war indes die Finanzkrise. Ohne konkreten Grund maß die Bevölkerung Barack Obama größere Kompetenz auf dem Felde der Wirtschaftspolitik zu, während McCain einen Vorsprung bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen besaß. Hinzu kam erratices Taktieren von McCain während der Krise. Zwischen der Republikanischen Convention (5. September) bis zum Ausbruch der Finanzkrise (Zusammenbruch Lehman Brothers) lag John McCain in den Umfragen teils deutlich vor Barack Obama. Ab dem 17. September rauschten die Umfragewerte von McCain nach unten wie der Dow Jones Index und erholten sich bis zu den Wahlen nicht mehr.

In gewisser Weise war John McCain auch Opfer seines eigenen Erfolges. Er hatte sich für eine neue Strategie und die Truppenaufstockung (*surge*) im Irak eingesetzt. Die Strategie war schließlich erfolgreich. Das

Thema Irak rückte damit im Wahlkampf aber in den Hintergrund. McCain hatte sich des Themas beraubt, für das er kompetent ist. Ohne eine positive Botschaft war aber ein Sieg unmöglich.

Oft wird auch Sarah Palin für die Niederlage verantwortlich gemacht. Dieser Vorwurf übersieht aber, dass erstmals mit der Nominierung von Palin als Vizepräsidentenkandidatin die Kampagne von John McCain richtig in Schwung kam. Ihre Nominierung mobilisierte die Basis der Republikanischen Partei und weckte auch Interesse unter Wählerinnen, die zuvor für Hillary Clinton gestimmt hatten. Leider wurde Palin von der Kampagne schlecht gemanagt. Auch die liberalen Medien schossen sich bald auf Sarah Palin ein. Für sie war eine Vizepräsidentin, die gegen Homosexuellen-Ehe und gegen Abtreibung ist, eine Horrorvorstellung.

Der Wahlkampf endete mit einem insgesamt großartigen und versöhnlichen Moment und in einem Stil, der für die amerikanische Demokratie spricht. John McCain hielt eine „Concession speech“, die wohl die beste Rede seines gesamten Wahlkampfes war: „This is an historic election. I recognise the special significance it has for African-Americans, for the special pride that must be theirs tonight ... The man who was my former opponent and will be my President ... I urge all Americans who supported me to join me in not just congratulating him but offering our next president our goodwill and earnest effort to find ways to come together. Whatever our differences, we are fellow Americans.“

Ebenso Barack Obama, der in seinem Sieg den unterlegenen Gegner nobel würdigte. Insgesamt eine Lehrstunde in demokratischem Verhalten. Und Welten entfernt von manchen Wahlabenden in Europa.

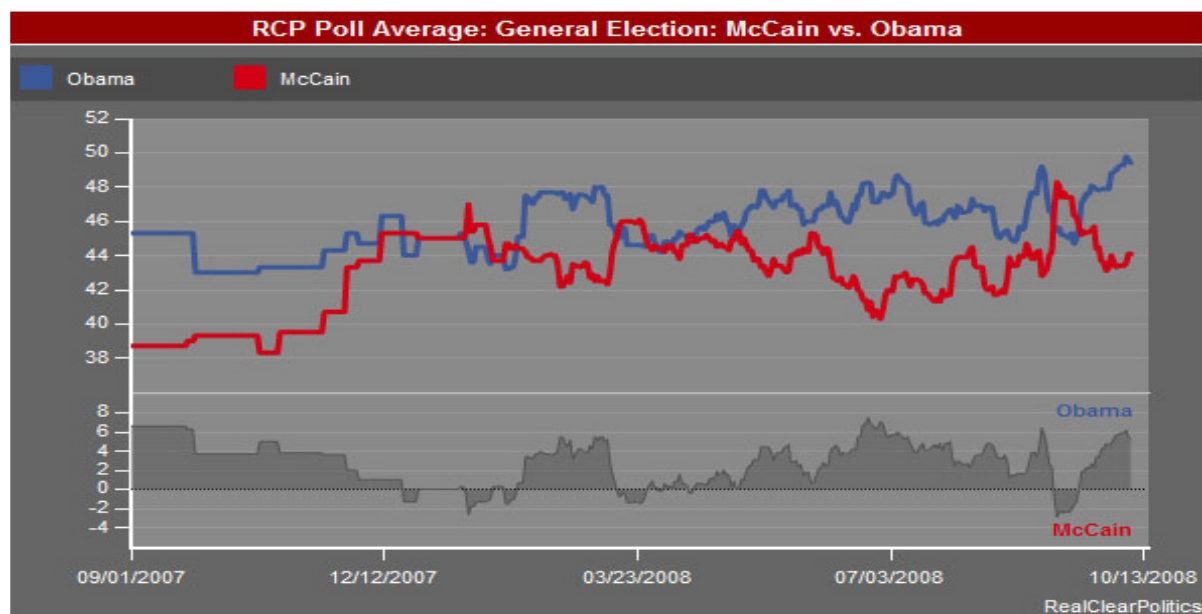
NOCH VIER WOCHEN

US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2008

Dr. Norbert Wagner | 9. Oktober 2008

In vier Wochen wird der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt werden. Vier Wochen können in der Politik eine lange Zeit sein. Vor vier Wochen lag John McCain noch deutlich vor Barack Obama. Der Nominierungsparteitag der Republikaner und die große Begeisterung über die Benennung Sarah Palins als Vizepräsidenten-Kandidatin schlugen sich in den Umfragen nieder. Sarah Palin rettete John McCain. Auch der Einmarsch der russischen Truppen in Georgien dürfte Wirkung gehabt haben. Denn John McCain wird größere Kompetenz in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zugetraut. In der Zwischenzeit hat die amerikanische Hypothekenkrise die internationalen Finanzmärkte an den Rand des Zusammenbruchs

getrieben. John McCains Umfragewerte nehmen seitdem kontinuierlich ab. Dagegen legt Barack Obama stetig zu, weil die Wähler ihm offenbar eher zu-trauen, der Lage Herr zu werden. Die Finanzmarktkri-se rettete Barack Obama. Dabei haben beide bisher nicht gerade mit brillanter Analyse der Ursachen und noch weniger mit überzeugenden Lösungsvorschlägen gegläntzt. McCain unterbrach seinen Wahlkampf, um den Rettungsplan zu befördern, blieb aber weitgehend wirkungslos. Obama telefonierte regelmäßig, wie er sag-te, mit der Demokratischen Führung und Finanz-minis-ter Paulson, hielt sich aber mit eigenen Vor-schlägen und Initiativen auffällig zurück.



Quelle: Real Clear Politics

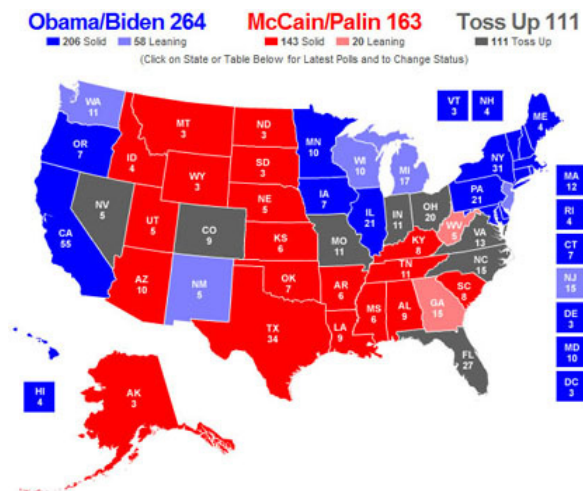
Das hatte sicher auch damit zu tun, dass das Rettungs-paket, welches US-Regierung und US-Kongress über zwei Wochen hinweg verhandelten, bei der amerikanischen Bevölkerung auf massive Kritik stieß. Abgeordnete und Senatoren wurden überrollt von einer Welle von tausenden Emails und Telefonaten. 99 % davon verlangten, das Rettungspaket abzulehnen. Da am 4. November auch alle House-Mitglieder und 34 Senatoren zur Wahl stehen, zeigte diese

massive Kritik bei den Abgeordneten und Senatoren deutliche Wirkung. Mit dem Ergebnis, dass das Paket in der ersten Abstimmung abgelehnt wurde. Mittler-weile liegt Barack Obama rund sechs bis acht Prozent-punkte vor John McCain. Und John McCain und seine Kampagne fragen sich, wie sie diesen Trend wieder umdrehen können. Schärfere Attacken gegen Obama sollen dazu beitragen.

Allerdings fragen sich auch viele Beobachter, weshalb es Barack Obama bisher noch nicht gelungen ist, einen größeren Abstand zwischen sich und John McCain zu legen. Denn unstrittig ist wohl, dass die Ausgangslage für ihn nicht günstiger sein könnte. Die Unzufriedenheit mit der Politik von Präsidenten George W. Bush ist weitverbreitet. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist davon überzeugt, das Land steuere in die falsche Richtung. Und nun die internationale Finanzkrise mit der Aussicht auf einen deutlichen Wirtschaftsabschwung. Wirtschaftsprobleme werden gewöhnlich dem Amtsinhaber und seiner Partei angelastet. Da hat es John McCain schwer. Aber vor vier Jahren lag John Kerry in den Umfragen Anfang Oktober ähnlich deutlich von George W. Bush. Einen Monat später gewann Bush mit deutlichem Abstand.

- Andere sind aber vorsichtiger. Zum einen fragen sie, weshalb es Obama noch immer nicht gelungen sei, einen deutlichen Vorsprung vor McCain zu erzielen. Offenbar gebe es in der Bevölkerung noch immer gewisse Vorbehalte gegen Obama.
- Ferner kann natürlich innerhalb von vier Wochen noch viel passieren, was den Wahlausgang nachhaltig beeinflussen könnte.
- Schließlich wird auch immer wieder darüber diskutiert, welche Rolle bei der Entscheidung der Wähler spielen wird, dass Barack Obama „African-American“ ist. In diesem Zusammenhang wird auf den sog. Bradley-Effekt verwiesen. In den Umfragen zu den Gouverneurswahlen (1982) lag der langjährige schwarze Bürgermeister von Los Angeles immer deutlich vorn. Trotzdem verlor er die Wahl.
- Es bleibt also weiter sehr spannend.

Allgemeine Umfragen spiegeln aber nur die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung wider. Gewählt wird aber in einzelnen Staaten. Entscheidend ist daher die Zahl der gewonnenen Wahlmänner. Deshalb richtet sich die Aufmerksamkeit in letzter Zeit verstärkt auf Umfragen innerhalb einzelner Staaten.



Quelle: Real Clear Politics

Zählt man die Wahlmännerstimmen der Bundesstaaten zusammen, in denen ein Kandidat einen deutlichen (*solid*) oder tendenziellen (*leaning*) Vorsprung besitzt, so liegt Barack Obama mit 264 deutlich vor John McCain mit 163. In den übrigen Staaten hat keiner der beiden Kandidaten einen Vorsprung (*toss up*). Auch hier haben sich in den letzten Tagen die Aussichten für John McCain tendenziell verschlechtert.

- Für manche Beobachter scheint deshalb das Ergebnis der Wahl in vier Wochen schon festzustehen. Barack Obama.

State	Obama (D)	McCain (R)	RCP Average	RCP Status	2004	2000
Ohio (20)	48.9	44.9	Obama +4.0	■ Toss Up	Bush +2.1	Bush +3.5
Florida (27)	46.3	45.3	Obama +3.0	■ Toss Up	Bush +5.0	Bush +0.1
Nevada (5)	49.6	46.6	Obama +3.0	■ Toss Up	Bush +2.6	Bush +3.5
North Carolina (15)	48.2	47.6	Obama +0.6	■ Toss Up	Bush +12.4	Bush +12.8
Missouri (11)	47.8	47.5	Obama +0.3	■ Toss Up	Bush +7.2	Bush +3.3
Indiana (11)	46.0	46.5	McCain +2.5	■ Toss Up	Bush +20.7	Bush +15.7
Virginia (13)	49.9	45.1	Obama +4.8	■ Toss Up	Bush +8.2	Bush +8.1
Colorado (9)	49.3	45.3	Obama +4.0	■ Toss Up	Bush +4.7	Bush +8.4
Wisconsin (10)	51.0	43.0	Obama +8.0	■ Leaning	Kerry +0.4	Gore +0.2
Michigan (17)	49.1	42.1	Obama +7.0	■ Leaning	Kerry +3.4	Gore +5.2
New Mexico (5)	49.8	42.5	Obama +7.3	■ Leaning	Bush +0.7	Gore +0.1
Washington (11)	49.8	41.8	Obama +8.0	■ Leaning	Kerry +8.2	Gore +5.5
Georgia (15)	43.5	51.5	McCain +8.0	■ Leaning	Bush +16.6	Bush +11.7
New Jersey (15)	50.4	41.8	Obama +8.6	■ Leaning	Kerry +6.7	Gore +15.8
Oregon (7)	49.8	40.8	Obama +9.0	■ Solid	Kerry +4.2	Gore +0.5
Iowa (7)	51.3	41.8	Obama +9.5	■ Solid	Bush +0.7	Gore +0.3
Pennsylvania (21)	51.2	39.2	Obama +12.0	■ Solid	Kerry +2.5	Gore +4.2
Minnesota (10)	52.3	41.8	Obama +10.5	■ Solid	Kerry +3.5	Gore +2.4
New Hampshire (4)	52.0	41.3	Obama +10.7	■ Solid	Kerry +1.3	Bush +1.3
Montana (3)	42.0	52.7	McCain +10.7	■ Solid	Bush +20.5	Bush +25.0
Texas (34)	37.8	46.4	McCain +10.6	■ Solid	Bush +22.9	Bush +21.3
California (55)	53.3	38.5	Obama +14.8	■ Solid	Kerry +9.9	Gore +11.8
Massachusetts (12)	52.0	38.3	Obama +13.7	■ Solid	Kerry +25.1	Gore +27.3
Mississippi (6)	40.7	53.7	McCain +13.0	■ Solid	Bush +19.6	Bush +16.9
Kentucky (8)	39.5	54.3	McCain +14.8	■ Solid	Bush +19.9	Bush +15.1
Kansas (6)	39.7	54.0	McCain +14.3	■ Solid	Bush +25.4	Bush +20.8
Louisiana (9)	38.3	53.7	McCain +15.4	■ Solid	Bush +14.5	Bush +7.7
Arkansas (6)	33.0	49.3	McCain +16.3	■ Solid	Bush +9.7	Bush +5.4
Connecticut (7)	55.0	37.3	Obama +17.7	■ Solid	Kerry +10.3	Gore +17.5
New York (31)	56.7	38.7	Obama +18.0	■ Solid	Kerry +18.3	Gore +25.0
Tennessee (11)	38.0	53.7	McCain +15.7	■ Solid	Bush +14.3	Bush +3.9
Alabama (9)	32.7	58.7	McCain +26.0	■ Solid	Bush +25.7	Bush +14.9
Arizona (10)	39.0	50.3	McCain +11.3	■ Solid	Bush +10.5	Bush +6.3

DIE FINANZMARKTKRISE ÜBERSCHATTET DEN WAHLKAMPF

US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2008

Dr. Norbert Wagner | 25. September 2008

Zuerst gingen Hurrikan Gustav und Hurrikan Ike über den Süden der USA hinweg. Dann wirbelte Hurrikan Sarah Palin die politische Landschaft auf. Die Wahlkampagne Barack Obamas schien dadurch während zweier Wochen wie gelähmt. Die Finanzmarktkrise hat dann Obama gewissermaßen gerettet. Die Aufmerksamkeit wandte sich von Palin ab und dem nächsten Wirbelsturm zu. In diesem Fall der schwersten Finanzmarktkrise seit Jahrzehnten.

Alles sprach nun wieder für und über Obama. In allen Umfragen wurde ihm schon zuvor größere Kompetenz als John McCain auf dem Felde der Wirtschaft zugesprochen. Obgleich hierfür keine konkreten Fakten sprechen. John McCain wurde beim Ausbruch der Krise mit dem unglücklichen Satz zitiert, die Grundlagen der Wirtschaft seien stabil. Er wurde hierfür von vielen Seiten kritisiert, obwohl er seine Bemerkung eingeleitet hatte mit dem Satz, die Finanzmärkte befänden sich in „turmoil“. Außerdem hatte er mit seiner Bemerkung bezogen auf die reale Wirtschaft nicht ganz Unrecht.

Seit mehr als einer Woche fanden nun in den USA zwei Kampagnen statt, die nur wenig miteinander zu tun hatten.

Secretary Paulson and Chairman Bernake versuchen, der amerikanischen Öffentlichkeit und vor allem dem US-Kongress von der Notwendigkeit und Wirksamkeit eines Rettungspaketes für die Finanzmärkte in Höhe von 700 Mrd. US-Dollar zu überzeugen. Auf dem Hill fällt es Paulson immer schwerer, Unterstützung für sein Paket zu gewinnen. Der Kongress will mehr Informationen über und Zuständigkeit für die konkrete Umsetzung des Programms: Zu welchem Preis sollen die faulen Kredite aufgekauft werden? Werden später weitere Mittel benötigt? Sollen ausländische Banken in den USA ebenfalls profitieren? Wie soll verhindert werden, dass die CEOs der Banken trotzdem ihre exorbitant hohen Prämien einstreichen? Wie kann

der Kongress eine Rolle bei der Überwachung des Programms spielen? Wie kann der US-Steuerzahler geschützt werden?

All diese Fragen sind letztlich Indiz dafür, dass im Kongress nur wenig Begeisterung für das Rettungspaket aufkommt. Sei es, weil man die Gefahren für die US-Wirtschaft und die Weltwirtschaft geringer einschätzt als die meisten Experten, sei es dass man dem Finanzminister nicht die Kompetenz für ein derart großes Budget zugestehen will („more oversight“, „less trust“). Ein gewisses Maß an Populismus ist bei den Gegnern des Pakets wohl auch zu spüren. So ist Mitte dieser Woche zunehmend ungewiss, ob bis Freitag, 26. September, dem vorgesehen letzten Sitzungstag vor den Wahlen, ein Beschluss im Kongress gefasst werden wird.

Die seltsam unwirkliche Situation hätte wohl an diesem Freitag ihren Höhepunkt gefunden. Denn dann ist die erste Fernsehdiskussion zwischen John McCain und Barack Obama geplant. Das schon vor langem vereinbarte Thema: Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Finanzmarktkrise könnte also am Freitag auf ihren vorläufigen Höhepunkt zusteuern und die beiden Präsidentenkandidaten würden jedoch über Außen- und Sicherheitspolitik diskutieren.

John McCain sieht die Absurdität dieser Situation offenbar ebenso. Außerdem scheint ihn die Blockade im Kongress zunehmend mit Sorge zu erfüllen. Deshalb will er seine Wahlkampagne unterbrechen und nach Washington zurückkehren, um daran mitzuarbeiten, dass das Rettungspaket vorankomme. Und er rief Barack Obama dazu auf ihm gleichzutun. Außerdem plädierte John McCain dafür, die für Freitag vorgesehene Fernsehdebatte zu verschieben.

Natürlich hat auch dieser Vorschlag mit dem Wahlkampf zu tun. McCain hat versucht, das Heft des Han-

delns auf dem außerordentlich wichtigen Feld der Wirtschaft wieder in die Hände zu nehmen. Denn er war in den letzten Tagen in den Umfragen deutlich zurückgefallen. Obama dagegen hatte kräftig zugelegt und erstmals einen signifikanten Abstand zu McCain erzielt. McCain hat rasch die Unterstützung vieler seiner Senatorenkollegen erhalten.

Obamas Reaktion war dagegen etwas ambivalent. Das Rettungspaket sei zwar wichtig, man könne aber beides tun, das Rettungspaket voranbringen und Wahlkampf betreiben. Ein Präsident müsse in der Lage sein, mehrere Probleme gleichzeitig zu behandeln. In ihrer grundsätzlichen Einschätzung der Krise und der Elemente ihrer Lösung stimmen aber beide weit-

gehend überein. Sie sind sich auch einig darüber, dass sich die Lösung der Finanzmarktkrise nicht für eine Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Republikanern eignet.

McCain beweist mit seinem Vorschlag, dass er ein feines Gespür für die Stimmung in der Wählerschaft besitzt. Kaum jemand hat Verständnis dafür, dass der Präsidentenwahlkampf weitergeht, als wäre nichts geschehen, während es in Washington darum geht, wie der Zusammenbruch des Finanzmarkts verhindert werden kann.

Poll	Date	Sample	Obama (D)	McCain (R)	Spread
RCP Average	09/17 - 09/23	--	47.8	44.1	Obama +3.7
FOX News	09/22 - 09/23	900 RV	45	39	Obama +6
Gallup Tracking	09/21 - 09/23	2740 RV	47	44	Obama +3
Rasmussen Tracking	09/21 - 09/23	3000 LV	49	47	Obama +2
Hotline/FD Tracking	09/21 - 09/23	903 RV	48	42	Obama +6
ABC News/Wash Post	09/19 - 09/22	780 LV	52	43	Obama +9
Insog-McClatchy	09/18 - 09/22	923 RV	44	43	Obama +1
Battleground Tracking	09/17 - 09/23	800 LV	46	48	McCain +2
CNN/Opinion Research	09/19 - 09/21	697 LV	51	47	Obama +4

Quelle: Real Clear Politics

HURRIKAN SARAH PALIN

US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2008

Norbert Wagner | 15. September 2008

Wie ein Hurrikan wirbelt die republikanische Vizepräsidentenskandidatin seit zwei Wochen den Präsidentschaftswahlkampf 2008 durcheinander. Noch nicht einmal drei Wochen sind vergangen seit der Democratic Convention in Denver Ende August, wo Barack Obama von fast 85.000 Anhängern und der nationalen und internationalen Presse wie ein Rockstar und vor allem wie der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gefeiert wurde. Mit seiner Redegabe begeisterte er die Anhänger. Er stellte ein Programm vor, das darauf zielte, die Parteibasis zu einen und zu versöhnen. Hillary Clinton, die sich zuvor mit Gesten der Unterstützung für Obama auffallend zurückgehalten hatte, hielt eine Rede, die alle Befürchtungen zerstreute, sie werde Obama nicht nach Kräften unterstützen. Selbst Bill Clinton, bekannt für seine oft bissigen und unkalkulierbaren Bemerkungen, gab sich ganz versöhnlich und hielt eine große Rede voll des Lobes für den Demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Auch Vizepräsidentenskandidat Joe Biden wurde seiner neuen Rolle gerecht, deckte die außen- und sicherheitspolitische Flanke von Obama und konnte mit seiner kämpferischen Rede die Delegierten begeistern. Zum Abschluss der Convention waren sich alle sicher, dass das Ticket Obama/Biden in den Umfragen nun einen kräftigen Sprung nach oben machen werde.

Am Tag nach der Demokratischen Convention in Denver sprach indes kaum noch jemand darüber und über die geradezu an die Olympiade in Peking erinnernde Abschlusskundgebung mit Barack Obama. John McCain stellte seine Vizepräsidentenskandidatin vor und die Medien hatten nur noch ein Thema: Sarah Palin.

Nur Hurrikan Gustav konnte Sarah Palin kurzfristig die Show stehlen und den ersten Tag der Republikanischen Convention in St. Paul beeinträchtigen. Danach beherrschte Sarah Palin die Berichterstattung und vor allem auch die Gespräche der Menschen. Und dies nun schon während zweier Wochen, bis zum nächsten

Wirbelsturm, Hurrikan Ike, am vergangenen Wochenende.

Die Republikanische Convention in St. Paul Anfang September fand am ersten Tag bedingt durch Hurrikan Gustav kaum Aufmerksamkeit. Aber auch nachdem Gustav glimpflicher als befürchtet überstanden war, kam in St. Paul kaum große Begeisterung auf. Erst der Auftritt von Sarah Palin und ihre Rede elektrisierten die Delegierten. Sarah Palin hauchte der McCain Kampagne neuen Schwung ein. Noch nie hatten so viele Zuschauer (über 37 Millionen) die Rede eines Vizepräsidentenskandidaten am Fernseher verfolgt. Auch am letzten Tag der Convention drehte sich eigentlich alles um sie, wenn es auch der Tag des Auftritts von Präsidentschaftskandidat John McCain war. Auch er wurde gefeiert. Aber jedermann weiß, dass sein Redetalent nicht an jenes von Barack Obama heranreicht. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hielt er eine sehr gute Rede. Der eigentliche Star der Republikanischen Convention aber war Sarah Palin.

Seit einer Woche nun treten McCain und Palin bei Wahlkampfveranstaltungen gemeinsam auf und locken Tausende von Zuhörer an. Böse Zungen behaupten, das sei notwendig, weil der Zuspruch zu Veranstaltungen nur mit McCain sonst zu gering sei.

Vermutlich steckt dahinter aber auch die Absicht, Sarah Palin noch auf den Umgang mit den Medien vorzubereiten. Rasch gab es Kritik, Palin werde von den Medien abgeschottet. Ihr erstes Fernsehinterview überstand sie dann einigermaßen, es wurde aber deutlich, dass sie noch einige Lücken auf verschiedenen politischen Feldern aufweist. Die Kampagne wird ihr sicher dabei helfen, diese Lücken rasch zu schließen.

Natürlich haben sich auch die Presse und die Gegner im Obama-Lager daran gemacht, nach allen denkbaren Details im bisherigen Leben von Sarah Palin zu forschen. Viel ist dabei bisher nicht herausgekommen.

Selbst wenn ein wunder Punkt entdeckt wurde, hat das bisher Sarah Palin kaum geschadet. Kritik der Medien an ihr scheint ihre Beliebtheit in der Bevölkerung eher noch zu fördern.

Sarah Palin sieht und positioniert sich als die Verkörperung einer typischen amerikanischen Frau der Mittelschicht. Sie und ihre Familie haben Stärken und Schwächen, über die sie offen spricht. So gibt sie ihren potentiellen Wählern zu verstehen, dass sie ihre Sorgen und Nöte versteht, weil sie sie selbst lebt. Kritik an Sarah Palin wird dann leicht als Kritik an einer durchschnittlichen amerikanischen Frau bzw. Familie interpretiert.

Damit ist Sarah Palin für weiße Frauen, insbesondere auch enttäuschte Hillary-Wählerinnen, besonders attraktiv geworden. Umfragen und persönliche Gespräche belegen, dass viele Frauen nun dazu tendieren, ein Ticket McCain/Palin zu wählen. Dabei scheint auch die klare konservative Positionierung von Sarah Palin (etwa betr. Abtreibung) kein Hinderungsgrund zu sein, für sie zu stimmen. Gerade die Tatsache, dass sie von der Behinderung ihres jüngst geborenen Sohnes vor der Geburt wusste und das Kind behielt, macht ihre Überzeugung über alle Kritik erhaben.

Generell sehen sich Kritiker von Sarah Palin sehr rasch dem Vorwurf ausgesetzt, sie seien sexistisch. Wenn etwa das Problem aufgeworfen wird, wie Sarah Palin Vizepräsidentin sein könne und gleichzeitig eine Familie mit einem behinderten Kind und einem schwangeren Teenager, dann wird sofort eingeworfen, eine solche Frage werde einem Mann nie gestellt. Kritik an Sarah Palin perlt geradezu an ihr ab, macht sie nur noch stärker.

Völlig auf dem falschen Fuß wurde die Obama-Campaign von der Nominierung von Sarah Palin erwischt. In den ersten Tagen hatte sie überhaupt kein Konzept, wie sie mit ihr umgehen sollte. In den ersten Tagen gewann man den Eindruck, Obamas Kampagne finde gar nicht mehr statt. Die Medien konzentrierten sich auf Palin. Anstelle es den Medien und eventuell Joe Biden zu überlassen, sich mit Palin auseinanderzusetzen, attackierte Barack Obama Sarah Palin mehrfach. Seine Attacken (z.B. „a pig with lipstick is still a pig“) fielen aber auf ihn zurück und nutzten nur Sarah Palin.

Barack Obama machte damit einen großen taktischen Fehler, denn zeitweise hatte man den Eindruck, als gehe es um einen Auseinandersetzung Obama-Palin. John McCain hielt sich am Rande. Und Joe Biden kam in den Medien überhaupt nicht mehr vor.

Seit einigen Tagen rufen nun viele Politiker und Berater der Demokraten dazu auf, Obama solle wieder zu seinen bisherigen Wahlkampfthemen zurückfinden.

Obama wird nun insgeheim vielleicht bedauern, dass er nicht eine Frau als Vizepräsidentenskandidatin gewählt hat. John McCain hätte dann mit Sarah Palin kaum mehr die Wirkung erzeugen können, die sie offenbar nun hat. Auch Joe Biden hat dies offenbar bereits erkannt und jüngst bemerkt, es wäre vielleicht besser gewesen, wenn Barack Obama doch Hillary Clinton zur Vizepräsidentenskandidatin gemacht hätte.

Das mag zwar richtig sein, es passt zu Joe Biden, es auch noch öffentlich zu sagen.

US-KLIMAPOLITIK

WAS VON BARACK OBAMA UND JOHN MCCAIN ZU ERWARTEN IST

Dr. Norbert Wagner, Ursula Carpenter | 18. August 2008

Gleich wer im Januar 2009 als nächster US-Präsident vereidigt werden wird, eine klimapolitische Wende ist wahrscheinlich, manche meinen sogar unvermeidlich¹. Im Kern sind die Energie- und Umweltziele von John McCain und Barack Obama ähnlich und weichen in vielen Punkten von der bisherigen Politik der Bush-Regierung ab.

- Beide Kandidaten versprechen drastische Reduzierungen der Treibhausgasemissionen.
- Beide befürworten eine Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei den internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels.
- Beide wollen die amerikanische Abhängigkeit von ausländischem Erdöl reduzieren und die Entwicklung neuer, sauberer Technologien fördern.
- Beide unterscheiden sich aber darin, wie sie diese Ziele erreichen wollen².

KLIMAWENDE BEIM KLIMAWANDEL

Nach Jahren einer geringen Priorität seitens der US-Bundesregierung für den Klimaschutz ist in Amerika ein neuer Umweltaktivismus ausgebrochen³. Seit dem Triumphzug von Al Gores Blockbuster „Eine unbequeme Wahrheit“ und angesichts einer Reihe von Naturkatastrophen sowie dramatischen Benzinpreiserhöhungen herrscht in Amerika ein günstiges Klima für umweltpolitische Initiativen. New Yorks Bürgermeister will alle Taxis in seiner Stadt bis zum Jahr 2012 auf Fahrzeuge mit Hybridantrieb umstellen⁴. Der Bürgermeister von San Francisco hat in seinen Stadtbehörden den Wasserkonsum aus Plastikflaschen verboten⁵, und Washingtons Bürgermeister hat seinen Geländewagen gegen einen Smart eingetauscht⁶. Auch in Bundesstaaten machen Landespolitiker mit immer neuen Klimaschutzinitiativen auf sich aufmerksam, allen voran Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Er ging mit seiner klimapolitischen Pionierarbeit sogar auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung. Im Wahljahr 2008 verknüpfen sich damit sowohl in Amerika selbst als auch weltweit Hoffnungen auf

eine neue klimapolitische Führungsrolle des zukünftigen US-Präsidenten – bei der nationalen Gesetzgebung aber auch bei internationalen Klimaschutzabkommen. Klimaschutz, so manche Insider, rangiert – nach der wirtschaftlichen Situation – als Problem weit oben auf der Prioritätenliste des neuen Präsidenten und den neuen Kongresses.⁷ Vor dem Hintergrund der Befürwortung einer aktiven Klimapolitik durch die amerikanische Bevölkerung, der bereits gestarteten Klimainitiativen von Kommunal- und Regionalpolitikern, der flankierenden Unterstützung des Supreme Courts, der in seinem jüngsten Verfassungsurteil die Regulierung von Treibhausgasen durch die US-Umweltbehörde EPA legitimierte, und mit den beiden „klimafreundlichen“ Präsidentschaftskandidaten könnten die USA sehr bald die Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen.⁸

„KYOTO-SKEPTIKER“ KURZ VOR DEM AUS?

Ja, es gibt sie immer noch – die „Kyoto-Skeptiker“, die gegen das „Lügen-Diktat“ des Weltklimarates (UNIPCC) protestieren und sich der Panikmache der „Klimaorthodoxie“ nicht unterwerfen wollen: „Hallo Al Gore! Hallo UNIPCC! Eure Wissenschaft ist fehlerhaft. Eure Hypothese ist falsch. Eure Daten sind manipuliert. Und (...) eure Angsttaktiken sind bedauerlich. Die Erde hat kein Fieber. Kohlendioxid verursacht keine signifikante Erderwärmung.“⁸ Noch vor wenigen Tagen propagierte eine konservative Lobby-Organisation die Neuauflage der vor zehn Jahren erschienenen ersten *Global Warming Skeptic Petition*.⁹ Immer mehr geraten die Positionen der Klimagegner jedoch bei der amerikanischen Öffentlichkeit ins Abseits.¹⁰

In der Tat gehört die Einschätzung, dass die Folgen der Erderwärmung bereits jetzt spürbar sind, immer mehr zum amerikanischen Mainstream (2001: 54 %; 2008: 61 %). In den letzten Jahren ist die Anzahl der Amerikaner, die glauben, dass die Erderwärmung noch zu ihren Lebzeiten eine ernsthafte Bedrohung darstellen wird von 25 % im Jahr 1997 auf 40 % im Jahr

2008 angestiegen. Die Mehrheit der Amerikaner meint gar, dass sie ihre Lebensgewohnheiten geändert haben, um die Umwelt zu schützen (55 % kleine Veränderungen; 28 % große Veränderungen).¹² Die Frage, ob sie an die These der Erderwärmung durch Treibhausgase glaubten, beantworteten im letzten Jahr 71 % der Amerikaner mit „Ja“ (23 % „Nein“). Eine Umfrage der Stanford University in Kooperation mit *Associated Press* bezifferte diese Zahl im letzten Jahr sogar auf 81 %.¹³ Bereits im letzten Jahr bezeichneten Amerikaner mehrheitlich das Problem der Erderwärmung als „wichtigstes globales Umweltproblem“.¹⁴

AMERIKANER BEFÜRWORTEN AKTIVE KLIMAPOLITIK

Darüber hinaus unterstützt die Mehrheit der Amerikaner staatliche Eingriffe (z.B. über Steuergesetze) zum Klimaschutz: 77 % der Befragten befürworteten im Sommer 2007 staatliche Regulierungen bei Kfz-Treibstoffverbrauchsnormen (44 % für Vorschriften; 33 % für Anreize). 78 % der Befragten sprachen sich für staatliche Emissionsgrenzen für Kraftwerke aus (57 % für Vorschriften; 21 % für Anreize). Mehr als zwei Drittel der Amerikaner waren bereits im vergangenen Jahr der Meinung, dass Präsident Bush nicht genug für den Klimaschutz getan habe (68 %) und für fast zwei Drittel der Amerikaner (63 %) war die Klimapolitik ihrer Kongressabgeordneten ein wichtiger Faktor bei ihrer Stimmabgabe (für 59 % einer von mehreren Faktoren, für 4 % der wichtigste Faktor). Auffällig beim Wählerverhalten ist die unterschiedliche Gewichtung des klimapolitischen Faktors bei Republikanern und Demokraten: für 77 % der demokratischen Wähler spielt die Klimapolitik bei ihrem Wahlverhalten eine Rolle (70 % ein Faktor von mehreren; 7 % ausschlaggebender Faktor), verglichen mit lediglich 22 % für republikanische Wähler. Für zwei Drittel der unabhängigen Wähler spielt die klimapolitische Haltung ihrer politischen Kandidaten ebenfalls eine Rolle (für 65 % ein Faktor von mehreren; für 3 % ausschlaggebender Faktor).

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEMOKRATEN UND REPUBLIKANERN

Eine aktuelle Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Pew ergab, dass der Anteil der Amerikaner, die glauben, dass die Erde wärmer wird (77 %), seit Januar 2007 abgenommen hat (-6 %). Grund dafür ist der abnehmende Anteil der Republikaner (2007: 62 %), die die Erderwärmung als Tatsache akzeptieren (2008: -13 %).¹⁵ Noch strittiger sind die Meinungen über die Ursachen der Erderwärmung. Weniger als die Hälfte der Amerikaner (47 %) ist da-

von überzeugt, dass diese auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Während Demokraten mehrheitlich dieser Meinung sind (58 %), glauben dies lediglich 27 % der Republikaner, jedoch immerhin die Hälfte der unabhängigen Wähler (50 %). Noch ausgeprägter sind die parteipolitischen Unterschiede bei Wählern mit höherem Bildungsniveau. Unter Befragten mit Universitätsabschluss glaubten 75 % der Demokraten und 57 % der Unabhängigen an die menschliche Verursachung der Erderwärmung, dagegen nur 19 % der Republikaner. Auch im Kongress selbst spiegelt sich die parteipolitische Spaltung bei den Ansichten über die Ursachen der Erderwärmung wider. In einer Befragung des *National Journal* waren 95 % der Demokraten davon überzeugt, dass die Erderwärmung Folge ist von durch Menschen verursachte Umweltverschmutzung, jedoch lediglich 26 % der Republikaner.¹⁶

MCCAIN PROFILIERT SICH KLIMAPOLITISCH ALS „ANTI-BUSH“

Angesichts dieser parteipolitischen Unterschiede könnte ein außen stehender Beobachter schnell zu dem Schluss kommen, dass die Demokraten in diesem Präsidentschaftswahlkampf bei den „Klima-Wählern“ im Vorteil wären. Bei manch anderen republikanischen Präsidentschaftskandidaten wäre dies wohl zutreffend. Nicht jedoch bei John McCain. Denn er kann als moderater Republikaner glaubwürdig beanspruchen, mit Klimaschutzgesetzen im Senat gegen die Versäumnisse der Bush-Regierung angekämpft zu haben. Er wurde mit diesen Initiativen gar zum Störenfried für die eigene Parteibasis. Diesen Nachteil will er indes durch den Zugewinn unter unabhängigen Wählern der Mitte kompensieren. Gerade mit seiner Klimapolitik könnte es McCain gelingen, sich als „Anti-Bush“ zu profilieren, und damit seinen demokratischen Gegnern, die eine McCain-Präsidentschaft zu einer „dritten Bush-Amtszeit“ abstempeln wollen, die Angriffsfläche zu entziehen. John McCain betont: „Der Präsident und ich haben seit vielen Jahren darüber (Klima- und Umweltpolitik) verschiedene Meinungen... Es gibt seit langem einen bedeutenden, tiefgehenden, starken Unterschied bei diesem Thema zwischen mir und der Bush-Regierung.“¹⁷

In der Tat umfasst das klimapolitische Programm von John McCain ähnliche Strategien wie das seines demokratischen Rivalen¹⁸. McCain befürwortet einen verbindlichen Emissionshandel („cap-and-trade program“) zur Drosselung des Treibhausgases, die verstärkte Nutzung sauberer, erneuerbarer Energiequellen, aber auch der Kernenergie (im Unterschied zu Obama, der Atomkraft nur unter gewissen Voraussetzungen ausbauen würde). McCain war unter den republikanischen

Präsidentschaftskandidaten der einzige, der die Erderwärmung in seine Wahlkampfplattform aufnahm und sie regelmäßig bei Wahlkampfauftritten thematisierte. Im Kongress war er geradezu Vorreiter für eine engagiertere Klimapolitik, insbesondere mit seiner Gesetzesinitiative zur Eindämmung von Treibhausgasen, die er bereits 2003 zusammen mit seinem (damals noch) demokratischen Amtskollegen Joe Lieberman als erste derartige Vorlage im Senat einbrachte. Im Gegensatz zu seinen republikanischen Parteikollegen weist McCain immer wieder auf die wirtschaftlichen Vorteile hin, die der Kampf gegen die Erderwärmung und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen mit sich bringen wird. Außerdem ist er davon überzeugt, dass der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung der nationalen Sicherheit Amerikas darstellt.

Dennoch erhält McCain keine guten Zensuren von amerikanischen Umweltverbänden. Ein Grund dafür ist die von ihm avisierte Verringerung der Treibhausgase um 65 % bis 2050 (Ausgangsjahr 1990), statt der vom Weltklimarat zur Vermeidung größerer Umweltkatastrophen empfohlenen Verringerung um 80 %. Auch McCains Unterstützung einer intensiveren Nutzung von Kohle- und Nuklearenergie findet keine positive Resonanz bei Umweltschützern. Sie bemängeln außerdem das Fehlen von schärferen Richtwerten bei den Treibstoffverbrauchsnormen und der Energieeffizienz. McCains Abstimmungsverhalten im Senat, z.B. seine Nein-Stimme im Jahr 2005 zur Einführung verbindlicher Standards für Stromkraftwerke bei der Einbeziehung von sauberen, erneuerbaren Energien (10 % bis 2020) und sein inkonsistentes Abstimmungsverhalten beim Naturschutz, z.B. Erschließung eines Naturschutzgebietes im Nordosten Alaskas (ANWR)¹⁹, haben dazu geführt, dass die Umwelt-Lobby-Organisation League of Conservation Voters McCain lediglich die umweltpolitische „Life Time“-Gesamtpunktzahl von „26“ (von maximal 100) gab. Sein jüngster Appell, zur Sicherung der nationalen Energieversorgung bis zum Jahr 2030²⁰ 45 neue Atomkraftwerken zu bauen und das seit Jahrzehnten bestehende Bohrverbots in Amerikas Küstenregionen („moratorium on off-shore drilling“)²¹ aufzuheben, löste bei Umweltschützern Empörung aus. Außerdem gefährdet er seine Wahlaussichten in den Schlüsselstaaten Kalifornien und Florida mit ihren langen Küsten.²²

OBAMA: MODELL UND PRIMUS DEMOKRATISCHER KLIMAPOLITIK

John McCain hat das republikanische Lager für das Thema Klimapolitik geöffnet. „Nichtstun gegen die Erderwärmung ist in der Politik eines Präsidenten

keine Option mehr“.²³ Dagegen profiliert sich Barack Obama mit seiner Klimapolitik geradezu als Prototyp der demokratischen Umweltpolitik. Auf der Internetseite Obamas zum Thema Umweltschutz gerät das Ranking der Umweltschützer geradezu zum Werbespot für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten: „Die League of Conservation Voters hat Barack Obama die beste Beurteilung (life time rating) unter allen gegenwärtigen Präsidentschaftskandidaten gegeben (96).“²⁴ Für Barack Obama ist die Erderwärmung ein Problem, dessen Lösung sofort angegangen werden muss, nicht ein „some-day problem, as it is now.“ Er verspricht den Wählern, „wenn die Welt an den Stufen des Weißen Hauses ankommt, um zu hören, was Amerika zum Klimawandel zu sagen hat, werde ich sie wissen lassen, dass Amerika diese Herausforderung annehmen wird. Dass Amerika bereit ist, wieder zu führen.“ Für Obama ist Klimawandel „die wichtigste Herausforderung dieses Zeitalters“, und er will Präsident der Vereinigten Staaten werden, „um uns in diese neue Ära zu führen.“²⁵

Barack Obamas umfassender Plan zum Klimawandel und zur Energiepolitik gerät dabei zum klimapolitischen Wunschkatalog²⁶. Er enthält ein verbindliches Emissionshandelsprogramm, das im Einklang mit den Empfehlungen des Weltklimarates eine Reduktion der Treibhausgase von „80 % bis 2050“ und einen erhöhten Verbrauch von sauberen, erneuerbaren Energien im Energiemix der USA vorsieht (25 % bis 2025, weitere Einzelheiten siehe Tabelle Seite 25). In seinen Erläuterungen zur „menschheitsbedrohende Klimakrise“ scheut sich Obama nicht zuzugeben, dass die erforderliche Transformation des Energieverbrauchs anfangs mit Kosten verbunden sein wird. Er betont jedoch, dass dieser Übergang eine neue Generation von „clean energy jobs“ schaffen und neue Chancen für die amerikanische Wirtschaft eröffnen wird. Sein Klimaprogramm sieht eine Anhebung der Kfz-Treibstoffverbrauchsnormen (*CAFE standard*) auf 50 mpg (*miles per gallon*) bis 2020 vor. Zur Abmilderung der in der Übergangsphase für die Autoindustrie anfallenden Mehrkosten schlägt Obama staatliche Subventionen für die Krankenversicherungsprämien der in der Autoindustrie beschäftigten Amerikaner vor, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung von energieeffizienten Autos („Health Care for Hybrids Act“). Zwar sagt Obama nicht prinzipiell „Nein“ zur Nutzung von Kernenergie, aber für ihn kommt der Neubau von Kernkraftwerken erst dann in Frage, wenn die Probleme der Endlagerung gelöst sind. Im vergangenen Jahr hat er für Investitionen im Bereich der Kohleverflüssigung gestimmt, solange sie mit einer 20prozentigen Reduktion der Kohlenstoffverschmutzung (verglichen mit der Verschmutzung durch kon-

ventionelles Benzin) einhergeht. Außerdem war er Co-Sponsor des „Global Warming Pollution Reduction Act“, des strengsten Gesetzes zur Erderwärmung, das je im Senat vorgelegt wurde. Obama hat konsistent für den Schutz von Amerikas Küstenregionen gestimmt und Ölbohrungen in den Küstengewässern („off-shore drilling“) abgelehnt. In die Erforschung von Technologien zur Herstellung neuer Biobrennstoffe (Ethanol) will Obama \$150 Mrd. über zehn Jahre in Form von Steueranreizen, direkten Subventionen und Regierungsverträgen investieren. Bis zum Jahr 2013 sollen dann die ersten zwei Milliarden Gallonen Ethanol auf den Markt kommen.

REPUBLIKANISCHES „ENFANT TERRIBLE“ GEGEN DEMOKRATISCHES WUNDERKIND

Konfrontiert mit Benzinpreisen in Rekordhöhe und täglich neuen Fernsehbildern von dramatischen Naturkatastrophen hat sich in der Wahrnehmung der Amerikaner eine Verbindung zwischen Energie- und Klimapolitik entwickelt. Für den Präsidentenwahlkampf bedeutet das, dass verstärkt Energie- und Klimapolitik gemeinsam diskutiert werden. Dabei muss John McCain eine Gratwanderung vollführen zwischen den für seinen Wahlsieg nötigen umweltbewussten unabhängigen Wählerstimmen und der Basis der republikanischen Partei, der das bezahlbare Angebot an Energie für die amerikanischen Verbraucher wichtiger ist als der Klimaschutz. Bei diesem Balanceakt sieht der klimapolitische Spagat McCains nicht immer elegant aus, wie die *Washington Post* kürzlich spottete: „Wenn John McCain so weiter tanzt, wird er sich noch eine Hüfte brechen.“²⁷ Einerseits geriert er sich mit seiner Unterstützung des Emissionshandels als Umweltschützer, andererseits will er in Amerikas Küstengewässern nach weiteren Ölquellen bohren, um den Öldurst der Amerikaner zu stillen. Einerseits bleibt er (bisher) standhaft bei seinem „Nein“ zu Ölbohrungen in Alaskas Naturschutzgebiet (ANWR), andererseits befürwortet er den Bau neuer Atomkraftwerke und ist vehement gegen staatliche Ethanol-Subventionen – ein komplizierter Tanz des republikanischen „enfant terrible“.²⁸

Aber auch das demokratische Wunderkind Barack Obama schaukelt mit seiner Klimapolitik einmal mehr nach links, so mit dem Wahlversprechen zur Ethanolförderung im Maisanbaustaat Iowa, der ihm seinen ersten Vorwahlsieg bescherte, und einmal mehr nach rechts, wie in seinen Kampagnenbesuchen in den Kohlestaaten Kentucky und West Virginia, wo Obamas Kohlepolitik („Ja“ zu „sauberer Kohle“) bei den Wählern gut ankommt. Im klimapolitischen Swing zwischen „corn belt“ und „coal belt“ schwankt Obama zwischen einem von Umweltschützern verschmähten

„Nie Nein“ zur Atomenergie und einer viel beklatschten Standhaftigkeit beim absoluten „Nein“ zu Ölbohrungen in Alaskas Naturschutzgebiet und an Amerikas Küsten.

KLIMAPOLITIK ALS KRISTALLISIERUNGSPUNKT IM WAHLKAMPF

Neben dem Kampf um die Wähler der Mitte bedienen beide Präsidentenkandidaten für die Wahlen wichtige traditionelle Zielgruppen: McCain macht sich bei der republikanischen „constituency“ der Energieerzeuger (Öl, Kohle, Atomkraft) und der Autoindustrie im „rust belt“ beliebt, und Obama hofiert die neuen Industrien der alternativen Energien, wobei er bereits Gefahr läuft, zu eng mit der Ethanol-Lobby verbandelt zu sein.²⁹ Gefahren lauern dabei auf beide Lager, so Newt Gingrich, der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses und Autor des Buches *A Contract With the Earth*. Ein Demokrat, so Gingrich, der mit „litigation and regulation“ Wahlkampf macht, könnte bei den Wählern auflaufen. „Man kann die Kosten genau kalkulieren.“³⁰ Bei den Republikanern sei es umgekehrt: „Ein Kandidat, der Anti-Umwelt ist und die Erderwärmung leugnet, geht in den Vorstädten unter.“ McCains Auftritt bei einem dänischen Windturbinenhersteller im Swing State Oregon, der aufgrund McCains mangelnder Unterstützung von erneuerbaren Energien im Senat von der Blogosphäre als heuchlerisch bezeichnet wurde³¹, birgt die Gefahr des Wählerverlustes in den Kohlestaaten Ohio und Pennsylvania, die als Swing States ebenfalls eine Schlüsselrolle spielen. Seine klimapolitischen Vorstöße beim Emissionshandel verschaffen ihm vielleicht Wählersympathien in der Mitte, verschrecken jedoch die Wähler aus dem wirtschaftsliberalen Lager³², deren Lobbyisten mit den Argumenten „schlecht für das Wirtschaftswachstum, schlecht für den Arbeitsmarkt, keine Energiesteuer, keine höheren Strom- und Benzinpreise“³³ erfolgreich gegen das „Cap and Trade“-Gesetz ins Feld gezogen waren.

McCains jüngster Vorstoß zur Aufhebung des Ölförderungsmoratoriums an Amerikas Küsten brachte ihm eine (in der Öffentlichkeit jedoch überbetonte³⁴) politische Ohrfeige vom republikanischen Umweltaktivisten Arnold Schwarzenegger ein. Als Gouverneur von Kalifornien hatte dieser sich zwar zu Beginn des Jahres mit seinem Endorsement hinter McCain gestellt, wies jedoch als Gouverneur des Küstenstaates mit dem größten Umwelttechnologiesektor McCains neuste Energieinitiative zurück: „Kaliforniens Küstenstreifen ist ein internationaler Schatz. Ich unterstütze die Aufhebung des Bohrverbotes für neue Ölförderungen an unseren Küsten nicht.“

Stattdessen solle Amerika zur künftigen Energieversorgung die Richtung seines Bundesstaates Kalifornien einschlagen „hin zu größerer Innovation in neuen Technologien und neue Brennstoffoptionen für Verbraucher.“³⁵ Die innerparteilichen Kämpfe um die „richtige“ Klimapolitik der Republikanischen Partei haben inzwischen Befürchtungen ausgelöst, dass sie beim Parteitag der Republikaner im August in einen öffentlichen Kampf um das republikanische Parteiprogramm ausufern könnten: „Die Schlacht kann möglicherweise nicht verhindert werden“, so urteilt die *Washington Post*.³⁶ McCain, so ein Umwelt- und Energieexperte des Competitive Enterprise Institutes, „schwimmt wirklich gegen den Strom seiner Partei“.³⁷ McCain selbst versucht nun aus diesem „Handicap“ eine Tugend zu machen. Die erste „Obama-Attack-Ad“ der McCain-Kampagne macht aus dieser innerparteilichen Not eine klimapolitische Tugend durch Werbung mit der Führungsrolle McCains: „Er zwingt seine eigene Partei zur Auseinandersetzung mit dem Klimawandel“³⁸ – im Gegensatz zu Barack Obama, der zu allen klima- und energiepolitischen Vorstößen McCains nur „Nein“ sage und seiner eigenen Parteilinie folge. Dass die republikanische Parteizentrale beim Negativ-Auftakt des Obama-McCain-Wahlkampfes ausgerechnet mit dem Fokus Klima- und Energiepolitik ins Feld gerückt ist, lässt vermuten, dass dieses Thema in der heißen Phase der Kampagne eine noch wichtigere Rolle spielen und als Kristallisierungspunkt die Unterschiede zwischen den beiden Präsidentschaftskandidaten schärfer akzentuieren wird. Dabei werden insbesondere die klimapolitischen Brennpunkte Atomkraft, Naturschutz, Ölbohrungen und Ethanol zur Polarisierung der beiden Lager beitragen. Obamas Gegen-attacke ließ nicht lange auf sich warten. Mit einem Anti-McCain-Spot, der in denselben US-Bundesstaaten wie die McCain-Werbung ausgestrahlt wurde, konterte er: „Bei Benzinpreisen ist McCain ein Teil des Problems.“ In Umwelt- und Energiefragen habe McCain zu 95 % mit der Bush-Linie abgestimmt.³⁹

US-BUNDESSTAATEN ALS WEGBEREITER

Ein wichtiger inneramerikanischer Faktor, der auf eine neue klimapolitische Richtung der amerikanischen Bundesregierung hinwirkt, ist der Druck aus den US-Bundesstaaten⁴⁰, die seit Jahren mit eigenen Initiativen das bundespolitische Hinterherhinken der Bush-Administration in Sachen Klimapolitik zu kompensieren suchen. Dies geschah in Form von regionalen klimapolitischen Zusammenschlüssen (z.B. die Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) der Nordoststaaten und die Western Climate Initiative (WCI) entlang der Westküste Nordamerikas) und in regionalen Koalitionen klimafreundlicher Gouverneure (z. B. die Western

Governors Association's Clean and Diversified Energy Initiative und der Midwestern Greenhouse Gas Accord). Klimapolitische Pionierarbeit leistete allen voran der Bundesstaat Kalifornien mit einer Fülle von Landesgesetzen zum Klimaschutz (z.B. der California Global Warming Solutions Act von 2006), insbesondere mit den Vorstößen von Gouverneur Arnold Schwarzenegger bei der Festlegung seines Landes auf die „80 % bis 2050“- Emissionsreduktionen. Mit diesen Klimainitiativen spielen die US-Bundesstaaten nicht nur eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz der Vereinigten Staaten, sondern schaffen ein positives politisches „Klima“ für klimapolitische Maßnahmen auf Bundesebene. Ähnliche Initiativen gibt es im Kommunalbereich, beispielsweise das Abkommen von 500 US-Bürgermeistern, die sich zu den Emissionsbeschränkungen des Kyoto-Abkommens bekennen und den Druck auf ihre jeweiligen Landesregierungen, aber auch die Bundesregierung und den Kongress ausüben wollen, ähnliche Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung einzuführen.⁴¹ Damit sind die amerikanischen Bundesstaaten und Kommunen zu wirksamen Lobbyisten für eine aktivere US-Klimapolitik geworden und haben durch ihre Initiativen einen fruchtbaren Nährboden für die zu erwartende klimapolitische Trendwende des neuen US-Präsidenten bereitet.

NEUE IMPULSE BEI INTERNATIONALEN KLIMAVERHANDLUNGEN

Angesichts der klimapolitischen Führungsrolle der Bundesstaaten, aber auch der seit der Machtübernahme der Demokraten bereits eingetretenen Veränderungen im US-Kongress und der zu erwartenden Politikwende im Weißen Haus, hoffen Umweltpolitiker weltweit auf ein neues Engagement der Vereinigten Staaten bei internationalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Insbesondere von den USA als dem Land mit den höchsten Treibhausgasausstößen der Welt⁴² erwartet die Völkergemeinschaft ein aktives Mitwirken an dem Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls in Kopenhagen 2009 und bei den G8+5-Verhandlungen. Die „large emitters meetings“- Initiative von Präsident Bush war bisher lediglich auf internationale Skepsis, wenn nicht sogar Ablehnung gestoßen, da sie weder steuerliche Maßnahmen (*emissions tax*), noch Emissionshandel oder andere Regelwerke, obligatorische Maßnahmen oder international bindende Verpflichtungen avisierte. Insbesondere bei den Europäern führte Bushs „Führungsrolle“ in der Klimapolitik zu Frustration, allen voraus beim deutschen Umweltminister, der sie als „losership instead of leadership“⁴³ bezeichnete. Sowohl McCain und Obama haben dagegen ein neues globales Klimaengagement angekündigt. McCain versprach in seiner klimapoliti-

schen Grundsatzrede in Portland, selbst beim Nichtgelingen der Einbindung Chinas und Indiens in internationale Klimaabkommen (ein oft zitierter Hinderungsgrund für die Bush-Regierung), als Präsident eine klimapolitische Führungsrolle zu übernehmen: „Wir haben selbst dann die Verpflichtung, zu handeln.“⁴⁴ McCain beabsichtigt, in diesem Falle, eine „wirksame Diplomatie“ mit diesen Ländern in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und anderen gleichgesinnten Ländern zu entwickeln, um beispielsweise durch Technologietransfer zu Emissionsbegrenzungen zu gelangen.⁴⁵ Obama verspricht ebenfalls ein konstruktives „re-engagement“ der USA in den Klimaverhandlungen der UNO und erkennt den UNFCCC-Prozess als das Hauptforum für internationale Klimaverhandlungen an. Außerdem beabsichtigt er ein neues Forum der Staaten mit den größten Treibhausgasemissionen (Industrieländer plus Schwellenländer) ins Leben zu rufen, ein „Global Energy Forum“, das alle G8-Mitgliedstaaten plus Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika umfasst.⁴⁶

VORSICHTIGER OPTIMISMUS STATT ÜBERZOGENE ERWARTUNGEN

Vor diesem Hintergrund war die von Präsident Bush mitgetragene Erklärung des G8-Gipfels zur Verpflichtung der Industrieländer auf eine „50 % bis 2050“-Emissionsreduktion zugleich „monumental und ererblich“⁴⁷ sowie darüber hinaus ein weiteres Indiz für ein Voranschreiten der amerikanischen Klimapolitik, das sich im Laufe des letzten Jahres mit Bushs „Major Economies“-Initiative angebahnt hatte. Mit der neuen G8-Vereinbarung ist ein wichtiger Grundstein für die künftige US-Klimapolitik gelegt und der Nachfolger des jetzigen US-Präsidenten schon jetzt zu diesem wichtigen Emissionsziel verpflichtet. Es ist indes zu erwarten, dass sowohl Obama als auch McCain anspruchsvollere Ziele für die USA ins Auge fassen: „Dankenswerterweise haben die Senatoren John McCain und Barack Obama versprochen, mehr zu tun. Es wird einem von ihnen zufallen, die Politik des Wandels zu entwerfen und zu implementieren – genauso wie es das Erbe von Herrn Bush sein wird, dies versäumt zu haben.“⁴⁸ Dennoch sollte der vorzeitige Jubel einiger Umweltschützer über die „Unvermeidbarkeit“⁴⁹ von Emissionsgrenzen in den USA durch ein gesundes Maß an Skepsis gedämpft werden. Die klimapolitischen Grabenkämpfe anlässlich des jüngst gescheiterten Emissionshandelsgesetzes im US-Senat haben die Fronten künftiger Klimakämpfe klar umrissen. Republikaner sprechen sogar von einem neuen Lackmus-Test der Klimagesetzgebung nach dem Motto: „Wenn das Gesetz Energiepreise erhöht, ist es eine Totgeburt.“⁵⁰ Auch mit einem von

umweltfreundlichen Demokraten dominierten Kongress und einem „grünen“ amerikanischen Präsidenten müssen Gesetze und völkerrechtliche Abkommen ratifiziert und US-Politiker im unbarmherzigen Takt von zwei Jahren (alle Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren) in finanziell aufwendigen Wahlkampagnen wiedergewählt werden. So warnt ein Beobachter, dass Klimagesetzgebung in den USA „Krieg bedeutet. Und im Krieg ist der Ausgang nie vorhersehbar.“⁵¹ Statt Euphorie ist also eher vorsichtiger Optimismus angebracht. In diesem Sinne sieht die Vorsitzende des Umweltausschusses im Senat, Barbara Boxer, das gescheiterte Klimagesetz dennoch als „good roadmap for the next President“.⁵² Für die transatlantischen Beziehungen bedeuten diese politischen Weichenstellungen bessere Aussichten auf einen intensiveren klimapolitischen Dialog.

MCCAINS BERATERTEAM⁵³

Der wichtigste innenpolitische Schlüsselberater von John McCain, der auch für Energie- und Umweltpolitik zuständig ist, ist Douglas Holtz-Eakin, ehemaliger Leiter des Congressional Budget Office. Außerdem verfügt das McCain-Lager über eine Reihe von „Vollblutpolitikern“, u.a. Senator George Allen aus Virginia, Robert McFarlane, ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Reagan, und James Woolsey, ehemaliger CIA-Direktor.

OBAMAS BERATERTEAM

Neben Friedensnobelpreisträger und Ex-Vizepräsident Al Gore, den Barack Obama als Präsident möglicherweise als Klimaberater in sein Kabinett aufnehmen würde, gibt es eine Reihe von Klima-, Energie- und Umweltberatern, die in der Obama-Kampagne eine prominente Rolle spielen. Der wichtigste Berater für Energie- und Umweltfragen im Obama-Lager ist Jason Grumet, Präsident des Washingtoner Think Tanks Bipartisan Policy Center. Daneben spielen Daniel Kammen, Professor für Energie, Ordnungspolitik und Nukleare Ingenieurwissenschaften an der University of California (Berkeley) und Howard Learner, Geschäftsführer des Environmental Law and Policy Center in Chicago, eine wichtige Rolle. Weitere Experten im umwelt- und energiepolitischen Beraterstab sind Julie Anderson, ehemalige Expertin für Klimawandel bei der Union of Concerned Scientists, und Frank Loy, ehemaliger Präsident des German Marshall Fund und derzeit Vorstandsmitglied in einer Reihe von Umweltverbänden.

Im Vergleich	Barack Obama	John McCain
Erderwärmung als Problem	„Das Problem des Klimawandels ist ein Thema, das wir auf unsere eigene Gefahr hin ignorieren. Wir haben die wissenschaftliche Gewissheit, dass die weitere Nutzung von fossilen Brennstoffen uns zu einem irreversiblen Wendepunkt bringen wird.“	„Klimawandel ist ein globales Problem, das eine globale Lösung erfordert. Wir wissen, dass Amerika sowohl eine Pflicht und ein zwingendes nationales Interesse daran hat, unsere historische Führungsrolle zu erfüllen.“
Emissionshandel („cap-and-trade“)	Obama befürwortet den Emissionshandel mit dem Ziel, bis 2050 80 % unter dem Stand von 1990 zu liegen (100%ige Versteigerung der Zertifikate).	McCain befürwortet den Emissionshandel mit dem Ziel, bis 2050 60 % unter dem Stand von 1990 zu liegen (Teilversteigerung).
Treibstoffverbrauchsnormen für Kfz („CAFE standards“)	Anhebung der Kfz-Normen auf 40 mpg, bei leichten LKWS auf 32 mpg bis 2020. Für die Umstellung der Autoindustrie Steuererleichterungen und Zuschüsse für Kosten der Krankenversicherung der Mitarbeiter.	Unterstützt eine Anhebung der Kfz-Normen bis auf 35 mpg, stimmte jedoch gegen eine Anhebung auf 40 mpg bis 2020.
Erneuerbare Energien	Wird \$150 Mrd. über zehn Jahre hin in Bio-Brennstoffe investieren und fordert, dass bis 2025 25 % des US-Stromverbrauchs aus sauberen erneuerbaren Energien stammt.	Will die Entwicklung einer Infrastruktur und die Nachfrage fördern, um den Wettbewerb von Bio-Brennstoffen zu ermöglichen.
Biokraftstoff	Fordert die Erzeugung von jährlich 60 Mrd. Gallonen Biokraftstoff in den USA bis 2030; 32 Mrd. Gallonen jährliche Erzeugung und Verbrauch bis 2022; befürwortet Steuervergünstigungen für Tankstellen zur Umstellung auf E85.	Befürwortet Biokraftstoffe, lehnt jedoch Ethanolsubventionen ab. „Wir werden das Ziel einer schnellen Konversion amerikanischer Fahrzeuge weg vom Öl erreichen.“
Kohle	Befürwortet saubere Kohle und Kohleverflüssigung - falls dies über die Laufzeit 20 % weniger CO ₂ ausstößt als herkömmliche Brennstoffe. Obama fordert, dass alle Transportbrennstoffe in den USA bis 2015 5 % und bis 2020 10 % weniger CO ₂ enthalten.	McCain befürwortet Kohle zur Energieerzeugung, aber auch saubere Nutzungarten.
Kernenergie	Befürwortet Atomenergie als Teil des Energiemixes. Stimmte für den „Climate Stewardship and Innovation Act“ (McCain-Lieberman; 2007), der \$200 Mio. zur Erneuerung jedes Atomkraftwerkes vorsieht. Er ist gegen den Ausbau der Atomenergie, solange Schlüsselprobleme wie Sicherheit und Endlagerung nicht gelöst sind. „Meine Position ist nicht: „Nie Atomenergie“.“	Will Atomenergie ausbauen. „Wenn Frankreich 80 % seines Stromverbrauchs aus Atomkraft produzieren kann, warum nicht auch wir?“ (45 neue Atomkraftwerke bis 2030)
Ausländische Ölimporte	Strebt eine Reduzierung des Ölverbrauchs um 35 % bis 2030 an (d.h. mehr als der gegenwärtige US-Ölimport aus den OPEC-Ländern).	Strebt die Unabhängigkeit der USA von ausländischen Ölimporten bis 2025 an.
Energieeffizienz	Strebt eine Verbesserung um 50 % bis 2030 an.	Befürwortet bessere Energieeffizienz durch verbesserte Technologienutzung in Gebäuden und Fahrzeugen. Dabei soll die Bundesregierung bei eigenen Gebäuden und Fahrzeugen eine Vorbildrolle einnehmen.
Amerikas internationale Führungsrolle	Befürwortet eine globale Führungsrolle beim Emissionsabbau (80 % bis 2050) und will einen Zusammenschluss der größten Verschmutzer schaffen („Global Energy Forum“) mit G8-Staaten plus Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Sieht das „Re-engagement“ und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem UNFCCC.	Befürwortet US-Führungsrolle bei globalen Anstrengungen unter Einbeziehung der Entwicklungsländer, insb. China und Indien - durch Post-Kyoto-Abkommen und Technologietransfer.
Innovativer Energiemarkt „grüne Wirtschaft“	Will Millionen neuer „grüner Arbeitsstellen“ schaffen durch Investitionen von \$150 Mrd. über zehn Jahre für die nächste Generation grüner Energietechnologie und Infrastruktur sowie Umschulungen von Arbeitnehmern für die „grüne Wirtschaft“.	Will die amerikanische Wirtschaft „sauberer“ und „sicherer“ machen. Die Kosten dafür müssen jedoch für die US-Wirtschaft verkraftbar sein. Befürwortet erneuerbare Energien durch den Aufbau einer Infrastruktur für eine „post-carbon economy“.

Quellen: u.a. Brookings Institution, Candidate Issue Index,

http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2008/0129_climate_change_antholis_opp08/0129_climate_change_antholis_opp08.pdf

New York Times: <http://politics.nytimes.com/election-guide/2008/issues/climate.html> und

http://www.grist.org/candidate_chart_08.html

- 1| Vgl. „Obama and McCain both offer new departure for US“, AFP, 15. Juni 2008, <http://afp.google.com/article/ALeqM5j5n5VTirfbjW-R12VNX3ENcK3Kg>
- 2| Vgl. „Shades of Green“, Margaret Kriz, *National Journal*, 21. Juni 2008
- 3| Vgl. „That Buzz in Your Ear May Be Green Noise“, Alex Williams, *New York Times*, 15. Juni 2008
- 4| „Mayor Bloomberg Orders Taxi Cabs to Be Hybrid by 2012“, Stacie Servetah und Adam
- 5| „San Fran Gets Smart on the Stupidity of Bottled Water“, *The Huffington Post*, Olivia Zaleskim 25. Juni 2007
- 6| http://blog.washingtonpost.com/dc/2008/06/fenty_gets_new_wheels.html
- 7| Vgl. „Congressional Insiders Poll“, „What will be the most urgent priority facing the next president and Congress in January“, *National Journal*, 7. Juni 2008
- 8| „Why the Climate Bill Failed“, Eric Pooley, *TIME*, 9. Juni 2008
- 9| John Coleman vs. Al Gore, *busimmons*, 15. Juni 2008
- 10| Vgl. Newsletter der American Conservative Union Foundation, „31.000 Kyoto Skeptics“, Dennis Avery, 11. Juni 2008
<http://www.acuf.org/issues/issue109/080607cul.asp>
- 11| „Heating Up“, Laurie David, *Elle*, Mai 2008
- 12| Vgl. Gallup Poll, 6.-9. März 2008, Vgl. www.Pollingreport.com „Environment“
- 13| Vgl. Gallup Poll, 6.-9. März 2008, Vgl. www.Pollingreport.com „Environment“
- 14| Ebenda
- 15| Vgl. „An Increase in GOP Doubt About Global Warming Deepens Partisan Divide“, *Pew Research Center Publication*, 8. Mai 2008,
<http://pewresearch.org/pubs/828/global-warming>
- 16| *Congressional Insiders Poll*, *National Journal*, 7. Juni 2008, http://www.nationaljournal.com/njmagazine/ip_20080607_9244.php
- 17| „Stumping on Climate, McCain Faults Bush“, Elisabeth Bumiller, *New York Times*, 14. Mai 2008
- 18| Vgl. *League of Conservation Voters*,
<http://presidentialprofiles2008.org/McCain/tab1.html>
- 19| McCain war bisher gegen Erdölerschließungen in ANWR, lässt jedoch als „Föderalist“ prinzipiell die Möglichkeit offen, diese Entscheidung den Bundesstaaten zu überlassen.
- 20| Vgl. „McCain Sees Need for More Nuclear Power“, Laura Meckler, Rebecca Smith, *The Wall Street Journal*, 19. Juni 2008
- 21| <http://www.johnmccain.com/Informing/News/PressReleases/Read.aspx?guid=0fde5172-01fb-4782-8882-ad-b0e9798dd5>
- 22| Vgl. „McCain plays with fire on offshore drilling“, *Politico*, Charles Mahtesian, David Mark, 18. Juni 2008,
<http://www.politico.com/news/stories/0608/11154.html>
- 23| „How Green is John McCain?“, *TIME*, Bryan Walsh, 12. Mai 2008
- 24| <http://www.barackobama.com/issues/pdf/EnvironmentFactSheet.pdf>
- 25| Vgl. Portsmouth-Rede am 8. Oktober 2007, „Real Leadership for a Clean Energy Future“,
http://www.barackobama.com/2007/10/08/remarks_of_senator_barack_obam_28.php
- 26| Vgl. <http://presidentialprofiles2008.org/voterguide/obama-page.html>
- 27| „Put Your Right Wing In, Take Your Left Wing Out“, Dana Milbank, *The Washington Post*, 17. Juni 2008
- 28| Ebenda
- 29| Vgl. „Obama Camp Closely Linked With Ethanol“, Larry Rother, *The New York Times*, 23. Juni 2008
- 30| „Climate Is a Risky Issue for Democrats“, Juliet Eilperin, *Washington Post*, 6. November 2007
- 31| Vgl. „McCain tries to have it both ways“, *Meteor Blades*, 14. Mai 2008, *Daily Kos*, <http://www.dailykos.com/storyonly/2008/5/14/194936/055>
- 32| „Climate Change Bill Would Damage the Economy, Critics Say“, Kaitlynn Riely, *CNSNews.com*
- 33| Vgl. „Climate legislation invites contrasting claims“, *Gannett News Service*, 10. Juni 2008
- 34| <http://politicker.com/mccain-schwarzenegger-forget-differences-during-santa-barbaraevent>
- 35| Pressemitteilung „Governor Schwarzenegger Reiterates Opposition to New Drilling off California’s Coast“, 18. Juni 2008,
<http://gov.ca.gov/index.php?/print-version/pressrelease/>
- 36| Vgl. „Conservatives Ready to Battle McCain on Convention Platform“, Michael Shear, *Washington Post*, 7. Juli 2008
- 37| Ebenda
- 38| „RNC Launches First Anti-Obama Ad“, Susan Davis, *The Wall Street Journal online*, 7. Juli 2008
- 39| Vgl. *RealClearPolitics*, „Obama: New Energy“, 8. Juli 2008
http://www.realclearpolitics.com/video_log/2008/07/obama_energy.html
- 40| Vgl. *Pew Center on Global Climate Change*, „Learning from State Action on Climate Change“, Update Dezember 2007, http://www.pewclimate.org/docUploads/States%20Brief%20Template%20November%202007_.pdf
- 41| Die Rolle der US-Kommunen für einen verstärkten transatlantischen klima- und energiepolitischen Dialog werden von Dale Medearis in „Local Authorities as Leaders in the Transatlantic Climate and Energy Dialogue“ untersucht, *FACET Commentary No. 13 – June 2008*. Vgl. <http://www.aicgs.org/documents/facet/medearis.facet13.pdf>
- 42| Eine niederländische Umweltagentur hat vor kurzem errechnet, dass China die USA inzwischen als „the world’s biggest polluter“ überholt hat. Allerdings sind die USA weiterhin der weltweit größte Umweltverschmutzer pro Kopf (19.4 Tonnen CO2 vgl. mit 5.1 Tonnen pro Kopf in China). Vgl. „Poor countries seek break in climate talks long deadlocked by You First principle“, *The Associated Press*, 14. Juni 2008
- 43| „German Minister Attacks US Climate Policy“, *Deutsche Welle*, 17. April 2008,
<http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3273751,00.html>
- 44| Klima-Rede McCains in Portland, Oregon, am 12. Mai 2008, <http://www.johnmccain.com/Informing/News/Speeches/Read.aspx?guid=0b381abde573-459d-8716-fbd83ab62d8d>
- 45| Ebenda
- 46| Vgl. „The Blueprint for Change“,
<http://www.barackobama.com/pdf/ObamaBlueprint-ForChange.pdf>
- 47| „No G(8) Accomplishment“, Editorial, *Washington Post*, 10. Juli 2008, <http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2008/07/09/AR2008070901977.html>
- 48| Ebenda
- 49| „Why the Climate Bill Failed“, Eric Pouley, *TIME*, 9. Juni 2008
- 50| Für das konservative *Wall Street Journal* ist der Klimawandel „eine wirtschaftliche, keine theologische Frage“. „Kyoto’s Long Goodbye“, Editorial, *Wall Street Journal*, 11. Juli 2008
- 51| „Why the Climate Bill Failed“, o.a.
- 52| Ebenda
- 53| Vgl. „Shades of Green“, Margaret Kriz, *National Journal*, 21. Juni 2008, http://www.nationaljournal.com/njmagazine/nj_20080621_6762.php?related=true&story1=nj_20080621_6762&story2=dj_20060320_2&story3=nj_20080619_5784Slowakei

US-AUSSENPOLITIK ZWISCHEN CHANGE UND BESTÄNDIGKEIT

WAS IST VON BARACK OBAMA ODER JOHN MCCAIN ZU ERWARTEN?

Dr. Norbert Wagner, Roman Sehling | 9. Juli 2008

Die amerikanische Bevölkerung will zwar nach acht Jahren Bush einen Wechsel in der Außenpolitik, das bedeutet aber nicht, dass man eine demütigende Niederlage im Irak hinnehmen möchte. Angesichts der weit verbreiteten Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik von Präsident Bush, parieren die Demokraten selbstbewusst McCains Attacken gegen ihre angebliche, traditionelle „Schwäche“ in der Sicherheitspolitik. Unter Obama verteidigen sie auch ihre sicherheitspolitischen Standpunkte offensiv, statt nur auf ihre Stärke bei den innenpolitischen Themen zu verweisen. Auch wenn der Irakkrieg momentan nur noch an zweiter Stelle auf der Prioritätenliste der Wähler liegt, sind sowohl McCain als auch Obama daran interessiert, die Außenpolitik zum wichtigsten Thema im Wahlkampf zu machen. Mc Cain – weil seine Kompetenz auf anderen Gebieten als geringer erachtet wird, Obama – weil er McCain auf diesem Gebiet mit alternativen Standpunkten die Stirn bieten möchte (ohne ihn wie Clinton rechts überholen zu wollen).

Beide Kandidaten sind zwar bereit, dem „unilateralism“, der die (erste) Amtszeit George W. Bushs gekennzeichnet hatte, abzuschwören. Da die USA sich jedoch weiterhin als die einzige Supermacht sehen, werden beide Kandidaten auch in einer zunehmend vom Multilateralismus geprägten Welt durchaus keine Gewissenskonflikte haben, wenn es darum geht, nationale Belange über mögliche Bedenken internationaler Institutionen zu stellen. Dafür versprechen beide Kandidaten, primär den Westen kooperativ in ihre Pläne einbeziehen zu wollen, wobei die USA weiterhin die Führungsposition innehaben sollen. Daraus leitet sich im konkreten Fall insbesondere die Forderung nach einem verstärkten Engagement der übrigen NATO-Partner in Afghanistan ab. Europa sollte sich darauf gefasst machen, dass weitere Bündniseinfordernungen folgen, was die Flitterwochen mit dem neuen Präsidenten der USA deutlich verkürzen dürfte. Um einer bitteren Enttäuschung (gerade im Falle der Präsidentschaft Obamas) und einem Wiederaufleben

des Antiamerikanismus vorzubeugen, sollten europäische Politiker die Erwartungen ihrer Bevölkerung bewusst niedrig halten.

AUSGANGSLAGE

„Change“ ist das Motto des Präsidentschaftswahlkampfes 2008. Vor dem Hintergrund historischer Umfrage-Tiefstwerte bei der Einschätzung der Zukunftsaussichten des Landes, sehnen sich nicht nur unabhängige und Demokratische Wähler nach einem Ende der Amtszeit Präsident Bushs. In einem innenpolitischen Klima, das zudem von anhaltender Sorge um die Verfassung der Wirtschaft, die Höhe der Benzinpreise und steigende Krankenversicherungskosten geprägt ist, werden der Republikanischen Partei bei den Wahlen im November keine guten Chancen prognostiziert. Dennoch liegt der Republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain nach aktuellen Umfragewerten immer noch fast gleichauf mit Barack Obama. Dieser Erfolg ist zumindest teilweise auf die erfolgreichen Attacken McCains bzgl. Obamas „Unerfahrenheit“ auf dem Felde der Außenpolitik zurückzuführen.

Anders als seine Demokratischen Vorgänger scheut Obama allerdings nicht davor zurück, seine außenpolitischen Positionen gegenüber McCain zu vertreten. Im letzten Sommer lobten die konservativen Kommentatoren Clinton dafür, dass sie Obama kritisiert hatte, ohne Vorbedingungen mit Diktatoren verhandeln zu wollen. Dies zeigte, dass unter den aussichtsreichen Kandidaten der Demokraten nur Obama einen Bruch mit der Außenpolitik George W. Bushs offerierte. Zwischenzeitlich musste aber auch Obama seine Position relativieren, ohne aber grundsätzlich von ihr abzurücken.¹

MCCAIN: ZWISCHEN NEOCONS UND REALISTS

Um den Ruf der USA sowie ihre moralische Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, will John McCain die Vereinigten Staaten eine Führungsposition in einer *League of Democracies* einnehmen lassen. Der Bund von über einhundert demokratischen Staaten soll die Werte, Regeln und gemeinsamen Interessen der internationalen, zivilisierten Staatengemeinschaft verteidigen, welche die USA als Teil dieses Bundes ebenso zu respektieren hätte.²

Den Kern dieser Staatengemeinschaft soll das Transatlantische Bündnis bilden, wobei die Mitglieder der NATO und EU explizit dazu ermutigt werden, sowohl die notwendigen finanziellen Mittel als auch Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.³ Damit will John McCain eine Tradition der amerikanischen Außenpolitik wiederbeleben, die bereits von Theodore Roosevelt, John F. Kennedy und Ronald Reagan geprägt wurde: ein starkes Amerika welches als führender Akteur innerhalb der demokratischen Staatengemeinschaft eine Schlüsselrolle bei der Bewahrung des Weltfriedens einnimmt.⁴

Geistiger Vater dieses Bundes ist McCains Berater *Robert Kagan*, der am Carnegie Endowment for International Peace arbeitet und unter anderem von 1984-1988 Teil des Planungsstabs des Außenministeriums war. Bekanntgeworden ist Kagan (mit William Kristol) als amerikanischer Neokonservativer, der sich für ein starkes Amerika aussprach, das als „benevolent hegemon“ nicht davor zurückschrecken dürfe, im Namen der Förderung ihrer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ideale auch den Regimewechsel aktiv herbeizuführen.⁵

Schon im Jahr 2002 warnte Kagan davor, dass sich Europa und die USA langsam entzweien würden. Europa wäre aufgrund sinkender Militärausgaben daran interessiert, eine Welt aufzubauen, in der internationale Normen und Institutionen dominierten, unilaterale Handlungen verboten wären und alle Staaten unabhängig von ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke die gleichen Rechte hätten. Laut Kagan würde dies zu einer größeren europäischen „Toleranz“ von Gefahren führen, da Europa nicht mehr in der Lage wäre, diesen Gefahren zu begegnen. Mittlerweile betrachtet Kagan den globalen Wettstreit zwischen den Demokratien und den autokratischen Regimen als charakteristisch für dieses Jahrhundert. In einem „Wettstreit der Wertesysteme“ würde sich die „*League of Democracies*“ unter Führung der USA den autokratischen Mächten um Russland und China sowie dem islamischen, reaktionären Radikalismus stellen.⁶

Neben Robert Kagan ist vor allem McCains Berater und Vertrauter *Randy Scheunemann* für die Koordination der außenpolitischen Positionen und Initiativen des Senators verantwortlich. Scheunemann kann dabei auf langjährige Erfahrung als Mitarbeiter von Kongressabgeordneten zurückgreifen. Er hat sich allerdings nicht nur mit Themen wie NATO-Erweiterung, UN-Reform und Raketenabwehr einen Namen gemacht. Im Jahr 2002 gründete er das *Committee for the Liberation of Iraq*, eine NGO deren erklärtes Ziel es war, Unterstützung für die Absetzung Saddam Husseins und der Einführung einer Demokratie im Irak zu sammeln.

Trotz einiger Top-Berater aus dem neokonservativen Flügel der Partei, kann man McCain nicht unbedingt zu dieser Gruppe zählen. Zum einen zählt eine Reihe von *realists* wie den ehemaligen Deputy Secretary of State *John Armitage*, National Security Advisor *Brent Scowcroft* und Secretary of State *Henry Kissinger* zu seinen Vertrauten. Zum anderen bezog McCain in den vergangenen 25 Jahren auch eine Bandbreite von außenpolitischen Positionen, die ihn mit jeweils einem Bein in die konträren Lager stellten. Er war z.B. war er 1983 gegen die Stationierung von Marines im Libanon und 1990 anfänglich auch gegen einen Bodenkrieg im Irak. Drei Jahre darauf sprach er sich gegen eine Ausweitung des Somalia-Einsatzes von humanitären Hilfsmaßnahmen zu „nation building“ aus und kritisierte auch Bill Clintons Haiti-Einsatz. Nachdem McCain sich aber ursprünglich weigerte, 1992 bis 1994 auf dem Balkan militärisch aktiv zu werden, unterstützte er angesichts der Erfahrungen von Srebrenica später den Einsatz amerikanischer Truppen in Bosnien und tadelte Clinton 1999 sogar streng, die Option von amerikanischen Bodentruppen im Kosovo vorschnell öffentlich ausgeschlossen zu haben.⁷

McCain beharrte also anfänglich auf Interventionen im (engen) amerikanischen Interesse, welche von der US-Bevölkerung befürwortet werden müssten und dann auch mit den entsprechenden (militärischen) Mitteln verfolgt werden sollte. Jedoch wandelte sich McCain offenbar in den letzten zehn Jahren von einem Anhänger dieser Powell-Doktrin zu einem Neocon, der vermehrt von der Verteidigung amerikanischer Werte sprach. Während seines ersten Präsidentschaftswahlkampfes 2000 war McCain gar der „Liebling“ der Neokonservativen. Im Gegensatz zu George W. Bush sprach er von „rogue state rollback“, was die Unterstützung von ausländischen Gruppen zum Zweck des Regimewandels beinhaltete. Würde das Regime dann hart gegen diese „freedom fighters“ vorgehen, würde die USA ihnen militärisch zu Hilfe kommen.⁸

Gemeinsam mit seinen Beratern und anderen Neokon-servativen war er einer der stärksten Befürworter des Irakkrieges und davon überzeugt, dass damit der Verbreitung der Demokratie in der Region geholfen werden konnte. Es kann daher erwartet werden, dass der „realistic idealist“ (wie McCain sich selbst bezeichnet) den Vormarsch der Demokratie und Achtung der Menschenrechte wo auch immer möglich ebnen und verteidigen wird, solange solche Interventionen zu „vertretbaren“ Kosten realisiert werden können. Die Einschätzung der „Vertretbarkeit“ dieser Kosten wird sich allerdings nach amerikanischen Interessen richten.

OBAMA: UMGEBEN VON LIBERAL INTERVENTIONISTS?

Senator Barack Obama ist nicht minder daran interessiert, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der USA zu reparieren. Die Förderung der Demokratie ist auch in seinen Positionen fest verankert, wenn auch in anderer Weise als bei McCain. Ausgehend von der Einschätzung, dass die Sicherheit anderer Staaten unmittelbar mit der Sicherheit der USA verbunden sei, befürwortet Obama die nachhaltige Verbreitung der Demokratie. Er setzt darauf, in erster Linie durch aggressive Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern langfristig das dortige Wirtschaftswachstum zu fördern. Dieses Wachstum will er mit Investitionen in die Bildung und durch Schuldenerlass ermöglichen. Dabei betont er auch die Bedeutung der Unterstützung von effektiven demokratischen Institutionen und verspricht, die Kapazitäten „schwacher“ Staaten zu stärken, gemeinsame transnationale Herausforderungen wie Epidemien, Terrorismus und den Klimawandel zu meistern.⁹

Beraten wird Obama dabei von mehr als 200 Experten die in 20 Themengruppen unterteilt sind. Darunter befindet sich eine Reihe von *liberal interventionists*, die bereits unter Bill Clinton eine Reihe von hochrangigen Positionen inne hatten. Darunter vor allem *Anthony Lake*, der Clintons National Security Advisor war und sich nicht nur offen dafür aussprach, in Haiti und Bosnien einzugreifen, sondern auch dafür, in Somalia zu bleiben, als viele Beobachter bereits zum Rückzug rieten. Gemeinsam mit *Susan Rice*, einer ehemaligen Assistant Secretary of State for African Affairs, forderte Lake bereits im Jahr 2006 eine UN-Resolution, welche Sudan ein Ultimatum gestellt hätte: Entweder es akzeptierte eine bedingungslose Stationierung von Blauhelmen oder würde mit militärischen Konsequenzen rechnen müssen. Die beiden Berater Obamas sprachen sich auch dafür aus, dass die USA auch ohne UN-Mandat humanitäre Missionen ausführen sollte und erinnerten an Kosovo.¹⁰

Neben Lake und Rice war lange Zeit auch *Samantha Power* richtungweisend unter den außenpolitischen Beratern Obamas. Sie musste (augenscheinlich) aufgrund eines abfälligen Kommentars über Hillary Clinton zurücktreten.¹¹ Die Pulitzer-Preisträgerin und renommierte Politikprofessorin die an der Harvard University einen Lehrstuhl für Menschenrechte und Außenpolitik inne hat, war mit ihrer Analyse des Versagens bzw. Desinteresses an der Verhinderung von Völkermorden bekannt geworden. Dabei spiegelt sich ihre „allumfassende“ Herangehensweise an die Sicherheitspolitik in den außenpolitischen Ansichten Obamas deutlich wieder. Gerade die Bedeutung der Bildung und Gesundheitsvorsorge zur Förderung des Wirtschaftswachstums als integrierter Teil der Sicherheitspolitik entsprang zum Teil ihren Memos. Auch die bereits erwähnte *Susan Rice* betrachtet Armut aus der Perspektive der nationalen Sicherheit, erhöhe Armut doch die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und erlaube auch keinen wirksamen Schutz vor Epidemien. Die amerikanische Regierung solle daher die Entwicklungshilfe von derzeit 0,2 % auf bis zu 0,7 % des Bruttonationaleinkommens erhöhen, um die Millennium Development Ziele bis 2015 zu erreichen.¹²

In diesem Vorhaben werden sie von dem Generalmajor a.D. *Scott Gration* unterstützt, der war während seiner 32jährigen Karriere bei der Air Force unter anderem Director for Strategy, Policy und Assessment bei der US European Command war. Gration ist mittlerweile der CEO von Millennium Villages und hat sich ebenfalls der Armutsreduzierung in Afrika verschrieben.¹³ Abgerundet wird Obamas außenpolitisches Team durch Sarah Sewell, die Deputy Assistant Secretary of Defense for Peacekeeping and Humanitarian Assistance unter Clinton war. Ebenso wie Power lehrt sie an der renommierten Harvard University, wo sie Direktorin des Carr Center for Human Rights Policy ist. Sie wurde in dieser Position von Irakkriegsgegnern und Menschenrechtsverteidigern dafür kritisiert, mit General Petraeus an dem Army und Marine Corps Counterinsurgency Handbuch zusammengearbeitet zu haben. Sewell befürwortet die Integration von Antiterror- und humanitären Maßnahmen sowie Wiederaufbauvorhaben, wobei letztere kritisch für den Erfolg ersterer sind.¹⁴

Auch wenn die Auswahl der wichtigsten Berater Obamas nicht unweigerlich einen Ausblick auf dessen zukünftige Außenpolitik gibt, kann man dennoch davon ausgehen, dass auch für Obama die Verteidigung der Demokratie und Menschenrechte Priorität hat. Dabei engagiert sich Obama aber nicht für Menschenrechte um ihrer selbst willen, sondern sieht in der Verknüpfung von Demokratie und Wirtschaftswachstum die langfristige Lösung unsicherer sicherheitspoli-

tischer Probleme. Hierzu ist Obama Willens, die Entwicklungs- und Sicherheitspolitik besser aufeinander abzustimmen. Dies bedeutet aber nicht, dass Obama dabei die Interessen der USA „vergessen“ wird. Wie das Beispiel Irak belegt, richtet er seine Politik auch nach der Meinung der amerikanischen Öffentlichkeit aus, die momentan wenig an der Fortsetzung der Verteidigung der jungen irakischen Demokratie interessiert ist.

IRAQ: EXPERIENCE VS. JUDGMENT

Obama wurde während des Vorwahlkampfes von seinen Demokratischen Kontrahenten, insbesondere von Hillary Clinton, und nun auch von McCain wegen seiner „Unerfahrenheit“ auf dem Felde der Sicherheitspolitik attackiert. Doch konnte er diesen „Mangel“ bisher erfolgreich überspielen. Wie kein anderer hat er aus seiner damaligen Position zum Irakkrieg (allerdings nur in der Stellung eines Senators des Landtags von Illinois) einen Vorteil ziehen können: erinnert er doch alle seine Gegner daran, dass diese trotz ihrer langjährigen „Erfahrung“ im entscheidenden Moment – bei der wichtigsten Entscheidung der letzten Jahre – kläglich versagt hatten.¹⁵

Dennoch haben sich die Positionen der beiden Kandidaten bezüglich des Rückzugs aus dem Irak in den letzten Monaten deutlich angenähert. Nachdem Obama anfangs hauptsächlich damit geworben hat, innerhalb der ersten 16 Monate seiner Amtszeit ein bis zwei Brigaden monatlich aus dem Irak abzuziehen, hat er sich vorbehalten, eine beträchtliche Anzahl an „non-combat“ Truppen im Irak zu belassen.¹⁶ Diese sollen die sich im Irak befindlichen zivilen US-Angestellten beschützen, ihre irakischen Kollegen bei der Ausbildung unterstützen und vor allem als Anti-Terror-Kräfte gegen al Kaida im Irak zum Einsatz kommen.¹⁷ Zwar hat Obama keine konkrete Anzahl der verbleibenden dieser Truppen genannt, sie könnte sich aber theoretisch auf mehrere zehntausend Soldaten belaufen.

Ironischerweise wurde er daraufhin von Hillary Clinton heftig dafür attackiert, dass Obamas ehemalige außenpolitische Beraterin *Samantha Power* gesagt hatte, dass die sechzehn Monate ein „best case scenario“ darstellten. Der Rückzug würde daher nicht unbedingt nach diesem Plan erfolgen können – was Clinton als ein unaufrichtiges Rückzugsversprechen wertete.¹⁸ Vor europäischem Publikum hatte Power offen gesagt, dass es sich bei Obamas Versprechen „nur um Worte“ gehandelt hatte, Obama könne sich schließlich nicht im März 2008 konkret für den Januar 2009 festlegen.¹⁹

Wie Barack Obama ist auch John McCain im Begriff, seine Vorwahl-Positionen zum Irakkrieg abzuschwächen. Nachdem die Parteibasis mit dem resoluten Versprechen, nicht weniger als den Sieg im Irak zu erringen („surrender is not an option“), überzeugt wurde, erklärte McCain vor wenigen Wochen, dass sich die Situation im Irak bis 2013 stabilisieren und daher die Mehrheit der Truppen wieder zu Hause sein würde. Noch Ende Januar hatte McCain seinen damaligen Republikanischen Kontrahenten Mitt Romney aufs Schärfste dafür attackiert, dass er den Irakern angeblich ein Rückzugsdatum gesetzt hatte. Mit seiner neuen Position verbucht McCain den ersten Erfolg der Truppenaufstockung des letzten Jahres, doch werfen ihm Kritiker vor, dass es sich dabei um einen Pyrrhussieg handelt. Damit würde nur die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Irak verschoben.²⁰

Anders als für Obama ist der Irak für McCain aber der Angelpunkt der Region. Eine Niederlage im Irak würde Iran zum dominierenden Akteur im Nahen Osten machen und damit zur Stärkung der Hamas in Gaza und der Hisbollah im Libanon führen.²¹ Natürlich kann auch McCain den Sieg im Irak nicht auf 2013 festlegen. Er will jedoch damit der amerikanischen Öffentlichkeit signalisieren, dass auch er ein Ende des Konflikts in seiner ersten Amtsperiode bewerkstelligen will. Außerdem lässt er sich damit mehr Freiraum, um flexibel auf die Entwicklungen vor Ort reagieren zu können.

Gleich welcher der beiden Kandidaten im Januar 2009 vereidigt werden wird, man kann davon ausgehen, dass ein Rückzug gerade bei einer sich verschlechternden Lage im Irak nicht zügig durchgeführt werden wird bzw. eine ernst zu nehmende Anzahl an Truppen zunächst im Land verbleiben wird. Das Dilemma für die beiden Kandidaten ist, dass Obama seine Wähler von der Notwendigkeit überzeugen muss, Soldaten im Irak zu belassen, während McCain seine Unterstützer von der Vorteilhaftigkeit eines Truppenabzugs überzeugen muss. Dabei ist zu erwarten, dass bei einer Zuspitzung des irakischen Bürgerkriegs der Ruf nach einer internationalen Lösung lauter werden wird. Es wird den europäischen Partnern allerdings schwerer fallen, sich gegenüber Washington taub zu stellen, wenn Präsident George W. Bush nicht mehr das Weiße Haus bewohnt.

IRAN: TO TALK OR NOT TO TALK

Was im letzten Jahr möglicherweise als „Ausrutscher“ in einer Fernsehdebatte der Demokratischen Kandidaten begann, ist mittlerweile zu einem Eckpunkt der Außenpolitik Obamas geworden. Obamas Bereitschaft,

sich mit einer Reihe von „Tyranen“ persönlich und ohne Vorbedingungen zu Verhandlungen zu treffen, ist zuerst von seinen Demokratischen Kontrahenten und nun auch von John McCain scharf kritisiert worden. Zwar hat Obama seitdem seine Aussage zum Teil modifiziert bzw. zurückgenommen, jedoch macht er auch weiterhin klar, dass er sich nicht davor scheut, den iranischen Präsidenten zu treffen.

Statt dessen kritisierte Obama im letzten Herbst sowohl Clinton als auch McCain scharf, für das Kyl-Lieberman-Amendement gestimmt zu haben. Dieses hatte das amerikanische Außenministerium dazu aufgerufen, die iranische Republikanische Garde als Terror-Organisation einzustufen. Dabei verglich er diese Initiative mit den Gesetzesvorschlägen im Vorfeld des Irakkrieges und argumentierte, dass Clinton (und McCain) damit der Regierung Bush grünes Licht für einen Krieg mit Iran gegeben hätten.²² Diese Kritik wirkt aber wenig überzeugend, wenn man bedenkt, dass Obama selbst an der Abstimmung nicht teilnahm – weder um selbst gegen das Amendement zu stimmen, noch um seine Kollegen von seiner Position zu überzeugen.

McCain hat offen gesagt, dass die USA sich einen „nuclearized“ Iran nicht leisten könnten und er versprach alles zu tun, um dies zu verhindern. Dagegen scheint Obama eine etwas andere Einstellung gegenüber Iran zu haben. Vor wenigen Wochen erst kritisierte ihn McCain dafür, dass er die Gefahr, die von Iran ausgehe im Vergleich zu der Sowjetunion als „winzig“ bezeichnete. Dabei wurde Obama vor allem als ein „pre-9/11“ Demokrat angegriffen, der die Gefahr von Terroristen bedrohlich unterschätze. Ein über Atomwaffen verfügendes, von fanatischen Mullahs gelenktes Iran, welches heute bereits der Hauptsponsor von Terroristen sei, könne man nicht mit der Abschreckungspolitik des Kalten Krieges begegnen, so McCain.²³ Zwar versprach dann auch Obama öffentlichkeitswirksam bei der AIPAC Konferenz, dass auch er alles dafür tun würde, um Israel zu schützen und ein „nuclearized“ Iran zu verhindern. Jedoch bleibt offen, was genau er den Iranern in Verhandlungen anbieten will bzw. wie weit er gehen wird, um Israel zu sichern.²⁴

WHO IS ISRAEL'S BEST FRIEND?

Konservative verweisen gerade auf Obamas Verhandlungsbereitschaft und seine anscheinende Unterschätzung der Gefahr, die vom Iran ausgehe, wenn es darum geht, die Israel-Politik der beiden Kandidaten zu kontrastieren. Außerdem sei es beunruhigend, dass Obama in der Vergangenheit seine Positionen häufig

nachträglich revidieren bzw. einschränken musste.²⁵ Dabei zeigt sich Obamas Position als Resultat eines Meinungsbildungsprozesses, Kritiker bezeichnen ihn deshalb jedoch als „naiv“ und unentschlossenen „flip-flopper“, auf den sich die Nation im Konfliktfall nicht verlassen könne. Ein möglicher Werbetext: „Am 18. Mai sagt er in Oregon, dass Iran keine ernsthafte Gefahr darstellt. Tags darauf sagt er in Montana, dass die Bedrohung die von Iran ausgeht, ernst zu nehmen ist. Obama hat nicht die Erfahrungs- und Führungsqualitäten, um die USA in Krisenzeiten zu lenken.“

Zweifel an Obamas Israel-Freundlichkeit waren bereits vorher bei Amerikas Konservativen und auch in der jüdischen Gemeinde aufgekommen. Zuerst ging es um eine Reihe von hochrangigen Beratern innerhalb von Obamas Außenpolitik-Team, die sich in der Vergangenheit kritisch zu Israels Rolle in der US-Außenpolitik geäußert hatten. Zum Beispiel merkte *Merrill McPeak*, General a.D. und Co-Chairman von Obamas Wahlkampfmannschaft, in einem Interview im Jahr 2003 kritisch an, dass die USA aufgrund der (wahlentscheidenden) jüdischen Wähler New Yorks und Miamis in bedingungsloser Treue zu Israel stände. Diese Stellung schade seiner Meinung nach der Außenpolitik der USA.²⁶

Die Zweifel wurden nicht gemindert, als der Hamas-Berater Ahmed Yousef im April dieses Jahres erklärte, Obamas außenpolitische Ansichten zu begrüßen. Kurze Zeit später musste sich Obama auch noch von seinem außenpolitischen Berater *Robert Malley* trennen, nachdem bekannt wurde, dass dieser als Nahostexperte der International Crisis Group regelmäßig Gespräche mit Vertretern der Hamas führte.²⁷

Dagegen versprach der mit dem bekannten jüdischen (und früher Demokratischen) Senator Joe Lieberman gut befreundete John McCain, „Hamas' worst nightmare“ zu werden. Insofern ist nicht verwunderlich, dass ein Interview mit John McCain aus dem Jahre 2005, in dem er versprach sich „so oder so“ mit der Hamas auseinanderzusetzen, in der Öffentlichkeit kaum negativ registriert wurde.²⁸ Statt dessen sprechen einige Demokraten von Obamas „Jewish problem“ und sorgten sich um die Wahlbeteiligung der jüdischen Wähler in den „battleground states“ von Florida, Pennsylvania und Connecticut.²⁹

Generell kann man von McCain erwarten, dass er die Linie der Regierung Bush bzgl. Israels fortführen wird. Im März dieses Jahres sprach er sich für Jerusalem als Hauptstadt Israels aus, was sogar die Regierung Bush vermieden hatte, um dem Friedensprozess nicht noch mit einer komplizierten Städteteilung zu behindern.³⁰

Auch machte McCain klar, wo seine Prioritäten lagen, als er sich während seiner letzten Israel-Reise nur mit israelischen Regierungsmitgliedern traf (auch wenn sich deren palästinensische Kollegen nicht verletzt gaben).³¹ Manche Beobachter hoffen allerdings, dass ein Präsident Obama durch eine „nuanciertere“ Sicht der Dinge beide Seiten nachdrücklicher zu Kompromissen „ermutigen“ könnte.³² Dabei dürfte sein Nahost-Berater *Dennis Ross* aber auch sicherstellen, dass Israels Interessen nicht vergessen werden. Ross war bereits unter Präsident George H. W. Bush und Bill Clinton Koordinator für Middle East Policy und seitdem am Washington Institute for Near East Policy ein Anwalt der Sicherheit Israels.

FREE TRADE – LATIN AMERICA

Neben dem Nahen Osten veranschaulicht Lateinamerika die außenpolitischen Unterschiede zwischen den beiden Kandidaten. Nachdem die Region seit 9/11 nicht mehr auf der Prioritätenliste der Regierung Bush stand, wurde innerhalb der letzten Wochen Kolumbien, das einer der wichtigsten Verbündeten in der Region ist, brüskiert. Der Kongress blockierte schlichtweg das Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA - Speaker Nancy Pelosi setzte die Abstimmung darüber einfach nicht auf die Tagesordnung.

Auch das North American Free Trade Agreement (NAFTA) zwischen den USA, Mexiko und Kanada war bereits Teil des Wahlkampfes zwischen den Demokratischen Kandidaten geworden. Bereits im Februar hatten sowohl Obama als auch Clinton versprochen, sich für eine Neuverhandlung des Abkommens einzusetzen. Das kanadische Fernsehen CTV berichtete allerdings, dass Obamas Wirtschaftsberater *Austan Goolsbee* dem kanadischen Generalkonsul in Chicago versichert hätte, die möglichen Änderungen nicht ernst nehmen zu müssen. Auch Clintons Emissäre hatten ähnliche Versprechen gemacht.³³

Während John McCain von seinem langjährigem Bekenntnis zum Freihandel nicht abgerückt ist und von einer Freihandelszone von „Alaska bis nach Feuerland“ spricht, wird Präsidentschaftskandidat Obama insbesondere den Gewerkschaften, deren Unterstützung er im Wahlkampf unbedingt braucht, mehr anbieten müssen als „Worthülse.“ Es muss also damit gerechnet werden, dass im Falle eines Demokratischen Präsidenten protektionistische Tendenzen zunehmen. Dies ist um so wahrscheinlicher, da auch mit einer deutlichen Demokratischen Mehrheit im Kongress zu rechnen ist.

RUSSLAND – TOUGH TALK

McCains Haltung gegenüber Russland ist wohlbekannt. Dagegen ist Obama bisher auf diesem Gebiet ein unbeschriebenes Blatt. Zwar ist Obama der Vorsitzende des Unterausschusses für Europa im Senat und damit in einer bevorzugten Position, die Politik der USA gegenüber Europa einschl. Russlands zu beeinflussen. Doch hat er, seit er dieses Amt inne hat, von dem Ausschuss wenig Gebrauch gemacht. McCain hingegen hat sich als lautstarker Kritiker der „neuen alten“ Regierung im Kreml einen Namen gemacht. Am bekanntesten ist sein oft wiederholter Aufruf, Russland aus der Gruppe der G8 Staaten auszuschließen und statt dessen Indien und Brasilien aufzunehmen.³⁴

Nichtsdestotrotz sind beide Senatoren – mehr oder weniger lautstark – besorgt, was die Rückschritte im Demokratieprozess in Russland und ihre „Nachbarschaftspolitik“ angeht. McCains Russland-Berater *Stephen Biegun* spricht sich angesichts der erfolglosen „appeasement“ Phase unter George W. Bush nun für eine aggressive Außenpolitik gegenüber Russland aus. So würde McCain sicherstellen, dass das seit Jahren vom Kongress diskutierte europäische Raketenabwehrsystem zum Einsatz kommt.

Zwar hat sich Obama nicht explizit gegen dessen Entwicklung ausgesprochen, jedoch darauf hingewiesen, dass das System erst wirklich funktionieren muss, bevor es angeschafft wird. Senator Jon Kyl erinnerte allerdings daran, dass Obama zwischen 2001 und 2004 mehrfach versprochen hatte, sich dafür einzusetzen, dass das Budget für das „unbewährte“ Raketenabwehrprogramm verringert wird. Ohne ausreichende Mittel kann das Waffensystem nicht entwickelt werden, so Kyl. Daher zeige Obamas Position, dass der Senator nicht wirklich an einem einsatzfähigen Programm interessiert ist.³⁵ Obamas ausgeprägte „Skepsis“ war allerdings auch bereits dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski aufgefallen.³⁶

Die Aussagen der beiden Kandidaten zum Wunsch der Ukraine und Georgiens NATO Mitglieder zu werden, unterscheiden sich nur unwesentlich. So unterstützten beide den Membership Action Plan für diese zwei Staaten und zeigten sich enttäuscht, als dieser beim jüngsten NATO-Gipfel in Bukarest keine Zustimmung erhielt. Obamas Russland-Berater *Michael McFaul* schlägt vor, Russland die NATO-Mitgliedschaft anzubieten, um interkontinentale Meinungsverschiedenheiten zu lösen, was Biegun als „blinden Optimismus“ bezeichnete.³⁷

Während McCain wohl vorerst seine „hard line“ Politik gegenüber Russland verbal verfolgen wird, erinnert McFaul an Obamas generelle Verhandlungsbereitschaft. Insofern ist zu erwarten, dass ein Präsident Obama bereits aus rein pragmatischen Gründen eine facettenreichere Beziehung zu Russland aufbauen wird, so Rose Gottemoeller vom Carnegie Institute in Moskau. Auch John McCain würde seine Position längerfristig etwas anpassen müssen, wenn er daran interessiert sei, die von ihm anvisierten neuen Abrüstungsverträge abzuschließen. Außerdem benötigt er Russlands Zusammenarbeit, um Iran von der Fortsetzung seines Atomprogramms abzuhalten. Europa muss aber damit rechnen, dass beide Kandidaten – trotz gemeinsamer Interessen mit Russland – nicht davor zurückschrecken werden, besorgniserweckende Entwicklungen in Russland offen anzusprechen und weiterhin auf die Ost- Erweiterung des NATO-Bündnisses zu drängen. Das könnte sich zum Teil auch bei den Wählern mit polnischen und ukrainischen Wurzeln in den wichtigen Bundesstaaten von Ohio, Illinois und Michigan auszahlen. Es ist aber zu bezweifeln, ob dieses Thema der ausschlaggebende Faktor bei diesen Wählergruppen ist.

STRATEGIC CHINA

Auch wenn China während der Vorwahlen durchaus mehr zum Thema hätte werden können, so blieb die damals aktuelle Tibet-Diskussion und Frage zur Olympiateilnahme größtenteils am Rande. Zwar schlossen sich Obama und McCain Clintons Boykottaufruf der Eröffnungszereemonie an, jedoch sollte eine Entscheidung diesbezüglich erst Anfang August getroffen werden bzw. Präsident Bush sich die Entscheidung zur Teilnahme offen lassen.³⁸ Eine generell vorsichtige Haltung gegenüber China hat für die Kandidaten den großen Vorteil, dass sie während ihrer Amtszeit einen größeren Handlungsspielraum haben werden – ohne das öffentliche Wahlkampfversprechen strategische Optionen versperren.

Auch wenn China bisher nicht im Wahlkampf thematisiert wurde, so wird der Freihandel und die Globalisierung gerade in den wichtigen Bundesstaaten Ohio, Michigan und Pennsylvania zu Hauptwahlkampfthemen werden, insbesondere wenn sich die Wirtschaft bis November nicht deutlich erholt. In diesen Staaten ist eine Mehrheit der Bevölkerung nicht unbedingt von den Vorteilen dieser Entwicklungen überzeugt, sondern eher über die Abwanderung der Arbeit besorgt. Insofern muss man sich bei den Demokraten auf mehr „fair trade“ Forderungen einstellen bzw. Protektionismus, während McCain bereits bei den Vorwahlen in Michigan offen gestanden hatte, dass einige Arbeitsplätze nie mehr zurückkommen würden.

Obamas Wirtschaftsberater *Austan Goolsbee* ist zwar ein Befürworter des Freihandels, der gerade die Regierung Bush dafür kritisiert hat, bestehendes Freihandelsrecht nicht ausreichend durchgesetzt zu haben. Auf der Kapitalmarktseite gibt er sich aber besorgt, was die Höhe der US-Verschuldung angeht. Der Aufkauf von US-Anleihen durch andere Staaten könne den geopolitischen Ambitionen der USA im Weg stehen. Insofern kann erwartet werden, dass chinesische Staatsfonds zumindest kritisch beobachtet werden.

Davon abgesehen, kann aber erwartet werden, dass sowohl Barack Obama als auch John McCain ihre Kritik gegenüber China behutsam formulieren werden. Beide Kandidaten brauchen China um mit einer Bandbreite von internationalen Problemen voranzukommen: zum Beispiel Nordkorea, Währungsstabilität und Klimapolitik.

Dabei wird McCain bzgl. China von *Michael Green* beraten, der vorher schon Präsident Bush als Special Assistant und Director for Asian Affairs im National Security Council (NSC) zur Seite stand. Green mahnte an, die Demokratieförderung in Asien ausgewogen zu betreiben, um bestehende Erfolge einerseits nicht zu gefährden und andererseits den Fortschritt zu ermutigen.³⁹ Ähnlich sieht das auch *Jeffrey Bader*, Greens Vorgänger im NSC unter Bill Clinton und jetzt Berater von Obama. Bader rief die Präsidentschaftsanwärter dazu auf, China wegen der Menschenrechtsverletzungen nicht lautstark zu verurteilen. Statt dessen sollten die Kandidaten eine auf Vertrauen basierende Beziehung kultivieren, um China zu überzeugen, dass es in seinem Interesse wäre, mit den USA auf dem Kontinent und international zu kooperieren.⁴⁰ Insofern ist zu erwarten, dass McCains Kooperationsansatz zur Maxime wird: Man werde mit China regelmäßig auf der Basis einer Reihe von gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten, jedoch nicht auf der stabilen Basis gemeinsamer Wertvorstellungen.⁴¹

CLIMATE CHANGE AT THE WHITE HOUSE

Egal wer im Januar 2009 vereidigt werden wird, beide Kandidaten haben versprochen den internationalen Führungsanspruch der USA auch auf dem Gebiet des Klimawandels voranzutreiben. Dabei betonen McCain und Obama (wie auch Präsident Bush zuvor), dass eine Neuverhandlung des Kyoto-Abkommens einerseits Indien und China einschließen sowie andererseits ökonomisch „verantwortungsvoll“ sein müsste. Auch wenn diese Einschränkungen internationale Verhandlungen nicht vereinfachen werden, so hat sich McCain bereits dazu bekannt, die Treibhausgasemissionen der USA bis 2050 um 60 % zu verringern (wobei 1990 als Basisjahr genutzt wird) und den Emissionsrechtshandel

national einzuführen.⁴² Barack Obama sieht dies grundsätzlich ähnlich, will aber die Treibhausgasemissionen bis 2050 sogar um 80 % senken.⁴³ Dabei würde McCain grundsätzlich mehr auf marktwirtschaftliche Reformen und Obama auf staatliche Einschränkungen setzen. McCain zum Beispiel will Emissionsrechte vorerst kostenfrei an Kohlekraftwerke und andere emissionsstarke Industriezweige vergeben, während Obama diese Rechte versteigern lassen will.⁴⁴

Besorgniserregend ist jedoch, dass erst vor einer Woche eine wichtige Gesetzesinitiative zum Klimawandel im Senat gescheitert war. Zudem enthielt der Gesetzesvorschlag auch die Forderung an Entwicklungsländer, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen und sah vor, Importeure von emissionsstarken Produkten aus China mit Zöllen zu belasten.⁴⁵ Insofern bleibt abzuwarten, ob beide Parteien und nicht nur ihre Kandidaten bereit sind, die Kosten der Klimapolitik auch zu tragen. Ermutigend ist aber generell, dass sich mittlerweile „ausreichend“ (und vor allem unabhängige) Wähler für das Thema interessieren. Insofern ist es für die Republikaner vorteilhaft, dass sie mit McCain einen Kandidaten haben, der sich nicht scheuen muss, Obama auch auf diesem Gebiet Paroli zu bieten.

ADVANCES ON „NUCLEAR“ DISARMAMENT

Als sich Anfang diesen Jahres vier ehemalige National Security Berater und Außenminister für die globale nukleare Abrüstung einsetzten, begannen Beobachter bereits zu spekulieren, dass nach Jahren der Stagnation im Bereich der Nichtweiterverbreitung und Missachtung von verifizierbaren Verträgen, der nächste Präsident dieses Thema vorantreiben könnte. Mittlerweile haben McCain und Obama klar gemacht, dass sie auch auf diesem Gebiet die beispielhafte Führungsrolle der USA erneuern wollen.

Beide Kandidaten haben erklärt, dass sie ein neues bindendes und verifizierbares Abrüstungsabkommen mit Russland schließen wollen, um die Zahl der Nuklearsprengköpfe beider Länder wesentlich zu verringern. (Dieses Anliegen wird auch von Russland geteilt, wobei der stellvertretende Ministerpräsident Sergey Ivanov mit einer diesbezüglichen Anfrage bereits im Februar 2008 an die USA herantrat.)⁴⁶ Anders als McCain will Obama aber auch, dass die verbleibenden Waffen nicht mehr „hair trigger alert“ Status haben, d.h. sie innerhalb von Minuten gestartet werden können. Beide Kandidaten haben sich zudem für ein Produktionsverbot von hochangereicherten bzw. militärischen Spaltstoffen (FMCT) ausgesprochen. Dabei will McCain dies zunächst erst mit China besprechen, wäh-

rend Obama verspricht, das Verbot innerhalb seiner ersten Amtszeit auf globaler Ebene herbeizuführen.

Während McCain nur bekanntgegeben hat, den von Bush bereits aufgegebenen „robust nuclear earth penetrator“ nicht zu entwickeln, verspricht Obama den Stop jeglicher Neuentwicklung von Nuklearwaffen. Auch hat Obama sich bereit erklärt, den Teststoppvertrag (CTBT) zu unterstützen, während McCain nur versprach, diesen „noch einmal zu begutachten“ nachdem er bereits 1999 gegen dessen Ratifizierung gestimmt hatte.⁴⁷

Beide Kandidaten befürworten die Einführung von internationalen bzw. multilateralen Urananreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen sowie Liefergarantien. Damit soll die Gefahr von politisch motivierten Uranlieferengpässen vermindert sowie das Hauptargument für die Installation solcher Anlagen auf nationaler Ebene geschwächt werden. Zudem wollen beide den Abzug und Sicherung von taktischen Atomwaffen aus Europa, da deren Größe diese besonders attraktiv für Terroristen macht. Dabei hat Obama auch versprochen innerhalb seiner ersten Amtszeit sämtliche unzureichend geschützten Spaltmaterialien sicherzustellen, um sie nicht in die Hände von Terroristen fallen zu lassen.

Selbst wenn Obama das Ziel der langfristigen, globalen Abrüstung mit der „Gang of Four“ um Kissinger, Shultz, Perry und Nunn teilt, so ist nicht klar, ob er das notwendige politische Kapital haben wird, dies auch umzusetzen. John McCain selbst warnt, dass eine solche Welt zwar sein Traum wäre, aber noch weit entfernt und nur schwierig umzusetzen sei. Das Beispiel des Nuklearabkommens mit Indien zeigt, dass beide Kandidaten Pragmatiker bzgl. der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sind. Das von beiden Senatoren im Jahr 2006 unterstützte Abkommen erlaubt den Export von angereichertem Uran und Nukleartechnologie für die Atomkraftwerke Indiens, während Indien im Gegenzug der IAEA den Zugang zu einem Teil seiner zivilen Kernkraftwerke erlaubt. Der Export war über 30 Jahre lang aufgrund des indischen Atomtests und Indiens Nichtteilnahme am Atomwaffensperrvertrag (NPT) untersagt. Sollte das Abkommen in dieser Legislaturperiode nicht mehr ratifiziert werden, kann allerdings erwartet werden, dass bei einer Neuauflage eine Reihe Demokratischer Senatoren und Abgeordneter sich wieder für strengere Auflagen einsetzen wird. Im Jahr 2006 gehörte auch Senator Obama zu dieser Gruppe.⁴⁸

AMERICA – STILL FIRST AMONG EQUALS

Wie weit die aktuellen Berater der beiden Kandidaten und die im Wahlkampf propagierten außenpolitischen Konzepte auch die spätere Außen- und Sicherheitspolitik eines gewählten Präsidenten beeinflussen werden, steht dahin. Obama wird sich vielleicht anfänglich stärker auf seinen Beraterpool stützen, während McCain auf seine jahrzehntelange Erfahrung in der Außenpolitik zurückgreifen wird. Externe Entwicklungen können aber einen viel größeren Einfluss auf außenpolitische Schwerpunktsetzungen im weiteren Wahlkampf und die künftige Positionen in der Amtszeit entfalten, als derzeit zu ermessen ist. Gewiss werden beide Kandidaten versuchen, das lädierte Image der USA aufzubessern. Die Schließung des Gefängnisses in Guantanamo, die Ablehnung von Folter sowie ein Entgegenkommen in der Klima- und Abrüstungspolitik könnten beiden Kandidaten dabei helfen, einen Teil des internationalen Wohlwollens, den die USA nach 9/11 hatte, wiederzuerlangen.

Allerdings sind die gegenwärtigen Erwartungen an den künftigen Präsidenten unrealistisch hoch, in den USA und auch im Ausland – gerade wenn dieser Barack Obama heißen sollte.⁴⁹ Bei Zustimmungsraten von über 75 % in der europäischen Bevölkerung für Obama gegenüber McCain, müssen Europas Außenpolitiker damit beginnen, die hochgeschraubten Erwartungen an den zukünftigen Präsidenten wieder zu moderieren, um so mehr als Obamas Sieg alles andere als gewiss ist.⁵⁰ Trotz allen Wunschkens, wird auch ein Präsident Obama wie seine Vorgänger und Nachfolger in erster Linie die amerikanischen Interessen vertreten. Daher mag Change zwar das Thema des Wahlkampfes sein, aber die Politik der nächsten Regierung wird in vielen Bereichen von Kontinuität geprägt sein.⁵¹

Insofern könnte der Honeymoon kurz sein und wahrscheinlich ein böses Erwachen folgen, wenn gerade ein Präsident Obama seine Allianzpartner besuchen und Unterstützung im Kampf gegen den Terror, vor allem beim Afghanistan-Einsatz, einfordern wird. Ob die europäische Bevölkerung Obama dann immer noch so euphorisch unterstützen wird?

Um dem schon heute zu begegnen, wäre es nützlich, sobald wie möglich konkrete Vorschläge der europäischen Allianzpartner für realisierbare gemeinsame Handlungsfelder zu unterbreiten. Dies auch mit dem Ziel, die Erwartungen in den USA ebenfalls auf einem realistischen Niveau zu halten. Wozu wäre Europa im Irak, Iran und in Afrika bereit? Mit einer klaren Position seitens der europäischen Partner könnten amerika-

nische Alleingänge eventuell vermieden werden. Auch um zu verhindern, dass auch in Zukunft die USA von 43 % der Bevölkerung in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Russland als „Macht des Bösen“ betrachtet wird.⁵²

Bis es allerdings so weit ist, wird in den USA zunächst einmal ein harter Wahlkampf geführt werden, in dem McCains „toughness“ und Entschlossenheit auf Obamas „transparency“ und Dialogbereitschaft prallen werden. Dabei wird das Ergebnis dieses Wahlkampfes auch zeigen, welche außenpolitische Perspektive die Amerikaner mehr überzeugt: McCains Betonung von Gefahren, von denen die USA bedroht werden, oder Obamas Appell, die Möglichkeiten aktiv und ohne Vorbedingungen zu nutzen, die sich den USA aus seiner Sicht bieten.

Derweilen dürfen die Europäer mit ansehen, wie ihr Favorit mit Rufmordkampagnen mit rassistischen Untertönen konfrontiert wird, die von unabhängigen, so genannten 527-Gruppen zu erwarten sind. Einige Kommentatoren begannen bereits, den Demokratischen Kandidaten ausschließlich mit seinem Mittelnamen zu nennen – B. Hussein Obama. Laut einer *Newsweek*-Umfrage von Anfang Mai glauben 13 % der Amerikaner, dass Obama Muslim sei, weitere 26 % konnten seine Religion nicht zuordnen. Zweifel an Obamas Religion und an seinem Patriotismus können also noch in weiten Teilen der Bevölkerung geweckt werden.⁵³

Dabei sei daran erinnert, dass selbst Hillary Clinton Obamas Glauben zum Thema in einer Debatte machte. Damals meinte sie, dass – soweit sie es beurteilen könne – Obama kein Muslim sei. Überzeugende Aussagen klingen anders.

- 1/ *Seib, Wall Street Journal, 2/26/2008.*
- 2/ *McCain World Affairs Council Rede, McCain Webseite, 3/26/2008 und Reston, Richter, Los Angeles Times, 3/27/2008.*
- 3/ *McCain, Financial Times, 3/19/2008.*
- 4/ *Brooks, New York Times, 3/28/2008.*
- 5/ *Kagan and Kristol, Foreign Affairs, July/August 1996.*
- 6/ *McMahon, Council on Foreign Relations Webseite, 6/9/2008 und Kagan, New Republic, 4/23/2008.*
- 7/ *Richter, Los Angeles Times, 3/16/2008 und Hirsh, Newsweek, 4/7/2008 und Bai, New York Times Magazine, 5/18/2008.*
- 8/ *Times Magazine, 5/18/2008.*
- 9/ *Welch, Los Angeles Times, 2/1/2008.*
- 10/ *Obama, Foreign Affairs, July/August 2007.*
- 11/ *Rice, Lake and Payne, Washington Post, 10/2/2006 und Klonsky, Council on Foreign Relations Webseite, 6/11/2008.*
- 12/ *Bacon, Washington Post, 3/10/2008.*
- 13/ *Rice, National Interest, Spring 2006 und Rice, „U.S. Foreign Assistance to Africa,“ Brookings Webseite, 6/27/2005.*

- 14| Bacon, *Washington Post*, 2/26/2008.
- 15| Sewell, *Foreign Services Journal*, September 2007.
- 16| Axelrod, Stephanopoulos - *ABCs This Week*, 3/2/2008.
- 17| Shear, Murray, *WP*, 2/28 und Dreazen, *Wall Street Journal*, 2/29/2008.
- 18| Barnes, *Los Angeles Times*, 2/29/2008.
- 19| Fitzgerald und Eichel, *Philadelphia Inquirer*, 3/12 und Kornblut, Murray, *Washington Post*, 4/10/2008.
- 20| Neuman, *Los Angeles Times*, 4/10 und *Weekly Standard*, 3/17/2008.
- 21| Peterson, *Bloomberg News*, 3/24/2008.
- 22| Stearns, *McClatchy*, 3/19/2008.
- 23| Beinart, *Washington Post*, 11/27/2008.
- 24| AIPAC Rede, *McCain Webseite*, 6/2/2008.
- 25| AIPAC Rede, *Obama Webseite*, 6/4/2008.
- 26| Wilson und Wiessler, *Reuters*, 5/27/2008.
- 27| Interview, *The Oregonian*, 3/27/2003.
- 28| Baldwin, *(London) Times*, 5/10/2008.
- 29| Rubin, *Washington Post*, 5/15/2008.
- 30| Holmes, *Wall Street Journal*, 5/15/2008 und Holmes, *Wall Street Journal*, 6/4/2008.
- 31| Mitnick, *Washington Times*, 3/19/2008.
- 32| Heller, *Associated Press*, 3/19/2008.
- 33| Soloman, *Wall Street Journal*, 3/13/2008.
- 34| Naymik, *Cleveland Plain Dealer*, 2/29 und Alberts, *National Post*, 3/1/2008.
- 35| *McCain World Affairs Council Rede*, *McCain Webseite*, 3/26/2008.
- 36| DiMascio, *Defense Daily*, 3/11/2008.
- 37| Lorenz, *Rzeczpospolita*, 1/31/2008.
- 38| Siegel, *Moscow Times*, 4/22/2008.
- 39| Eggen, *Washington Post*, 4/11/2008.
- 40| Green, *CSIS Webseite*, 11/14/2007 und Green, *Washington Post*, 2/13/2007.
- 41| Bader, *Opportunity 08 – Brookings Institution Webseite*, 2/28/2007.
- 42| *McCain World Affairs Council Rede*, *McCain Webseite*, 3/26/2008.
- 43| *Issues: Climate Change*, *McCain Webseite*.
- 44| *Issues: Energy & Environment*, *Obama Webseite*.
- 45| Kriz, *National Journal*, 6/21/2008.
- 46| Eilperin, *Washington Post*, 6/7/2008.
- 47| Dempsey, *International Herald Tribune*, 2/12/2008.
- 48| *McCain Rede*, *McCain Webseite*, 5/27/2008.
- 49| Klug, *Associated Press*, 4/4/2008, Weisman, *New York Times*, 4/6/2008, Luce und Dombey, *Financial Times*, 6/10/2008, Kimball, *Arms Control Today*, March 2008.
- 50| Cowell, *International Herald Tribune*, 6/5/2008.
- 51| Baldwin, *(London) Times*, 6/7/2008.
- 52| Lynch und Singh, *Guardian*, 6/10/2008.
- 53| „Europe won't shed a tear as Bush says so long,“ *New Zealand Herald*, 6/9/2008.
- 54| Conant und Wolfe, *Newsweek*, 5/11/2008.annex

OBAMA GEWINNT – KNAPP

DIE VORWAHLEN DER US-PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN SIND BEENDET

Dr. Norbert Wagner | 4. Juni 2008

Mit den Vorwahlen in South Dakota und Montana endet der fünfmonatige Vorwahlmarathon. Seit dem 3. Januar 2008 haben sich vor allem Hillary Clinton und Barack Obama ein äußerst spannendes Vorwahl-Rennen geliefert. Noch zum Jahreswechsel dürfte Hillary Clinton fest davon überzeugt gewesen sein, dass sie die Vorwahlen leicht gewinnen und spätestens bis zum Super-Tuesday (5. Februar) die Nominierung sicher gewonnen haben wird. Auch den Gewinn der Präsidentschaftswahlen am 4. November glaubten sie und ihre Anhänger sicher und fast nur noch eine Formsache.

Den ersten Rückschlag erlebte die Clinton-Kampagne sogleich bei den ersten Vorwahlen in Iowa (3. Januar). Sie landete nur auf dem dritten Platz. Hastig versuchten sie und Bill Clinton ihre Wahlkampfstrategie umzustellen. Weitere, teils schwere Fehler wurden dabei gemacht. Sie und ihr Man führten das Thema Rasse in den Wahlkampf ein und fielen durch peinliche Ungenauigkeiten bei Ihren Wahlkampfreden auf. All das hätten die Wähler ihr wohl noch nachgesehen.

FEHLER DER CLINTON-WAHLKAMPF-STRATEGIE

Der zentrale Fehler der Wahlkampfstrategie von Hillary (und Bill) Clinton war indes, dass sie wohl schon vor Beginn der Vorwahlen davon überzeugt waren, dass sie die Vorwahlen gewinnen würde. Ihre Wahlkampfplanung reichte offenbar nur bis zum Super-Tuesday. Weder finanziell noch organisatorisch hatten sie Vorsorge getroffen für den Fall, dass der Vorwahlkampf auch nach diesem Datum noch weitergehen würde. So hatte die Kampagne mehrfach mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Clinton musste ihrer Kampagne persönliche Kredite geben (ca. 11 Mio. \$) und nahm zusätzlich rund 10 Mio. \$ an Krediten auf.

Auch organisatorisch war sie nicht auf einen langen Wahlkampf vorbereitet. Während Barack Obama in allen 50 Bundesstaaten Wahlkampfteams aufgebaut

hatte, musste sie nun hastig nachziehen. Die Obama Kampagne hatte sich bewusst auch auf die kleineren Bundesstaaten konzentriert und auch dort Wahlkampf betrieben. Ebenso zielte sein Wahlkampf auf Bundesstaaten, in denen die Vorwahlen in Form eines Caucus durchgeführt wurden.

So konnte Clinton zwar manch überzeugenden Sieg in den großen Bundesstaaten erzielen. Sie erhielt dafür auch oft zehn oder auch zwanzig Delegierte mehr. Obama holte durch „Seriensiege“ in kleineren Staaten aber immer wieder auf und zog schließlich bei den Delegiertenstimmen an ihr vorbei.

ES GEHT UM DELEGIERTE

Als Clinton erkannte, dass Obama das Rennen um die gewählten Delegierten wohl gewinnen würde, verlegte sie sich zunächst darauf, heftig um Superdelegierte zu werben. Sie hoffte, auf diese Weise das Wahlergebnis noch umdrehen zu können. In der Demokratischen Partei brach dadurch eine heftige Debatte über die Rolle und Aufgabe dieser Superdelegierten aus. Viele Superdelegierte waren offenbar auch nicht bereit, sich gegen das Votum der Wähler zu stellen und schwenkten mehr und mehr ins Obama-Lager um.

Als Hillary Clinton einsehen musste, dass sie auch das Rennen um die Superdelegierten verlieren würde, zog sie die Anzahl der abgegebenen Stimmen (*popular vote*) als Grund dafür heran, dass sie der Kandidat sei, der die Nominierung verdient habe. Hier lag Obama zunächst im Hintertreffen, weil er viele „Caucus-Staaten“ gewonnen hatte. (Bei einem Caucus nehmen sehr viel weniger Wähler teil). Je nach Zählweise können beide Kandidaten beanspruchen, das „popular vote“ gewonnen zu haben (mit/ohne Michigan; mit/ohne Florida; manche Staaten haben keine Zahlen veröffentlicht, so dass sie geschätzt werden mussten; in Michigan hatte Obama seinen Namen von den Wahlzetteln streichen lassen).

Hillary Clinton rechnete in ihre Zählung allerdings die Wähler aus Michigan und Florida ein, deren Wahlergebnis zunächst nicht gewertet wurde, weil in beiden Staaten die Vorwahlen gegen das Votum der Parteilieferung (DNC) vorgezogen worden waren. Sie hatte immer wieder darauf gedrängt, dass diese Delegierten trotz der Regelverletzung an der Convention teilnehmen dürfen. Das Drama um die Wertung dieser Stimmen erreichte seinen Höhepunkt am 31. Mai als die Kommission des DNC, welche für Parteiregularien und Verfahrensfragen zuständig ist, in einer landesweit live übertragenen Sitzung entschied, dass die Delegierten der beiden Bundesstaaten zwar bei der Demokratischen Convention teilnehmen dürften, aber jeweils nur über eine halbe Stimme verfügen werden. Die Kommission beschloss auch, in welchem Verhältnis die Florida- und Michigan-Delegierten auf Hillary Clinton und Barack Obama aufgeteilt werden. Die Auseinandersetzung um Florida und Michigan wurde damit zwar beigelegt. Grundsätzlich kann diese Vorgehensweise aber keineswegs überzeugen.

Schließlich führte Hillary Clinton das Argument an, sie habe vor allem in den großen Staaten und jenen Staaten gewonnen, die für den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen im November ausschlaggebend sein werden.

In der Tat wies Obama in manchen der Staaten eine deutliche Schwäche bei bestimmten sozialen Gruppen auf, u.a. bei Weißen, Frauen, Arbeitern, Beziehern niedriger Einkommen. Auffällig war außerdem, dass er in einigen der letzten Vorwahlen deutlich verlor (Kentucky, West-Virginia, Puerto Rico), obwohl er eigentlich schon als der inoffizielle Gewinner des demokratischen Vorwahlkampfes feststand.

Mit der Entscheidung der Partei-Schiedskommission beläuft sich die Anzahl der für die Nominierung erforderlichen Delegierten nun auf 2.118. Nach der Vorwahl von Puerto Rico am vergangenen Sonntag (1. Juni), die Hillary Clinton mit großem Vorsprung gewann, verfügt Barack Obama nun insgesamt über 2.076,5 Delegierte (einschl. 338 Superdelegierte). Hillary Clinton verfügt über 1.917,5 Delegierte insgesamt, davon 292 Superdelegierte. In South Dakota und Montana erhielt Obama mindestens 15 Delegiertenstimmen, auf Clinton entfielen mindestens 13. Weder Clinton noch Obama wird also mit Hilfe der Delegierten von Montana und South Dakota die Hürde von 2.118 überspringen.

Noch haben sich aber 194,5 Superdelegierte nicht für einen der beiden Kandidaten erklärt. Es wird allgemein erwartet, dass dies aber in den nächsten Tagen viele Superdelegierte tun werden, und zwar zugunsten von Barack Obama.

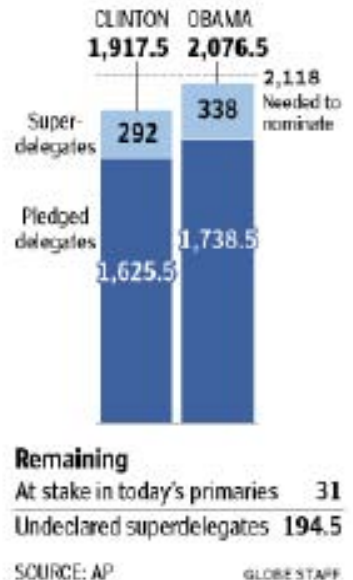
Es also damit zu rechnen, dass Barack Obama in Kürze seinen Sieg bei den Demokratischen Vorwahlen 2008 erklären wird. Es wird auch darüber spekuliert, dass Hillary Clinton, wenn nicht heute, so doch in den nächsten Tagen ihre „Concessionsspeech“ halten wird. Für heute Abend hat sie eine wichtige Rede zum Abschluss der Vorwahlen angekündigt.

Dass Hillary Clinton vermutlich bald ihre Niederlage eingestehen wird, ist gewiss auch eine Folge des Drucks aus der Führung der Demokratischen Partei (Pelosi, Reid, Dean). Denn man wollte unbedingt verhindern, dass sich die Auseinandersetzung zwischen Obama und Clinton bis zur Demokratischen Convention Ende August hinzieht. Schließlich dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass die Clinton Kampagne finanziell angeschlagen ist.

Viele Anhänger der Demokratischen Partei würden sich wünschen, dass Barack Obama Hillary Clinton zu seiner Vizepräsidenten-Kandidatin macht. Fraglich ist allerdings, ob Clinton das will. Denn sie könnte auch warten und nach einer Niederlage von Obama in vier Jahren einen zweiten Versuch starten. Sehr fraglich ist auch, ob Barack Obama sie gerne als VP hätte. Der bisherige Wahlkampf hat doch einige Spuren hinterlassen. Außerdem ist da noch das Problem Bill Clinton. Bewundernswert ist indes die Energie und das Engagement, mit dem insbesondere Hillary Clinton, Barack Obama und John McCain über rund 18 Monate Wahlkampf betrieben haben. Dabei hat vor allem Obama gezeigt, dass er eine außerordentlich erfolgreiche und effiziente Wahlkampfmaschine aufgebaut hat. Für Barack Obama und John McCain geht es nun in die entscheidende Runde. Es wird sehr spannend werden zu sehen, was McCain dieser Obama-Kampagne entgegensetzen wird.

DELEGATE MATH

Barack Obama has nearly reached the number of delegates required to secure the Democratic nomination.



US-PRÄSIDENTENWAHLEN 2008

VORWAHLSAISON VOR DEM ABSCHLUSS

Dr. Norbert Wagner | 13. Mai 2008

Noch stehen sechs Vorwahlen der demokratischen Partei aus. Die Vorwahlen am Dienstag, 13. Mai 2008, in West Virginia wird Hillary Clinton wohl mit deutlichem Vorsprung (bis zu 30 Prozentpunkten) gewinnen. Ebenso die Vorwahlen in Kentucky (20. Mai). Dagegen dürfte Barack Obama bei den Oregon-Vorwahlen (20. Mai 2008) vorn liegen.

Insgesamt werden diese und die weiteren Demokratischen Vorwahlen, die letzten am 3. Juni 2008 in South Dakota und Montana, am Ergebnis dieser Vorwahlsaison jedoch nichts mehr ändern.

Barack Obama hat die Vorwahlen der Demokratischen Partei gewonnen. Er hat die meisten gewählten Delegierten gewonnen, die meisten Stimmen und auch in den meisten Staaten. Hillary Clinton kann sich zugute halten, dass sie vor allem die großen Bundesstaaten gewonnen hat. Und sie behauptet, sie habe vor allem jene Bevölkerungsgruppen gewonnen, auf die es bei den Präsidentenwahlen im November besonders ankommen werde (Weiße, Frauen, Arbeiter, Mittelschicht, ohne College-Abschluss, Bezieher niedriger Einkommen, ältere Menschen). Auch die Vorwahlen in West Virginia und Kentucky werden dieses Muster wieder bestätigen. Obama hat ein Problem mit älteren, weißen Mittelklasse-Wählern ohne College-Abschluss („blue collar, working class“), insbesondere Frauen. Diese Wähler muss er aber für sich gewinnen, will er die Präsidentenwahlen im November gegen John McCain gewinnen. Außerdem weist Obama eine Schwäche bei Latinos auf. Diese Wähler spielten aber in West Virginia keine Rolle. Dass Obama in West Virginia so schlecht abschnitt, sollte der Demokratischen Partei indes zu denken geben.

Mit diesem Argument bleibt Hillary Clinton vorerst weiter im Rennen, ohne Aussicht, es noch zu gewinnen. Der Sieg in West Virginia wird ihr noch einmal Schwung verleihen, ohne allerdings das Endergebnis zu beeinflussen. So sehen das offenbar auch die Superdelegierten. Erstmals liegt Barack Obama bei der Anzahl der Superdelegierten, die sich für ihn ausgesprochen haben, vorn.

Aber Hillary Clinton gibt noch nicht auf. Mit bewundernswertem Durchhaltevermögen setzt sie ihren Wahlkampf fort. Bill Clinton, der nun, zum Ende der Vorwahlen, seine Rolle gefunden zu haben scheint, tritt mehrmals am Tage als ihr Wahlkampfheld auf. Ihr letztes Argument im Kampf um die Nominierung ist die Forderung, die Delegierten aus Michigan und Florida zur Convention zuzulassen. In beiden Staaten wurden die Vorwahlen gegen den Willen der Parteiführung vorgezogen und deshalb annulliert. Clinton hatte in beiden Fällen mit großem Vorsprung gewonnen (in Michigan war Obamas Name aber nicht einmal auf dem Stimmzettel). Wie auch immer dieser Streit ausgehen wird, Obama wird keinem Kompromiss zustimmen, der ihn seinen Vorsprung kosten könnte. Die Parteiführung (DNC) will am 31. Mai darüber entscheiden, wie das Problem aus der Welt geschafft werden kann. Skepsis ist angebracht, ob sie dazu in der Lage ist.

Offen ist jetzt eigentlich nur noch, wann Hillary Clinton aufgibt und ihre „concession-speech“ hält. Manche meinen, sie wolle die Entscheidung bis zur Convention Ende August in Denver offenhalten, um dort eine Abstimmung zu ihren Gunsten zu erzwingen. Diese Aussicht beunruhigt die (schwache) Parteiführung, die Granden der Partei und auch die Parteibasis nachhaltig. Eine tiefe Spaltung der Demokratischen Partei könnte die Folge sein. Eine Spaltung, die bis zu den Wahlen Anfang November nur schwer zu heilen sein dürfte.

Vielleicht gibt sie aber auch kurz nach den letzten Vorwahlen (am 3. Juni) auf und fügt sich dem rechnerischen Ergebnis der Vorwahlen. Wenn schon nicht das Ergebnis der Vorwahlen, so könnte Geldmangel für ihren Wahlkampf ein abruptes Ende herbeiführen. Am Wochenende wurde bekannt, dass ihre Kampagne über 20 Mio. \$ Defizit aufweist, davon stammen rund 11,5 Mio. \$ aus einem Kredit der Familie Clinton an die Wahlkampagne. Es bleibt abzuwarten, wie lange Clinton bereit ist, schlechtem Geld weiteres Geld hinterher zu werfen. Schon sind Gerüchte in Umlauf, Hillary Clinton verhandle mit der Obama-Kampagne

über ihren Ausstieg, wobei die Übernahme dieses Defizits eine neben anderen Forderungen sein soll.

Oft wird auch darüber spekuliert, ob sie auf einem „ticket“ mit Obama als Vizepräsidenten kandidieren könnte. Dies könnte ein Weg sein, die gesplittene Demokratische Partei zu einen. Hillary und Bill Clinton sind aber nicht angetreten, Vizepräsident zu werden. Obama wird sich auch gut überlegen, ob er das sich und seinen Anhängern antun will.

- Letztlich wird es nur noch darum gehen, wie sie am besten die Wahlkampf Bühne verlässt.
- Ergebnis der Vorwahlsaison ist indes: John McCain und Barack Obama werden im November 2008 die beiden Kandidaten bei den US-Präsidentenwahlen sein.

WAHLKAMPF MCCAIN – OBAMA

Hatte man zu Beginn der Vorwahlen noch kritisiert, das Feld der Republikanischen Kandidaten sei viel zu unübersichtlich, es werde lange dauern, bis ein Republikanischer Kandidat feststehe, so war allen Beobachtern klar, dass Hillary Clinton die Demokratische Nominierung quasi schon in der Tasche habe, die Vorwahlen für sie zu einer Krönung würden und dass sie auch die November-Wahlen eigentlich kaum verlieren können würde. Dann kam die Phase, in der John McCain als Kandidat feststand, aber im Vergleich mit beiden, Hillary Clinton und Barack Obama, aussichtslos zurücklag.

Je länger sich der Kampf zwischen Clinton und Obama hinzog, um so mehr wuchsen die Aussichten von John McCain. Mittlerweile hat er zu beiden aufgeschlossen. Um so wichtiger ist es für die Demokratische Partei, dass Clinton möglichst bald aufgibt. Denn mit jedem Tag, an dem Clinton und Obama ihre Auseinandersetzung fortsetzen, steigen die Aussichten von John McCain.

Die Schärfe der Auseinandersetzung innerhalb des Demokratischen Lagers hat bereits dazu geführt, dass zwischen 20 und 30 % der Anhänger von Clinton erklären, sie würden einen Kandidaten Obama nicht wählen. Ähnlich viele Obama-Anhänger würden Clinton nicht wählen. Dennoch sind die Aussichten, dass der nächste Präsident der USA ein Demokrat sein wird, noch immer groß. Die Republikanische Partei ist im Meinungstief. Überhaupt erhalten alle Politiker ausgesprochen schlechte Noten. Der Congress wird sogar noch schlechter eingestuft als Präsident George W. Bush. Insgesamt ist die Meinung weit verbreitet, das Land steuere in die falsche Richtung, das Ruder müsse

herumgerissen werden. Deshalb ist der kaum mit konkreten Orientierungspunkten unterlegte Ruf von Barack Obama nach „Change“ auch so erfolgreich. Alle stimmen zu, so könne es im Lande nicht weitergehen. Keiner aber weiß, wohin es gehen soll. Auch die Auseinandersetzung zwischen Clinton und Obama hat da nicht zur Konkretisierung beigetragen, da es vor allem um persönliche Attacken ging.

Auch die Rangfolge der Themen, die im Wahlkampf eine Rolle spielten und spielen, hat sich nachhaltig geändert. Noch im Herbst 2007 stand praktisch nur ein Thema im Vordergrund: Irak. Obama behauptete, er sei schon immer gegen den Irakkrieg gewesen, Clinton nicht. Sie wiederum sprach Obama die Fähigkeit und notwendige Erfahrung ab, Commander in Chief zu sein. Sie sei „ready and battle tested“. Beide machten McCain für den Krieg mitverantwortlich, ein Präsident John McCain sei gleichbedeutend mit einer dritten Amtszeit für Präsident George W. Bush. McCain hielt dagegen, seine Idee der Truppenaufstockung (*surge*) sei erfolgreich. Er habe häufig gegen Initiativen von George W. Bush gestimmt.

In der Tat hat sich die Lage in Irak nachhaltig stabilisiert. Folglich ist auch das Thema im Wahlkampf in den Hintergrund getreten und rangiert nun nur noch an dritter oder gar vierter Stelle in den Umfragen. Selbst unter Anhängern der Demokratischen Partei steht es nicht mehr an erster Stelle. Dagegen sind die wirtschaftliche Lage (Ölpreise, Inflation) und die Immobilienkrise zum Thema Nummer Eins geworden. Gefolgt von der Reform des Krankenversicherungswesens sowie der Immigrationspolitik.

John McCain ist nicht dafür bekannt, ein Experte auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zu sein. Deshalb müht er sich in letzter Zeit besonders darum, auf diesem Gebiet Profil zu zeigen. Sein jüngster Vorschlag einer „Auszeit für die Bezinsteuer in den Sommermonaten“ (*summer gas tax holiday*) belegt allerdings weniger ökonomische Vernunft als Gespür für publikumswirksame Ankündigungen. McCains Stärke liegt dagegen in seiner langjährigen Erfahrung auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik. Ihn könnten sich die meisten Amerikaner wohl sehr gut als Commander in Chief vorstellen. Ihm vertrauen sie am meisten, wenn es um den Kampf gegen den Terrorismus und um den Krieg im Irak geht. Auch auf dem Gebiet der Immigrationspolitik gilt er als kompetent und ist er mit eigenen Initiativen hervorgetreten. Legalisierung und Integration der Einwanderer, die sich illegal im Lande aufhalten. Sicherung der Grenzen im Süden. So seine Leitlinien.

John McCain hält Barack Obama vor, dass er weder administrative noch legislative Erfahrung habe. 71 % der Befragten meinen, dass McCain größere Erfahrung habe, Präsident zu sein. In der Tat ist Obama im State Senate von Illinois vor allem dadurch aufgefallen, dass er häufig mit „Enthaltung“ (*present*) votierte. Seine bisher knapp vier Jahre im US-Senate haben noch keine Spuren hinterlassen. Seinen Vorsitz im Subkomitee Europa des Senats hat er für keinerlei Initiative genutzt. Allerdings weist Barack Obama im US-Senate ein Abstimmungsverhalten auf, das am weitesten „links“ unter allen Senatoren eingestuft wird. Dem hält McCain seine Erfahrung und seine Fähigkeit entgegen, auch über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten (*to reach across the aisle*), was er in zahlreichen Gesetzesinitiativen bewiesen hat.

Barack Obama hält McCain vor allem vor, er bedeute gewissermaßen eine Fortsetzung der Bush-Politik und der traditionellen Washington-Politik, die nicht das Wohl der Bevölkerung im Auge habe. (59 % der Befragten meinen, Obama stehen für den Wandel, den Washington benötige.) Mit McCain seien Wandel und ein Neuanfang nicht möglich. Irak sei hierfür das wichtigste Beispiel. Aber auch die Vorschläge von McCain zur Wirtschaftspolitik. Die Vorschläge McCains zur Steuerpolitik begünstigten nur die Reichen. Er lässt auch nicht aus, auf McCain's Alter zu verweisen: „I salute the fifty years of John McCain's service to our country“. Auf sein Alter angesprochen antwortet John McCain, er werde seine 96 Jahre alte Mutter zum nächsten Wahlkampfauftritt mitbringen, um zu demonstrieren, wie fit sie ist. Außerdem müsse man die sechs Jahre, die er im „Hanoi-Hilton“ verbracht habe, von seinem Alter abziehen.

Bei aller Begeisterung, die man immer wieder bei Wahlkampfauftritten von Barack Obama verspürt, hat er auch einige Schwachpunkte. Sein Verhältnis zu seinem Pastor Jeremiah Wright ist zu einer schweren Belastung für ihn geworden. Zu spät hat er sich von ihm distanziert. Der Wahlkampf der Clinton-Kampagne hat aus einem Kandidaten Obama, dessen Rasse zu Beginn des Wahlkampfes praktisch keine Rolle spielte, einen Kandidaten gemacht, der nun zu 80 bis 90 % von Schwarzen gewählt wird und der bei Weißen nur unterdurchschnittlich abschneidet. Weiße Mitglieder der Mittel- und Unterschicht haben Schwierigkeiten mit einem Kandidaten Obama. Insgesamt fragen sich viele: „Is the country ready for an african-american President?“ Viele Wähler, die Obama nicht wählen werden, weil er ein Schwarzer ist, geben das indes nicht offen zu.

TREND

Wem von beiden die Amerikaner im November eher folgen werden, wird neben der persönlichen Ausstrahlung sehr von der politischen und wirtschaftlichen Situation im Herbst anhängen. Fängt sich die US-Wirtschaft rascher als befürchtet, wird dieses Thema an Bedeutung verlieren. Weitere Erfolge in Irak würden die Politik von John McCain unterstützen. Verschärft sich indessen der Wirtschaftsabschwung, wird das wohl Barack Obama helfen. Spitzt sich der Konflikt in Irak wieder zu, wird Obama ebenfalls davon profitieren.

In den jüngsten Umfragen liegt Barack Obama noch immer vor John McCain. Bis zum 4. November sind es aber noch mehr als sechs Monate, kann noch viel geschehen.

TRANSATLANTISCHE BEZIEHUNGEN

Zu transatlantischen Themen und zu ihrem zukünftigen Verhältnis zu Europa haben sich beide Kandidaten in ihrem Wahlkampf bisher kaum oder nur am Rande geäußert. Allerdings ist McCain ein ausgezeichneter Kenner der transatlantischen Beziehungen und Europas. Über viele Jahre nahm er an der Münchener Sicherheitskonferenz teil und reiste in Europa. Obama ist auf diesem Feld ein unbeschriebenes Blatt, hat aber eine große Zahl kompetenter Berater um sich gesammelt.

Mit Ausnahme des Irak-Konflikts dürften John McCain und Barack Obama in vielen Fällen im Grundsatz in außen- und sicherheitspolitischen Fragen auch weniger weit auseinander liegen als vermutet. Auch Obama müsste sich auf die in Washington vorhandene Expertise verlassen. Unterschiede dürfte es dagegen eher im Stil geben. McCain wird weniger zögern, auf die militärische und wirtschaftliche Macht der USA zu setzen. Barack Obama wird es zunächst mit Verhandlungen versuchen. Aber auch er hat schon geäußert, er würde nicht zögern, Pakistan zu bombardieren, falls erforderlich.

McCain wird aus dem Irak nicht abziehen, ohne einen Sieg errungen zu haben („surrender is not an option“). Damit trifft er die Einstellung vieler Amerikaner. Obama wird mit dem Abzug auch ohne Sieg beginnen, aber ein beträchtliches Truppenkontingent in Irak belassen. Obama hält den Konflikt in Afghanistan für die Schlüsselausgangspunkt im Kampf gegen den Terror. Von den europäischen Verbündeten wird er, wie auch McCain, wesentlich mehr Engagement einfordern.

In ihrer Einschätzung des Konflikts mit dem Iran liegen beide wohl nicht weit auseinander. Obama setzt auf direkte Gespräche mit Iran. Er lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass Iran keine Massenvernichtungswaffen besitzen darf. Jüdische Gruppen äußern allerdings ihre Besorgnis über die Haltung eines Präsidenten Obama zu Israel und dessen mögliche Bedrohung durch Iran.

Auch in der Beurteilung Russlands und dessen Beziehungen mit dem Westen sind die Unterschiede zwischen beiden nicht besonders groß. Überhaupt könnte sich das Verhältnis zu Russland zu einem der wichtigsten Dissensbereiche zwischen Europa und den USA entwickeln, unabhängig davon, ob Obama oder McCain Präsident werden.

Beiden Kandidaten haben bereits erklärt, dass Klimawandel und Umweltschutz einen hohen Stellenwert in ihrer politischen Agenda einnehmen werden. Energieeffizienz und neue (grüne) Technologien stehen bei ihrer Klimapolitik im Vordergrund. Auch die Verringerung der Abhängigkeit von Rohölimporten spielt eine wichtige Rolle. Einschränkungen beim Lebensstandard in den USA kommen allerdings nicht in Frage. McCain sieht die Klimapolitik von Präsident Bush sehr kritisch und meint, auf dem Felde Umweltpolitik werde er führen und nicht Obstruktion betreiben.

Ein Präsident Obama wird gewiss dem Staat eine größere Rolle bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme zuweisen als ein Präsident McCain. Die Wirtschaftspolitik wird interventionistischer werden. McCain wird die von Präsident Bush eingeführten Steuersenkungen festschreiben. Obama wird die Steuern auf Bezieher höherer Einkommen erhöhen und auf Bezieher mittlerer Einkommen senken.

McCain ist gegen Protektionismus eingestellt. Von ihm ist zu erwarten, dass er globale (WTO) und regionale Freihandelsabkommen befördert. Obama ist weniger freihändlerisch und will beispielsweise NAFTA auf den Prüfstand stellen.

Bei all diesen Politikfeldern ist mit in Betracht zu ziehen, dass im November 2008 auch das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Demokraten ihre Mehrheit im Haus ausbauen können werden. Auch im Senat können sie mit einem Zuwachs rechnen. Offen bleibt, ob sie die Schwelle von sechzig Demokratischen Senatoren erreichen können.

Ein Republikanischer Präsident müsste also mit einem Kongress mit Demokratischer Mehrheit in beiden Häusern zurechtkommen. Ein Demokratischer Präsident hätte es da vermutlich etwas leichter.

US-PRÄSIDENTENWAHLEN 2008

DIE VORWAHLEN VON IOWA (3. JANUAR) BIS WISCONSIN (19. FEBRUAR)

Dr. Norbert Wagner | 20. Februar 2008

Am 4. November 2008 wird der 44. Präsident der USA gewählt werden. Der Wahlkampf hierzu hat bereits im November 2006 begonnen. Kurz nach den Zwischenwahlen 2006 kündigte Senator Hillary Clinton an, dass sie für das Amt des Präsidenten der USA kandidieren werde. Auch auf republikanischer Seite meldeten sich die ersten Kandidaten schon sehr früh. Im Januar 2007 erklärte z. B. Rudolph Giuliani, der ehem. Bürgermeister von New York, seine Kandidatur. Wohl noch nie hat der Wahlkampf so früh begonnen und wird er daher so lange dauern.

Der Wahlkampf zur Präsidentenwahl 2008 wird sicher auch der teuerste bisher sein. Allein im Jahr 2007 sammelten alle demokratischen Kandidaten gemeinsam rund 230 Mio. \$ an Wahlkampfspenden. Die republikanischen Kandidaten sammelten etwas weniger, „nur“ rund 210 Mio. US \$. Es wird geschätzt, dass die beiden Kandidaten, die schließlich in der Präsidentenwahl gegeneinander antreten werden, jeweils rund 500 Mio. US \$ für ihren Wahlkampf ausgeben werden.

Auch in anderer Hinsicht ist dieser Wahlkampf außergewöhnlich. Seit langem kandidiert kein Amtsinhaber oder Vizepräsident bei den Präsidentenwahlen. Und es ist die erste Wahl, bei der die Frau eines früheren Präsidenten kandidiert.

Schließlich haben die Vorwahlen zu den Präsidentenwahlen noch nie so früh im Jahr begonnen wie in diesem Jahr. Traditionell finden in den Bundesstaaten Iowa und New Hampshire die ersten Vorwahlen statt. Im Jahr 2004 am 19. und 27. Januar. Diesmal versuchten viele andere Bundesstaaten, die ersten zu sein. Es fand ein regelrechtes Wettrennen um die frühen Termine statt mit der Folge, dass auch Iowa und New Hampshire ihre Vorwahltermine vorzogen, auf den 3. und 8. Januar, um weiterhin die ersten zu sein.

Die frühen Vorwahlen in Iowa und in New Hampshire und auch jene in South Carolina werden immer mit besonders großer Aufmerksamkeit beobachtet. Sieger

bei diesen Vorwahlen erhalten zusätzlichen Rückenwind für Ihre Kandidatur. Kandidaten, die dagegen schon in den frühen Vorwahlen verlieren oder deutlich schlechter abschneiden als erwartet, verlieren rasch das Interesse der Öffentlichkeit.

Gleichwohl stellen die Vorwahlen in Iowa und New Hampshire nur einen kleinen Ausschnitt aus dem politischen Meinungsbild des Landes dar. Beide Bundesstaaten sind geprägt von einer überwiegend weißen, konservativen (Iowa) bzw. liberalen (New Hampshire) Bevölkerung.

Auch der *Super Tuesday*, an dem in einer großen Zahl von Bundesstaaten Vorwahlen stattfinden, rückte auf um fast einen Monat nach vorn. Im Jahr 2008 fand der Super Tuesday am 5. Februar statt. Fast zwei Dutzend Bundesstaaten hielten an diesem Termin Vorwahlen ab. Im Jahr 2004 lag der Termin noch im März.

ÜBERRASCHENDE ERGEBNISSE IN IOWA

Im Bundesstaat Iowa gewann unter den demokratischen Kandidaten Senator Barack Obama deutlich (37,6 %) vor dem ehemaligen Senator John Edwards (29,75 %). Überraschend lag Senator Hillary Clinton (29,47 %) nur auf dem dritten Platz. Die übrigen demokratischen Kandidaten (Governor Bill Richardson, Senator Joe Biden und Senator Chris Dodd) spielten praktisch keine Rolle.

Der ehemalige Gouverneur von Arkansas Mike Huckabee gewann überraschend die Iowa-Vorwahlen innerhalb der Republikanischen Partei klar (34 %) vor dem ehemaligen Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney (25 %). Der ehemalige Senator Fred Thompson, Senator John McCain und Ron Paul lagen abgeschlagen zurück. Der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani, für den allgemein ein gutes Abschneiden erwartet worden war, erhielt nur 3 % der republikanischen Stimmen. Duncan Hunter und Congressman Tom Tancredo landeten unter 1 %.

- Das wichtigste Ergebnis der demokratischen Iowa-Vorwahlen war der klare Sieg von Barack Obama. Sein Plädoyer für einen Wechsel „change“ hatte offenbar auch die Demokraten von Iowa überzeugt.
- Für Hillary Clinton war ihr dritter Platz eine herbe Enttäuschung. Ihre Hoffnungen, die nächste Präsidentin der USA zu werden, hatten damit einen deutlichen Rückschlag erlitten. Schon ein zweiter Platz (nach Obama) hätte für sie eine Niederlage bedeutet, denn sie beanspruchte geradezu für sich den ersten Platz bei dieser Wahl. Auch die Medien erwarteten lange Zeit ihren klaren Sieg. Dass sie sogar auch noch von John Edwards geschlagen wurde, dürfte sie besonders geschmerzt haben. Am Wahlabend war ihr (und Bill Clinton) dies auch deutlich anzusehen.
- Insgesamt hatte sich mit dieser ersten Vorwahl das Lager der demokratischen Kandidaten für die Präsidentenwahl 2008 bereits gelichtet. Es wurde deutlich, dass das Rennen in den folgenden Wochen auf einen Dreikampf Obama-Clinton-Edwards hinauslaufen würde.
- Der Sieg von Mike Huckabee war erwartet worden. Nicht erwartet worden war, dass dieser Sieg so deutlich ausfallen würde. Huckabee hatte praktisch ohne bedeutende finanzielle und organisatorische Mittel der Wahlkampfmaschine Mitt Romneys standgehalten. Allerdings ist Iowa auch ein Bundesstaat, in dem die konservative politische Botschaft Huckabees und seine persönliche und direkte Art besonders gut ankommen.
- John McCain hatte sicher auf ein besseres Ergebnis gehofft. Angesichts der Tatsache, dass seine Kampagne im Sommer 2007 praktisch am Ende war (vor allem finanziell), hat er noch ein respektables Ergebnis geschafft.
- Ein äußerst schwaches Ergebnis (3 %) hatte Rudolph Giuliani erzielt. Zwar hatte Giuliani auf Wahlkampf in Iowa seit einigen Wochen weitgehend verzichtet, um sich ganz auf Florida zu konzentrieren. Höchst fraglich war aber schon damals, ob dieses Kalkül aufgehen würde.

NEW HAMPSHIRE – COMEBACK VON CLINTON UND MCCAIN

Am 8. Januar fanden dann im Bundesstaat New Hampshire die zweiten Vorwahlen zu den US-Präsidentenwahlen 2008 statt.

Während in den letzten Tagen vor diesen Wahlen einige Umfragen Barack Obama auch in New Hampshire schon als Sieger gesehen hatten, konnte Hillary Clinton diese Vorwahlen klar gewinnen. Damit schaffte sie ein „comeback“, das ihr nach ihrer Niederlage in Iowa

nur noch wenige zugetraut hatten. „Mrs. Comeback Kid“ und „Clinton stuns Obama“, so lauten denn auch Schlagzeilen von Kommentaren zu diesem Ergebnis.

John McCain gewann die republikanischen Vorwahlen in New Hampshire mit deutlichem Vorsprung. Wie schon bei den Iowa Vorwahlen im Jahr 2000 konnte er offenbar von der Unterstützung vieler unabhängiger Wähler profitieren. McCain hat damit ebenfalls ein „comeback“ geschafft, das kaum noch für möglich gehalten wurde. Noch im August/September 2007 wurde darüber spekuliert, dass John McCain seine Kandidatur werde aufgeben müssen. Er konnte damals kaum noch Spenden eintreiben, musste Mitarbeiter entlassen. Seine klaren politischen Positionen, etwa zum Irak-Krieg, zur Immigration und zur Folter ließen ihn in den Umfragen sinken. John McCain hat diese Phase durchgestanden, ohne an seiner klaren Position etwas zu ändern. Er hat sein „straight talk“ geradezu zum Motto seiner Kampagne gemacht. Auch seine Position zum Irak-Krieg hat er nicht aufgegeben: „surrender is not an option“. Diese klare Haltung hat sich offenbar nun ausgezahlt. „McCain: Too tough to die“, so lautet denn auch die Überschrift eines Kommentars. Mit diesem Sieg in New Hampshire hatte John McCain seine Chancen auf eine Nominierung gewahrt.

Mitt Romney belegte, wie schon in Iowa, den zweiten Platz. Er hatte sich gewiss mehr erhofft. Trotz intensiven persönlichen und finanziellen Einsatzes gelang es ihm nicht, an John McCain vorbeizuziehen. Das Ergebnis von New Hampshire war damit die zweite Enttäuschung für ihn. Romney hätte diese Vorwahlen gewinnen müssen, um seinen Anspruch auf die Kandidatur nachhaltig zu untermauern. Mike Huckabee hatte in New Hampshire keine Aussicht auf einen vorderen Platz. Sein Profil und seine Botschaft stießen dort nicht auf große Gegenliebe. Wie schon in Iowa, so hatte Rudy Giuliani auch in New Hampshire keinen intensiven Wahlkampf geführt. Da aber jeder Wähler in New Hampshire, überspitzt formuliert, erwartet, dass die Kandidaten im Vorwahlkampf bei ihm „vorbeischaun“, hatte Giuliani keine Erfolgsaussichten in New Hampshire.

- Das Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur spitzte sich aber schon mit dieser zweiten Vorwahl auf ein Duell „Obama – Clinton“ zu. John Edwards hatte mit seiner Botschaft und gegen die Wahlkampfmaschinen von Clinton und Obama keine Chance.
- Im Wettbewerb um die republikanische Präsidentschaftskandidatur war dagegen noch alles offen. Chancen hatten noch Mike Huckabee, Mitt Romney, John McCain und Rudy Giuliani.

- Alle Kandidaten und auch die Öffentlichkeit hofften, dass sich spätestens am Super Tuesday (5. Februar) klären würde, welcher dieser Kandidaten die republikanische und die demokratische Präsidentschaftskandidatur gewinnen wird.

MICHIGAN: DEMOCRATS O

Die Vorwahlen in Michigan wiesen eine Besonderheit auf, die vielen Beobachtern bis zum Wahltag kaum bekannt war und der Demokratischen Partei noch Kopfzerbrechen bereiten wird: Die Demokratische Partei von Michigan hatte sich im Herbst 2007 dazu entschlossen, den Vorwahltermin gegen den Willen der nationalen Parteiführung auf den 15. Januar vorzuziehen. Da die Demokratische Partei von Michigan bei ihrem Beschluss blieb, erklärte die nationale Parteiführung diese Vorwahlen für nichtig, die demokratischen Delegierten aus Michigan würden kein Stimmrecht beim Nominierungsparteitag im August 2008 in Denver erhalten. Die Parteiführung empfahl zudem den Kandidaten, ihren Namen von den Wahllisten streichen zu lassen.

Dies taten denn alle Kandidaten mit Ausnahme von Hillary Clinton. Die Führung der Demokratischen Partei von Michigan forderte ihre Mitglieder auf, an den Vorwahlen teilzunehmen, auch wenn ihr Kandidat nicht mehr auf der Liste stünde und „unentschieden“ zu wählen. Das tat denn auch eine große Zahl von Parteianhängern. Hillary Clinton erhielt rund 55 % der Stimmen, wenig, wenn man bedenkt, dass sie keine Mitbewerber hatte.

Bei den republikanischen Kandidaten entwickelte sich ein spannendes Duell zwischen Mitt Romney und John McCain, das Romney mit 39:30 für sich entscheiden konnte. Für Mitt Romney war dies nach zwei zweiten Plätzen der erste Sieg bei einer Vorwahl. Er benötigte diesen Sieg unbedingt, um weiterhin glaubhaft im Rennen bleiben zu können.

- Wichtigstes Vor-Wahlkampfthema zwischen Romney und McCain war die wirtschaftliche Situation. Michigan war einst ein Aushängeschild der verarbeitenden Industrie der USA, insbesondere der Automobilindustrie. Unter dem Niedergang dieser Industrie und der sog. De-Industrialisierung der Vereinigten Staaten hat Michigan ganz besonders gelitten. Mit 7,4 % weist Michigan die höchste Arbeitslosenrate im Land auf. Hoffnung auf Besserung ist nicht in Sicht.
- Und nicht nur in Michigan wurde die Wirtschaftsentwicklung zum wichtigsten Wahlkampfthema. Die Immobilienkreditkrise weitet sich aus und wird bis

zum Wahltag noch weitere Kreise ziehen. Die Gefahr einer Rezession wird allenthalben beschworen. Der Irakkrieg, Iran, Afghanistan oder die Gesundheitsreform rücken da weit in den Hintergrund.

- Romney und McCain verkündeten eine sehr unterschiedliche Botschaft. Mitt Romney verwies darauf, dass schon sein Vater Gouverneur von Michigan gewesen war und dass er selbst reiche Erfahrung als Unternehmer besitze. Washington habe versagt. Er werde die alte Größe Michigans, u.a. auch in der Automobilindustrie, wiederherstellen. Er präsentierte sich als „Mr. Fix-it“.
- John McCain blieb dagegen bei seinem „straight talk“: Die Industrie, welche Michigan verloren habe, werde man nicht wieder zurückgewinnen. Notwendig seien neue Ideen, neue Konzepte und zusätzliche Investitionen.

CAUCUS – PRIMARY: KOMPLIZIERTES VORWAHLSYSTEM

Diese beiden Vorwahlarten sind Beispiele der basisdemokratischen Wurzeln des Wahlsystems in den USA. Dabei können die Regeln von Bundesstaat zu Bundesstaat und auch zwischen den Parteien sehr unterschiedlich sein.

Der Begriff „Caucus“ ist einem indianischen Wort entlehnt, das eine Form der Meinungsbildung innerhalb eines Indianerstammes bezeichnet. Bei einem Vorwahl-Caucus kommen die Mitglieder einer Partei (Sympathisanten können sich in der Regel kurzfristig für eine Partei registrieren lassen) zu einem bestimmten Zeitpunkt auf örtlicher Ebene in einer Turnhalle, Schule etc. zusammen. Dort bilden sie Gruppen entsprechend den Kandidaten, die sie jeweils unterstützen möchten. Wechselseitig versucht man, Sympathisanten von anderen Gruppen abzuwerben. In einem zweiten Schritt, müssen sich all jene Gruppen, deren Kandidat weniger als 15 % der Anwesenden gewonnen hat, auflösen und sich ihre Mitglieder neu entscheiden. Sie können sich einer der verbliebenen größeren Gruppen anschließen, oder „unentschieden“ votieren. Mit guten Argumenten und mitunter auch mit Sandwichs und Getränken versuchen die Mitglieder der größeren Gruppen diese Parteianhänger für ihre Gruppe zu gewinnen. Bei einem Caucus bekennt sich ein Sympathisant also öffentlich für „seinen“ Kandidaten.

Je größer die Anzahl der örtlichen Caucus-Teilnehmer, um so größer die Anzahl der Delegierten, die der jeweilige Caucus zum Parteitag des Bundesstaates entsendet. Oder aber es werden lediglich die Stimmen der Caucus-Teilnehmer für die einzelnen Kandidaten

addiert. Caucus-Treffen können in manchen Bundesstaaten in mehreren Ebenen nacheinander stattfinden: örtlich – Distrikt – Staat.

Primaries dagegen sind organisiert wie gewöhnliche Wahlen mit Wahllokalen, die in der Regel zwölf Stunden lang geöffnet sind und in denen man entweder elektronisch oder traditionell per Wahlzettel geheim abstimmt. In manchen dieser Primaries sind, abhängig vom jeweiligen Bundesstaat, auch Nicht-Parteimitglieder zugelassen. Die Attraktivität eines Kandidaten für unabhängige Wähler kann ein Gradmesser sein für die Erfolgsaussichten dieses Kandidaten bei der eigentlichen Präsidentschaftswahl. Mitunter versucht die gegnerische Partei auch, die unabhängigen Wähler zu instrumentalieren, etwa indem sie dazu aufruft, einen bestimmten Kandidaten des gegnerischen Lagers zu unterstützen.

Die Anzahl der Delegierten, welche die Partei eines Bundesstaates zum nationalen Nominierungsparteitag entsendet, wird in den meisten Staaten proportional zum Vorwahlergebnis aufgeteilt (*caucus* oder *primary*). Mitunter wird auch ein Teil (z.B. 25 %) der Delegierten dem Gewinner zugeschlagen. In der Republikanischen Partei gilt in vielen Staaten indes „the winner takes all“ (so etwa in New York, New Jersey, Connecticut, Missouri, und Virginia).

ALLE WOLLEN „CHANGE“

Immer deutlicher kristallisieren sich die Hauptthemen dieses Vorwahlkampfes heraus: Alle Kandidaten wollen „change“. Diese Absicht kleiden sie in unterschiedliche Slogans von „Obama for Change“, „it’s about time ... it’s about change“ (Obama) über „Clinton’s change to change“, „Ready for Change“ (Clinton) bis „Change is coming“ (McCain) und „If ever there’s been a time we needed change in Washington, it’s now,“ (Romney).

HAUPTTHEMA: WIRTSCHAFT

Nachdem die Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession immer bedrohlicher wird, sind die wirtschaftliche Situation und die Rezepte zur Belebung der Wirtschaft (*stimulus*) zum Hauptwahlkampfthema geworden. Die Kandidaten überbieten sich gegenseitig in Vorschlägen für Steuersenkungen und Ausgabenprogrammen.

NEVADA

Am 19. Januar hielten Demokraten und Republikaner in Nevada ihren Caucus ab. Außerdem fanden in South Carolina Primaries der Republikaner statt. Die South Carolina Primaries der Demokraten wurden am 26. Januar durchgeführt.

Mit dem Nevada-Sieg für Hillary Clinton (51 %) über Barack Obama (45 %) und dem schwachen Abschneiden von John Edwards (4 %) war das Rennen innerhalb der Demokratischen Partei nun eindeutig zu einem Zweikampf geworden. Angesichts der Art der Auseinandersetzung musste man eher sogar von einem Duell zwischen Clinton und Obama sprechen.

Mitt Romney hatte den *republikanischen Nevada Caucus* klar gewonnen. Ihm kam zugute, dass rund 26 % der Caucus-Teilnehmer Mormonen waren. Nach Michigan war dies bereits sein zweiter Sieg bei einer Vorwahl. Er profitiert davon, dass er verglichen mit seinen Konkurrenten über reichlich Wahlkampfmittel verfügt. Allein aus seinem Privatvermögen hatte er bis zu diesem Zeitpunkt 17 Millionen Dollar zugeschossen.

SCHLÜSSELSTAAT SOUTH CAROLINA

Für alle republikanischen Kandidaten waren die Vorwahlen in South Carolina von besonderer Symbolkraft. Denn seit 1980 haben alle republikanischen Kandidaten, die in South Carolina gewannen, später auch die Nominierung als Präsidentschaftskandidat gewonnen.

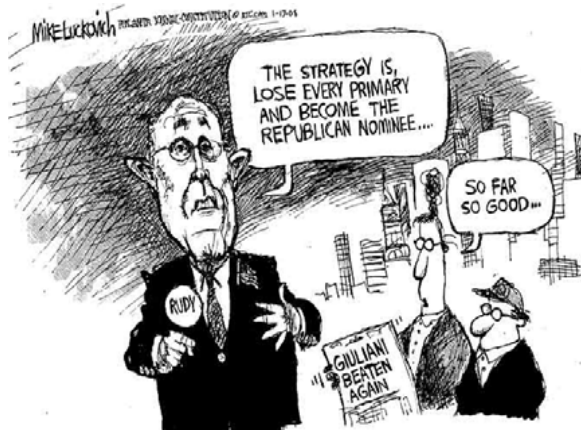
Für einen Sieg von John McCain sprach die große Zahl von aktivem und pensioniertem Militärpersonal in South Carolina. Für Huckabee die große Zahl evangelikaler Christen in diesem Bundesstaat. Für McCain gab schließlich den Ausschlag, dass er nicht nur diese Sympathisanten mobilisieren konnte, sondern auch Unabhängige. Denn diese konnten sich in South Carolina ebenfalls in die Wählerlisten der Republikaner eintragen lassen. Nur drei von zehn Wählern, die McCain gewählt hatten, gaben an, Mitglied der Republikanischen Partei zu sein. Die Popularität McCains unter unabhängigen Wählern ist einerseits ein Vorteil, wie in South Carolina, vor allem aber für die Präsidentschaftswahl selbst. Diese Quote zeigt allerdings auch, dass McCain offenbar für Mitglieder der Republikanischen Partei nicht besonders attraktiv ist.

Für McCain beinhaltete sein Sieg in South Carolina eine besondere Genugtuung. Denn hier wurde er im Vorwahlkampf 2000 von George W. Bush (mit teils unfairen Mitteln) entscheidend geschlagen.

Rudy Giuliani hatte in South Carolina, wieder einmal, einen der hinteren Plätze belegt. Er musste nun unbedingt Florida gewinnen. Falls er dort nicht siegen würde, wäre seine Kandidatur wohl am Ende.

ERDRUTSCH-SIEG FÜR OBAMA

Am 26. Januar fanden schließlich die demokratischen Primaries in South Carolina statt. Barack Obama errang einen „landslide-victory“ (55,4 %), Clinton landete weit abgeschlagen (26,5 %) vor John Edwards.



Barack Obama gewann bei nahezu allen soziologischen Gruppierungen eine Mehrheit: Männer, Frauen, Schwarze, schwarze Männer und Frauen, bei allen Altersgruppen, Parteimitgliedern und Unabhängigen (sie durften sich in South Carolina auch an den Wahlen teilnehmen), Wählern ohne oder mit höherer Bildung und unabhängig davon, welches Thema für die Wähler das wichtigste ist. Allerdings konnte er unter den weißen Wählern keine Mehrheit erringen, hier lag Edwards vorn, insbesondere unter weißen Männern, Hillary Clinton gewann unter weißen Frauen die meisten Stimmen.

Barack Obama konnte denn auch am Wahlabend zu Recht sagen: „After four great contests, in every corner of this country, we have won the most votes, the most delegates and the most diverse coalition of Americans that we’ve seen in a long, long time“. Er bezeichnete den Vorwahlkampf der Demokraten als einen Kampf zwischen „der Vergangenheit“ und „der Zukunft“. Seine Rede wurde immer wieder unterbrochen von Rufen der Sympathisanten „race doesn’t matter“.

CLINTON-STRATEGIE SCHLÄGT ZURÜCK

In den Wochen und Tagen vor dieser Vorwahl erlebte die Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung zwischen dem Clinton-Lager und dem Obama-Lager, wie sie die Demokratische Partei wohl noch nicht erlebt hatte. Hillary und Bill Clinton gingen in diesen Wahlkampf wohl in der festen Überzeugung, dass der Gewinn ihrer Nominierung schon so gut wie sicher sei. Nach dem Sieg von Obama bei der ersten Vorwahl im Bun-

desstaat Iowa war die Clinton-Kampagne offenbar massiv verunsichert. Denn niemand hatte damit gerechnet, dass Obama in einem überwiegend von Weißen bewohnten Bundesstaat die Vorwahlen gewinnen könne. Seitdem hat die Clinton-Kampagne nicht gezögert, das Thema „Rasse“ in der Auseinandersetzung zu nutzen. Hillary Clinton hatte in einem Interview bezüglich Martin Luther King geäußert, King habe zwar Träume gehabt („I have a dream“). Aber es habe eines entschlossenen Präsidenten Lyndon B. Johnson bedurft, die „civil rights“-Gesetzgebung auch durchzusetzen. Allgemein wurde das so verstanden, dass nur ein weißer Präsident hierzu in der Lage war. Sie wurde daraufhin von vielen Seiten heftig kritisiert, sie habe das Thema „Rasse“ in die Auseinandersetzung eingeführt. Nach einigen Tagen erklärte sie in einer Fernsehdebatte mit Obama, beide hätten sich darauf geeinigt, die Themen „Rasse und Geschlecht“ im Wahlkampf nicht weiter zu instrumentalisieren.

Diese Übereinkunft hielt aber nicht. Zu verlockend war es für die Clinton-Kampagne, Obama zu einem zweiten Jesse Jackson zu stempeln, der zwar die schwarzen Wähler für sich gewinnt, weiter aber keine Chancen hat. Bei einer Feier anlässlich des Martin-Luther King Gedenktages sprach sie von Obama als dem „young African-American with such a great potential“. So wurde Barack Obama von einem „candidate who happens to be black“ zu einem „black candidate“. Als klar wurde, dass Obama in South Carolina nicht zu schlagen sein werde, ließ die Clinton-Kampagne verlauten, das sei auch keine Überraschung, denn die Bevölkerungsmehrheit in South Carolina sei schließlich schwarz. Hillary Clinton reduzierte ihre Wahlkampfauftritte und engagierte sich in anderen Bundesstaaten. Sie überließ ihrem wichtigsten Wahlkampfhelden das Feld, Bill Clinton. Er attackierte Obama mit falschen Anschuldigungen, bezeichnete Obamas Ablehnung des Irak-Krieges als Märchen („fairy tale“) und spielte wieder die „race-card“. Dabei überzog er wohl auch in den Augen des Demokratischen Parteiestablishments. Von verschiedenen Seiten wurde er deshalb heftig kritisiert. Er habe das Thema „Rasse“ in den Wahlkampf eingeführt, er drohe, die Partei zu spalten und die Wahlaussichten eines demokratischen Kandidaten bei den Präsidentenwahlen zu beeinträchtigen, er schade der Partei, er solle „den Mund halten“. Während anfänglich das Parteiestablishment eher dazu neigte, Hillary Clinton zu unterstützen, deutet sich nun ein Umschwenken an. So erklärte die Tochter von John F. Kennedy, Caroline Kennedy, dass sie Obama unterstützen werde. Auch Edward Kennedy gab Obama sein „endorsement“, seine Unterstützung und trat mit Barack Obama gemeinsam in Washington bei einer Wahlkampfveranstaltung auf.

Am größten war aber wohl der Schaden für die Clinton-Kampagne selbst. Die Kritik in den Medien war einhellig. Aber auch die Wähler in South Carolina hatten verstanden. Sie reagierten mit einem formidablen Wahlergebnis zugunsten von Barack Obama. „South Carolina voters showed little taste for the Clintons' political approach“ (*New York Times*, 27. Januar 2008). Zu ihrer Niederlage in South Carolina meinte Hillary Clinton nur, nun kämen die wichtigen Vorwahlen am Super-Tuesday mit ihren Millionen Wählern.

Immer öfter wurde allerdings die Frage gestellt, ob Bill Clinton in Abstimmung mit Hillary Clinton handelt, oder aber auf eigene Initiative. Ob Hillary Bill noch kontrollieren könne. Selbst demokratische Wähler äußerten nun, diese letzten Wochen erinnerten sie nachhaltig an die Zeit der Präsidentschaft von Bill Clinton. Manche Beobachter fragten sich schon, was das alles bedeute, sollte Hillary Clinton wirklich die Präsidentenwahlen gewinnen. Auffallend war, dass am Wahlabend von South Carolina Bill Clinton als erster vor die Mikrophone trat, erst später redete Hillary Clinton. In seine Rede benutzt er immer wieder Sätze, die mit „wir“, „uns“ und „ich“ begannen, so als ob er alleine oder zumindest doch er zusammen mit seiner Frau zur Wahl stünde. Die *New York Times* sprach schon von einer „joint Clinton candidacy“.

Bill Clinton schien von all dem unbeeindruckt. Nach Obamas Sieg in South Carolina spielte er wieder die „race-card“. In Anspielung auf die beiden Siege von Jesse Jackson in den Jahren 1984 und 1988 in South Carolina sagte er, „Jackson ran a good campaign and Obama ran a good campaign here“. Auf dieses Problem angesprochen, meinte Hillary Clinton lediglich, „I'm running on my own“.

Die *New York Times* überschrieb einen Kommentar zur „joint Clinton candidacy“ mit „The Hillary road to Republican Victory“.



FLORIDA

Bei den Vorwahlen in Florida am 29. Januar konnte John McCain einen großen Schritt in Richtung Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten machen. Mitt Romney kam nur auf den zweiten Platz, ein herber Rückschlag für ihn, er brauchte unbedingt einen Sieg. Rudy Giulianis Strategie, sich nur auf Florida zu konzentrieren, ist grandios gescheitert. Selten hat eine wochenlange Vorwahlkampagne in einem einzigen Bundesstaat so wenige Früchte getragen. Giuliani ist damit aus dem Rennen.

DEMOKRATISCHE VORWAHL MIT KONFLIKTPOTENTIAL

In Florida fand am 29. Januar auch eine demokratische Vorwahl statt. Allerdings hatte die Demokratische Partei von Florida die Vorwahlen gegen den Willen der nationalen Parteiführung auf dieses Datum vorgezogen. Zur Strafe werden die Delegierten aus Florida – ähnlich wie jene aus Michigan – kein Stimmrecht bei dem Nominierungsparteitag besitzen. Trotzdem reiste Hillary Clinton eigens nach Florida und feierte ihr Ergebnis (50 %) wie einen großen Sieg. Sie versprach außerdem, den Wählern aus Florida, „I will give a voice to the people of Florida“.

John Edwards gab angesichts seines wiederum schwachen Abschneidens auf.

SUPER TUESDAY: DAS RENNEN BLEIBT WEITER OFFEN

In rund zwei Dutzend Bundesstaaten fand am 5. Februar der mit großer Spannung erwartete Super Tuesday statt. Noch nie zuvor haben an einem Super Tuesday in so vielen US-Bundesstaaten gleichzeitig Primaries stattgefunden. Bis zu einem gewissen Grad war dieser Super Tuesday eine nationale Primary. Der Super Tuesday brachte aber entgegen weitverbreiteten Erwartungen noch keine Vorentscheidung darüber, welche beiden Politiker die Kandidaten der Demokraten und der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst sein werden.

In den letzten Tagen vor dem Super Tuesday konnte Obama in den Umfragen noch zulegen und fast zu Clinton aufschließen. Aus dem Clinton-Lager waren sogar schon besorgte Stimmen zu vernehmen, dass Obama nach dem Super Tuesday vor Clinton liegen könnte. Das ist zwar nicht geschehen. Dennoch zeigte das Wahlergebnis, dass die Obama Campaign weiter an Schwung zulegen konnte. Insgesamt fanden in 22 Bundesstaaten demokratische Vorwahlen statt. Barack

Obama gewann 13, Hillary Clinton acht. Allein das war für Obama schon ein beachtlicher Prestigegewinn. Allerdings lag Hillary Clinton in der Anzahl der gewonnenen Delegiertenstimmen knapp vor Obama. So gewann sie New York, New Jersey und Kalifornien, wo besonders viele Delegierte zu gewinnen waren.

Barack Obama dagegen gewann überraschend in Connecticut, was für ihn ein besonders wertvoller Gewinn gewesen sein dürfte, weil er zeigte, dass er auch in einem überwiegend weißen Ostküstenstaat nahe der Clinton-Bastion New York gewinnen kann. Obama lag „natürlich“ in seinem Heimatstaat Illinois vorn, gewann das überwiegend „weiße“ Minnesota und eine Reihe von Bundesstaaten im Süden und Südwesten. Überraschend verlor Obama dagegen in Massachusetts, obwohl er von Senator Edward Kennedy unterstützt wurde.

Großes Aufsehen erregte am Tag nach dem Super Tuesday (am 6. Februar) die Ankündigung der Clinton Campaign, dass Hillary Clinton aus ihrem Privatvermögen fünf Millionen Dollar in ihre Kampagne zuschießen wird. Barack Obama hatte allein im Januar 2008 32 Millionen Dollar an Spenden eingeworben. Hillary Clinton „nur“ 13 Millionen Dollar. Offenbar war man im Clinton-Lager besorgt, dass Obama mit seiner reichlich gefüllten Wahlkampfkasse einen strategischen Vorteil besitzt.

Auch bei den Republikanern brachte der Super Tuesday keine endgültige Entscheidung. John McCain wurde als unumstrittener Frontrunner bestätigt, vom Gewinn der Nominierung war er aber noch einige Delegiertenstimmen entfernt. McCain gewann in neun der 21 Staaten, in denen republikanische Primaries stattfanden (Arizona, Kalifornien, Connecticut, Delaware, Illinois, Missouri, New Jersey, New York, Oklahoma). Besonders wertvoll waren für McCain wegen der großen Delegiertenzahl dabei seine Siege in Kalifornien, New York und New Jersey.

Das Rennen um den zweiten Platz im republikanischen Lager ist am Super Tuesday wieder spannend geworden. Überraschend gewann Mike Huckabee in fünf Bundesstaaten die Vorwahlen. John McCain schenkte ihm gewissermaßen einen Sieg in West Virginia.

Außerdem gewann er in Alabama, Arkansas (seinem Heimatstaat), Georgia und Tennessee. Mitt Romney lag „nur“ in sieben Bundesstaaten vorn: Alaska, Colorado, Massachusetts, Minnesota, Montana, North Dakota und Utah. Für Mitt Romney beinhaltete der Super Tuesday einen herben Rückschlag. Er gab kurz darauf auf und unterstützt nun McCain.

REPUBLIKANISCHE PARTEI – DREI STRÖMUNGEN

John McCain, Mitt Romney und Mike Huckabee repräsentieren die drei wesentlichen Strömungen der republikanischen Primaries. McCain steht für die „foreign affairs conservatives“, d.h. jene Republikaner, denen der Kampf gegen den Terror, ein Sieg in Irak und in Afghanistan etc. wichtig sind. Romney repräsentiert die „economic/fiscal conservatives“, d.h. jene Republikaner, die für „small government“ eintreten, für niedrigere Staatsausgaben und Steuern sowie insgesamt für ein Zurückdrängen staatlicher Intervention in das Leben der Bürger. Huckabee schließlich vertritt die „social conservatives“. Für sie ist insbesondere die Ablehnung von Abtreibung und Homosexuellen-Ehe wichtig.

ZUSAMMENHALT DER REPUBLIKANISCHEN PARTEI

Die nahezu feststehende Nominierung von John McCain hat die konservativen innerhalb der Republikanischen Partei auf den Plan gerufen. Insbesondere einige Radiokommentatoren haben eine Kampagne gegen McCain gestartet. Sie halten McCain nicht für einen richtigen Konservativen. Ihnen ist besonders Verdacht erregend, dass McCain auch von zahlreichen Unabhängigen unterstützt wird. McCain beteuert, ein wahrer Konservativer zu sein und kann auch auf das „Endorsement“ zahlreicher konservativer Politiker verweisen. Auch Präsident Bush hat die Partei zur Einheit aufgerufen und John McCain einen echten Konservativen genannt. Einige „Extremisten“ haben indes die Parole ausgegeben „lieber Hillary als McCain“.

WASHINGTON STATE, NEBRASKA, LOUISIANA, MAINE

Auch nach dem Super Tuesday war das Rennen um die Nominierung für die Präsidentenwahlen im November 2008 nicht entschieden und hielt das Land, vor allem aber die verbliebenen Kandidaten, weiter in Atem. Allein bis zum Super Tuesday hatten insgesamt 19,2 Mio. Wähler an demokratischen Vorwahlen teilgenommen und 12,9 Mio. Wähler an republikanischen. Die Sympathisanten der Demokraten sind also wesentlich stärker motiviert als die der Republikaner, sehr zur Sorge der Republikaner.

Die Demokraten hielten am 9. Februar in den Bundesstaaten Washington und Nebraska einen „Caucus“ ab und in Louisiana und den Virgin Islands Primaries. Am 10. Februar fand in Maine ein „Caucus“ der Demokraten statt.

Das Rennen zwischen Hillary Clinton und Barack Obama ist an Spannung kaum zu überbieten. Schon nach dem Super Tuesday lagen beide bei den Delegiertenzahlen fast gleichauf. Nach den Vorwahlen am 9./10. Februar gewann Barack Obama einen leichten Vorsprung. Barack Obama gewann mit überwältigendem Vorsprung (von teils über 30 Prozentpunkten) vor Hillary Clinton in Washington State, Louisiana und Nebraska. Die Vorwahlen auf den Virgin Islands gewann er gar mit 89,9 % gegen 7,6 % für Hillary Clinton. Und schließlich gewann er die Vorwahlen in Maine (mit ca. 60 %). Clinton kam nur auf rund 41 %. Auch dies war für Obama ein wertvoller Sieg, zeigte er doch erneut, dass er auch in überwiegend weißen Bundesstaaten gewinnen kann.

Hillary Clinton konnte auch die Vorwahlen in Maine nicht gewinnen. Bei der Delegiertenzählung lag sie nun erstmals, wenn auch nur knapp hinter Obama zurück.

Beide waren aber noch immer weit entfernt von der magischen Zahl 2.025, die zum Gewinn der Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat nötig sind.

DEMOKRATISCHE DELEGIERTE UND SUPERDELEGIERTE

Der geringe Abstand bei den Delegiertenzahlen zwischen Barack Obama und Hillary Clinton könnte für die Demokratische Partei und die beiden Kandidaten noch zu einem massiven Problem werden.

Zum einen rücken die Superdelegierten immer stärker ins Blickfeld. Hier handelt es sich um die demokratischen Senatoren, Congressmen, Gouverneure, ehemalige Präsidenten, nationale und bundesstaatliche Parteivorsitzende sowie sonstige Vertreter des Parteiestablishments. Insgesamt um 796. Die Superdelegierten machen somit rund 20 % der 4.049 Delegierten der Demokratischen Partei beim Nominierungsparteitag aus. Sie sind voll stimmberechtigt und völlig frei in ihrer Entscheidung.

Bisher konnte Hillary Clinton eine größere Zahl an Superdelegierten als Barack Obama für sich gewinnen. Es heißt, dass Bill Clinton viel Zeit damit verbringt Superdelegierte anzurufen, um sie für Hillary Clinton zu gewinnen. Es ist kaum vorstellbar, dass es Barack Obama hinnehmen wird, dass er zwar in der Mehrzahl der Vorwahlen gewinnt und auch über die meisten gewählten Delegierten verfügt, dann aber mit Hilfe der Superdelegierten seines Sieges „beraubt“ wird.

Umgekehrt wird Hillary Clinton zweifellos den Sieg bei der Nominierung beanspruchen, auch wenn sie „nur“ mit Hilfe der Superdelegierten gewinnen kann.

DELEGIERTE VON MICHIGAN UND FLORIDA

Die Vorwahlen in Michigan und Florida fanden bereits statt. In beiden Bundesstaaten hatte die Demokratische Parteiführung den Wahltermin gegen den Willen der nationalen Partei vorgezogen, um möglichst unter den frühen Vorwahlstaaten zu sein. Die nationale Parteiführung hatte deshalb entschieden, dass die demokratischen Delegierten aus diesen beiden Staaten kein Stimmrecht beim Nominierungsparteitag im August besitzen werden.

Die nationale Parteiführung hatte die Kandidaten aufgefordert, in beiden Staaten keinen Wahlkampf zu führen und ihre Namen von der Kandidatenliste zu streichen. In Michigan ließ Hillary Clinton ihren Namen auf den Wahlzetteln. Sie gewann 55,4 %. 39,9 % stimmten unentschieden. In Florida lag Hillary Clinton mit fast 50 % deutlich vor Barack Obama mit 33 %.

Schon bei ihrer „Siegesfeier“ in Florida sagte Hillary Clinton: „I will give a voice to the people of Florida.“

Seitdem übt die Clinton Campaign erheblichen Druck auf die nationale Parteiführung aus, den Delegierten aus Florida und Michigan dennoch Stimmrecht zu geben. Je knapper das Ergebnis zwischen Clinton und Obama sein wird, um so größer wird der Druck werden. Umgekehrt wird Barack Obama auf der ursprünglichen Absprache beharren. Wenn es besonders knapp wird, könnte dieser Konflikt auch die Gerichte beschäftigen.

„BROKERED CONVENTION“?

Es ist deshalb keineswegs auszuschließen, dass das Rennen um die demokratische Nominierung auch bis zum Nominierungsparteitag noch nicht entschieden sein wird. Das würde bedeuten, dass erst auf dem Nominierungsparteitag der Kandidat gekürt würde.

Die Demokratische Parteiführung fürchtet zu Recht eine „brokered convention“. Denn es wird keinem der beiden Kandidaten nützen, wenn sich die Auseinandersetzung bis Ende August hinzieht. Während der republikanische Kandidat schon Wahlkampf betreibt.

Außerdem könnte eine „brokered convention“ die Spaltung innerhalb der Demokratischen Partei noch vertiefen und so die Wahlaussichten bei den Präsidentschaftswahlen beeinträchtigen.

Die *Republikaner* hielten am 9. Februar in den Bundesstaaten Washington State und Kansas einen „Caucus“ ab und in Louisiana Primaries.

Überraschend gewann Mike Huckabee den Kansas-Caucus deutlich, und lag auch in Louisiana knapp vorn. Dagegen gewann John McCain die Vorwahlen in Washington State knapp mit nur 26 %.

POTOMAC PRIMARIES

Am 12. Februar fanden drei Vorwahlen statt, in Virginia, in Maryland und in Washington, DC. Deshalb auch Potomac Primaries genannt.

Die Begeisterung für die Vorwahlen war ungebrochen. Die Teilnahme an den Abstimmungen erreichte wiederum Rekordzahlen. Dabei ist der Enthusiasmus bei den demokratischen Wählern eindeutig größer als bei den republikanischen. An den Vorwahlen der Demokraten nehmen in der Regel doppelt so viele Wähler teil wie an den Vorwahlen der Republikaner. Die demokratische Basis ist offenbar hoch motiviert. Bei den Potomac Primaries nahmen rund 1,8 Mio. demokratische Wähler teil, aber nur 740.000 republikanische.

Bei den Potomac Vorwahlen der Demokraten konnte Barack Obama seinen Siegeszug fortsetzen. Seit dem Super Tuesday hatte er nun innerhalb einer Woche acht Wahlsiege in Folge errungen.

Dagegen musste Hillary Clinton wieder drei herbe Niederlagen hinnehmen. Insbesondere der deutliche Abstand (37 Prozentpunkte in Maryland, fast 30 in Virginia) zu Obama dürfte sie sehr geschmerzt haben.

Infolgedessen konnte Obama sehr viel mehr Delegierte gewinnen (98) als Clinton (53). Schon bisher hatte Obama mehr gewählte Delegierte gewonnen als Clinton, sie lag aber bei der Delegiertenzahl insgesamt noch mit Hilfe der Superdelegierten vorn. Nach den Potomac-Primaries hatte es Obama erstmals geschafft, auch in der Gesamt-Delegiertenzahl an Clinton vorbeizuziehen.

Auch aus einem anderen Grunde dürften die Siege in den Potomac Primaries für Obama sehr ermutigend gewesen sein. Bisher hatte sich die soziologische Zusammensetzung der Wählerschaft von Obama und Clinton deutlich unterschieden. Er lag bei jungen Wählern vorn, bei Männern, bei Schwarzen, bei Beziehern höherer Einkommen (> 50.000 \$) und bei Wählern mit College-Ausbildung. Sie bei älteren Wählern, bei Frauen, bei Weißen, Beziehern geringerer Einkommen und bei Wählern ohne College-Ausbildung.

Diese Struktur konnte Obama nun erstmals durchbrechen. Er lag bei nahezu allen soziologischen Gruppierungen vor Clinton. Selbst bei den Latinos, traditionell eine Domäne für Clinton, lag er in Virginia vorn in Maryland fast gleichauf. Wenn ihm dies auch in den kommenden Vorwahlen gelingen sollte, dürfte die Clinton Campaign in Schwierigkeiten kommen. Erste Anzeichen hierfür sind schon erkennbar (z.B. die Auswechslung von wichtigen Mitarbeitern).

Bei den Republikanern lieferten sich John McCain und Mike Huckabee weiterhin ein unterhaltsames, letztlich aber nutzloses Rennen. Huckabee scheint ein politischer Überlebenskünstler zu sein. Ohne bedeutende finanzielle Mittel ist er gleichwohl in der Lage, die Wähler für sich einzunehmen. Seine offene, mitunter ironische, auch selbst-ironische Art scheint den Wählern zu gefallen. Außerdem profitiert er von der heftigen Diskussion darüber, ob John McCain wirklich ein echter Konservativer ist. Das konservative Lager innerhalb und außerhalb der Republikanischen Partei lehnt John McCain ab, hält ihn für einen verkappten Liberalen, der allzu oft mit Demokraten gemeinsam Gesetzentwürfe eingebracht hat (McCain-Feingold, McCain-Lieberman, McCain-Kennedy). McCain versucht dagegen, sein konservatives Profil herauszustreichen.

Trotz des relativ guten Abschneidens von Mike Huckabee gewann John McCain, gemäß republikanischen Regeln alle Delegiertenstimmen und konnte seinen Vorsprung vor Huckabee damit um weitere 107 Delegierte ausweiten. John McCain verfügt nun über 804 Delegierte, Mike Huckabee über 240.

Für die Nominierung benötigt ein republikanischer Kandidat 1.191 Delegierte. Niemand zweifelt mehr daran, dass John McCain diese Schwelle erreichen und überschreiten wird. Auch Mike Huckabee zweifelt wohl nicht daran. Er sagt aber zu Recht, das Rennen sei erst dann beendet, wenn einer der beiden Kandidaten 1.191 Delegierte gewonnen hat. Bis dahin bleibt er im Wettbewerb.

WISCONSIN – HAWAII: OBAMA 10:0

Die Vorwahlen in Wisconsin und Hawaii am 19. Februar waren die letzten im Monat Februar. Bis zu den nächsten Vorwahlen Anfang März (Texas, Ohio) konnte für alle Beteiligten eine kleine Verschnaufpause eintreten.

Die Republikaner hielten Vorwahlen nur in Wisconsin ab. John McCain gewann sie erneut klar gegen Mike Huckabee (55 %:37 %). McCain lag vor allem bei

Männern, Frauen und unabhängigen Wählern vorn. Außerdem bei Wählern mit oder ohne College-Abschluss. McCain konnte sich auch bei evangelikalischen Wählern verbessern. Huckabee besitzt noch immer größere Popularität bei Wählern, die sich als sehr konservativ bezeichnen. Davon äußerten aber 70 %, sie wären auch mit einem Kandidaten McCain zufrieden.

Mit seinem Sieg gewann John McCain 19 Delegierte und kommt nun auf insgesamt 960. Für die Nominierung benötigt er 1.191. Mike Huckabee gewann dagegen keine zusätzlichen Delegierten. Er liegt weiter bei 245.

John McCain ist die Nominierung zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten nicht mehr zu nehmen. Schon seit geraumer Zeit richtet sich sein Wahlkampf nicht mehr gegen Mike Huckabee, sondern gegen Barack Obama.

Dagegen kämpfen Barack Obama und Hillary Clinton noch immer um die Nominierung. Nach acht Niederlagen in Folge benötigte Hillary Clinton wieder einmal einen Sieg. Je enger das Rennen wurde, um so schärfer wurde die Auseinandersetzung. Eigentlich war Wisconsin ideales Territorium für einen Clinton-Sieg: überwiegend weiße Bevölkerung, viele „blue collar worker“, viele ältere Wähler.

Trotz dieser günstigen Voraussetzungen verlor Hillary Clinton in Wisconsin gegen Barack Obama (41 %:58 %) mit großem Abstand. Obama lag in fast allen soziologischen Kategorien vor Clinton. Auch dort, wo Clinton bisher noch immer einen Vorsprung hatte, lag er nun vorn oder konnte er zumindest gleichziehen (z.B. weiße Frauen, Wähler ohne College-Abschluss, Beziehher niedrigerer Einkommen).

Auch in Hawaii, wo Obama teilweise aufgewachsen ist, gewann er mit geradezu überwältigendem Vorsprung (76 %:24 %). Damit errang er zwischen dem 9. und 19. Februar zehn Vorwahl-Siege gegen Hillary Clinton. Obama : Clinton – 10:0, auch ein großer psychologischer Sieg für die Obama Campaign.





Insgesamt verfügt Barack Obama nun über 1.354 Delegierte (1.185 gewählte Delegierte, 169 Superdelegierte). Hillary Clinton über 1.263 Delegierte (1.024 gewählte Delegierte, 239 Superdelegierte).

„Is Clinton finished?“ so fragen schon Überschriften. Von der „last Clinton campaign“ wird gesprochen, oder von „The collapse of Hillary“ bzw. „Die is cast. Ship is going down“, „Starting to feel desperate“. Nimmt man die allgemeine Stimmung zum Maßstab, dann ist

Hillary Clinton chancenlos, ihre Kandidatur am Ende, hat Barack Obama die Nominierung bereits gewonnen.

Hillary Clinton setzt nun auf die nächsten Vorwahlen am 4. März. Dann wird in zwei großen Staaten (Texas und Ohio) gewählt werden und sind zahlreiche Delegierte (Ohio 161, Texas 228) zu gewinnen. Clinton bezeichnet die beiden Staaten als ihren „firewall“. Dort will sie das Ergebnis wieder umdrehen. Noch liegt sie in den Umfragen in Ohio deutlich vorn, Obama hat aber in den letzten Wochen aufgeholt. In Texas liegen beide fast Kopf-an-Kopf. Insgesamt dürfte der Abstand zwischen den beiden, selbst wenn Clinton gewinnen sollte, nicht groß genug sein, das bisherige Ergebnis umzukehren.

TOTAL DELEGATES

Democrats »		Republicans »	
			
1,354	1,263	960	245
Obama	Clinton	McCain	Huckabee
1,185	1,024	833	214
Pledged:	Pledged:	Pledged:	Pledged:
169	239	48	3
Superdels:	Superdels:	Unpl. RNC:	Unpl. RNC:
Needed to Win: 2,025		Needed to Win: 1,191	
Delegate Key: ■ Pledged ■ Superdelegates ■ Pledged ■ Unpledged RNC			

Quelle: CNN, RCP

Alles läuft also auf einen Präsidentenwahlkampf Barack Obama gegen John McCain hinaus.

US-PRÄSIDENTENWAHLEN 2008 – SUPER TUESDAY

DIE ENTSCHEIDUNG BLEIBT WEITER OFFEN

Dr. Norbert Wagner | 7. Februar 2008

In rund zwei Dutzend Bundesstaaten waren am 5. Februar die Wähler aufgerufen, den Kandidaten ihrer Partei für die Wahlen im Herbst zu bestimmen. Noch nie zuvor haben an einem Super Tuesday in so vielen US-Bundesstaaten gleichzeitig Primaries stattgefunden. Noch nie zuvor fand der Super Tuesday so früh im Jahr statt. Früher lag der Termin meist im März. Bis zu einem gewissen Grade war der gestrige Super Tuesday eine nationale Primary.

Dieser Super Tuesday brachte aber entgegen weit verbreiteten Erwartungen noch keine Vorentscheidung darüber, welche beiden Politiker die Kandidaten der Demokraten und der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst sein werden.

Allgemein war erwartet worden, dass bei der Demokratischen Partei die Entscheidung zwischen Hillary Clinton und Barack Obama ein Kopf-an-Kopf Rennen sein wird. In den letzten Tagen vor dem Super Tuesday konnte Obama in den Umfragen noch weiter zulegen und fast zu Clinton aufschließen. Aus dem Clinton-Lager waren sogar schon besorgte Stimmen zu vernehmen, dass Obama nach dem Super Tuesday vor Clinton liegen könnte. Das ist zwar nicht geschehen. Dennoch zeigt das gestrige Wahlergebnis, dass die Obama Campaign weiter an Schwung zulegen konnte. Insgesamt fanden in 22 Bundesstaaten demokratische Vorwahlen statt. Barack Obama gewann in 13 Bundesstaaten, Hillary Clinton nur in acht. Allein das ist für Obama schon ein beachtlicher Prestigegegewinn. Allerdings lag Hillary Clinton in der Anzahl der gewonnenen Delegiertenstimmen wohl knapp vor Obama. So gewann sie New York und New Jersey, wo besonders viele Delegierte zu gewinnen sind. Außerdem lag sie in Kalifornien erwartungsgemäß mit deutlichem Vorsprung vor Obama.

Barack Obama dagegen gewann überraschend in Connecticut, was für ihn ein besonders wertvoller Gewinn sein dürfte, weil er zeigt, dass er auch in einem überwiegend weißen Ostküstenstaat nahe der Clinton-Bastion New York gewinnen kann. Obama lag

„natürlich“ in seinen Heimatstaat Illinois vorn, gewann das überwiegend „weiße“ Minnesota und eine Reihe von Bundesstaaten im Süden und Südwesten. Überraschend verlor Obama dagegen in Massachusetts, obwohl er von Senator Edward Kennedy unterstützt wurde.

Was letztlich zählt, zumindest bei den Demokraten, ist nicht die Anzahl gewonnener Rennen in den einzelnen Bundesstaaten, sondern die Anzahl der gewonnenen Delegierten. Diese werden bei den Primaries der Demokraten, verkürzt dargestellt, proportional zum Wahlergebnis aufgeteilt. Die Aufteilung der Delegierten auf die beiden Kandidaten ist teilweise ein recht komplizierter Prozess. Verlässliche Zahlen wird es wohl erst in einigen Tagen geben. Die generelle Tendenz ist indes eindeutig. Hillary Clinton liegt demnach bei der Anzahl der Delegiertenstimmen knapp vor Barack Obama. Sie hat auch am Super Tuesday keinen deutlichen Vorsprung erringen können. Hillary Clinton gewann am Super Tuesday 784 Delegierte, Barack Obama 764.

Insgesamt verfügt Hillary Clinton gegenwärtig nach letzten Zählungen über 1.045 Delegierte, einschließlich 211 Superdelegierter. Obama folgt recht knapp mit 960 Delegierten, einschließlich 128 Superdelegierter. Die aktuelle Differenz dürfte also etwa bei rund 80 Delegiertenstimmen liegen. Beide sind außerdem noch weit entfernt von der magischen Zahl 2.025, die man zur Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat benötigt.

Großes Aufsehen erregte am Tag nach dem Super Tuesday (am 6. Februar) die Ankündigung der Clinton Campaign, dass Hillary Clinton aus ihrem Privatvermögen 5 Millionen Dollar in ihre Kampagne zuschießen wird. Barack Obama hatte allein im Januar 2008 32 Millionen Dollar an Spenden eingeworben. Hillary Clinton „nur“ 13 Millionen Dollar. Offenbar ist man im Clinton-Lager besorgt, dass Obama mit seiner reichlich gefüllten Wahlkampfkasse einen strategischen Vorteil besitzt.

Für beide, Hillary Clinton und Barack Obama geht das Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur also weiter. In den nächsten Wochen und Monaten werden noch in 27 Bundesstaaten demokratische Primaries stattfinden. Bei den Demokraten stehen allein am 9., 12. und 19. Februar jeweils über 200 Delegierte „zur Wahl“. Am 4. März noch einmal über 400. Die letzten Vorwahlen werden erst am 3. Juni angehalten. Das Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur geht also weiter.

Auch bei den Republikanern hat der Super Tuesday noch keine endgültige Entscheidung gebracht. John McCain war der unumstrittene Frontrunner. Es war jedoch erwartet worden, dass Mitt Romney ebenfalls noch Aussichten auf eine Nominierung haben könnte. Kaum jemand erwartete, dass Mike Huckabee noch in die Auseinandersetzung würde eingreifen können.

Der Super Tuesday hat John McCain als Frontrunner bestätigt, vom Gewinn der Nominierung ist er aber noch einige Delegiertenstimmen entfernt. McCain gewann in neun der 21 Staaten, in denen republikanische Primaries stattfanden (Arizona, Kalifornien, Connecticut, Delaware, Illinois, Missouri, New Jersey, New York, Oklahoma). Das heißt, er gewann die Delegiertenstimmen aus neun Bundesstaaten, da bei den republikanischen Vorwahlen der Gewinner alle Delegiertenstimmen erhält („the winner takes all“). Besonders wertvoll waren für McCain wegen der großen Delegiertenzahl dabei seine Siege in Kalifornien, New York und New Jersey.

Auch das Rennen um den zweiten Platz im republikanischen Lager ist am Super Tuesday wieder spannend geworden. Überraschend gewann Mike Huckabee in fünf Bundesstaaten die Vorwahlen. John McCain schenkte ihm gewissermaßen einen Sieg in West Virginia. Außerdem gewann er in Alabama, Arkansas (seinem Heimatstaat), Georgia und Tennessee. Mitt Romney lag „nur“ in sieben Bundesstaaten vorn: Alaska, Colorado, Massachusetts, Minnesota, Montana, North Dakota und Utah.

Für Mitt Romney beinhaltete der Super Tuesday einen herben Rückschlag. Mike Huckabee dagegen ist wieder im Rennen. Romney wird sich nun fragen, ob die finanziellen Mittel, die er aus seinem Privatvermögen in die Kampagne investiert hat, wirklich gut eingesetzt waren. Und ob er bereit ist, weitere Mittel zuzuschießen. Dagegen gelingt es Mike Huckabee, mit einem „Mini-Budget“ einen äußerst effektiven Wahlkampf zu führen.

Nach dem letzten Stand hat John McCain am Super Tuesday 605 Delegierte gewonnen und verfügt nun über insgesamt 707. Zur Nominierung benötigt er mindestens 1.191 Delegiertenstimmen.

Mitt Romney gewann am Dienstag 201 Delegierte und kommt nun auf insgesamt 294. Mike Huckabee gewann am Dienstag 152 und verfügt über insgesamt 195.

Auch im republikanischen Lager geht das Rennen weiter, wobei allerdings damit gerechnet werden kann, dass John McCain die Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat gewinnen wird. Offen ist indes, wer an zweiter Stelle landen wird. Mit dem Schwung vom Super Tuesday könnte das auch Mike Huckabee sein.

Das Ergebnis der republikanischen Primaries ist auch ein Spiegelbild der republikanischen Partei, die im Wesentlichen in drei Gruppierungen unterteilt ist. John McCain steht für die „foreign affairs conservatives“, d.h. jene Republikaner, denen der Kampf gegen den Terror, ein Sieg in Irak und in Afghanistan etc. wichtig sind. Mitt Romney repräsentiert die „economic/fiscal conservatives“, d.h. jene Republikaner, die für „small government“ eintreten, für niedrigere Staatsausgaben und Steuern sowie insgesamt für ein Zurückdrängen staatlicher Intervention in das Leben der Bürger. Mike Huckabee schließlich repräsentiert die „social conservatives“. Für sie ist insbesondere die Ablehnung von Abtreibung und Homosexuellen-Ehe wichtig. In den letzten Wochen ist innerhalb der Republikanischen Partei eine heftige Debatte darüber entbrannt, ob John McCain wirklich ein Konservativer sei. Einige konservative Kommentatoren haben offen gegen McCain Stellung bezogen und für Romney geworben. Sie stört vor allem, dass McCain auch bei unabhängigen Wählern großen Zulauf hat. Die Unterstützung unabhängiger Wähler benötigt aber jeder republikanische Kandidat, will er im November erfolgreich sein.

Ergebnisse Super Tuesday

Super Tuesday	Democrats				Republicans					
	Del.	Clinton	Obama	% In	Del.	McCain	Romney	Huckabee	Paul	% In
California	370	52%	42%	99%	170	42%	34%	12%	4%	99%
New York	232	57%	40%	99%	87	51%	28%	11%	7%	99%
Illinois	153	33%	65%	99%	57	47%	29%	17%	5%	99%
Georgia	103	31%	67%	99%	72	32%	30%	34%	3%	99%
New Jersey	107	54%	44%	99%	52	55%	28%	8%	5%	99%
Missouri	72	48%	49%	100%	58	33%	29%	32%	4%	100%
Tennessee	68	54%	41%	100%	39	32%	24%	34%	6%	100%
Massachusetts	93	56%	41%	100%	43	41%	51%	4%	3%	100%
Arizona	56	51%	42%	98%	53	48%	34%	9%	4%	98%
Minnesota	72	32%	67%	89%	*	22%	41%	20%	16%	98%
Colorado	71	32%	67%	99%	46	19%	60%	13%	8%	95%
Alabama	52	42%	56%	99%	48	37%	18%	41%	3%	99%
Connecticut	48	47%	51%	100%	30	52%	33%	7%	4%	100%
Oklahoma	38	55%	31%	100%	41	37%	25%	33%	3%	100%
Arkansas	35	70%	27%	95%	34	20%	14%	60%	5%	95%
Utah	23	39%	57%	99%	36	5%	90%	2%	3%	99%
Delaware	15	43%	53%	100%	18	45%	33%	15%	4%	100%
North Dakota	21	37%	61%	100%	26	23%	36%	20%	21%	100%
West Virginia					30	1%	47%	52%	0%	100%
Montana					25	22%	38%	15%	25%	100%
Alaska	18	25%	75%	98%	29	15%	44%	22%	17%	98%
New Mexico	26	49%	48%	98%						
Kansas	21	26%	74%	100%						
Idaho	12	17%	79%	100%						

Quelle: realclearpolitics.com

Die aktuelle Umrechnung in die Anzahl der Delegierten ist im Wahlkampfblog der KAS unter www.uswahlen2008.squarespace.com zu finden.

OBAMA UND HUCKABEE SIEGEN IN DEN IOWA-VORWAHLEN

Dr. Norbert Wagner | 4. Januar 2008

Die ersten Vorwahlen zu den Präsidentenwahlen 2008 erbrachten in beiden politischen Lagern einen klaren Sieger.

Im Bundesstaat Iowa gewann unter den demokratischen Kandidaten Senator Barack Obama deutlich vor dem ehemaligen Senator John Edwards, gefolgt von Senator Hillary Clinton. Die übrigen demokratischen Kandidaten spielten praktisch keine Rolle.

- Senator Barack Obama: 37.58%
- Senator John Edwards: 29.75%
- Senator Hillary Clinton: 29.47%
- Governor Bill Richardson: 2.11%
- Senator Joe Biden: 0.93%
- unentschieden: 0.14%
- Senator Chris Dodd: 0.02%

Der ehemalige Gouverneur von Arkansas Mike Huckabee gewann die Iowa-Vorwahlen innerhalb der Republikanischen Partei klar vor dem ehemaligen Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney. Der ehemalige Senator Fred Thompson, Senator John McCain und Ron Paul liegen abgeschlagen zurück. Der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani erhielt nur 3% der republikanischen Stimmen.

- Mike Huckabee: 34%
- Mitt Romney: 25%
- Fred Thompson: 13%
- John McCain: 13%
- Ron Paul: 10%
- Rudy Giuliani: 3%
- Duncan Hunter 0%
- Tom Tancredo_ 0%

Die Vorwahlen in Iowa, wie die in den nächsten Tagen folgenden frühen Vorwahlen (z.B. in New Hampshire am 8. Januar, Nevada am 19. Januar, South Carolina am 19. und 29. Januar), werden immer mit besonders großer Aufmerksamkeit beobachtet. Sieger bei diesen Vorwahlen erhalten zu-

sätzlichen Rückenwind für Ihre Kandidatur. Kandidaten, die dagegen in den frühen Vorwahlen verlieren oder deutlich schlechter abschneiden als erwartet, verlieren rasch das Interesse der Öffentlichkeit.

- Gleichwohl stellen die Vorwahlen in Iowa nur einen kleinen Ausschnitt aus dem politischen Meinungsbild des Landes dar. Iowa ist geprägt von einer überwiegend weißen, konservativen Bevölkerung. Bei diesen Vorwahlen haben bei den Republikanern und Demokraten jeweils rund 100.000 bis 120.000 Parteianhänger abgestimmt.
- Bei den nächsten Vorwahlen, in New Hampshire, können sich auch Personen, die nicht Mitglied einer der beiden Parteien sind, in eine der beiden Listen eintragen und für einen Kandidaten stimmen. New Hampshire ist dagegen von einer überwiegend weißen, aber liberalen, d.h. eher linken, Bevölkerung geprägt.

Die Ergebnisse der Iowa-Vorwahlen sind dennoch äußerst bemerkenswert.

DEMOKRATEN

- Das wichtigste Ergebnis ist der klare Sieg von Barack Obama. Sein Plädoyer für einen Wechsel „change“ hat offenbar auch die Demokraten von Iowa überzeugt.
- Für Hillary Clinton ist ihr dritter Platz eine herbe Enttäuschung. Ihre Hoffnungen, die nächste Präsidentin der USA zu werden, haben damit einen deutlichen Rückschlag erlitten. Schon ein zweiter Platz (nach Obama) hätte für sie eine Niederlage bedeutet, denn sie beanspruchte geradezu für sich den ersten Platz bei dieser Wahl. Auch die Medien erwarteten lange Zeit einen klaren Sieg. Dass sie nun sogar noch knapp von John Edward geschlagen wurde, dürfte sie besonders schmerzen. Am Wahlabend war ihr (und Bill Clinton) dies auch deutlich anzusehen.

- Ihre Niederlage in Iowa hat Hillary Clinton sich allerdings selbst zuzuschreiben. Sie verfügt über die beste Wahlkampforganisation, das meiste Geld, den höchsten Bekanntheitsgrad. Dennoch hat ihre Wahlkampagne in den letzten Wochen viele Fehler gemacht, hat sie sich mit ihren Angriffen auf Obama (negative Wahlkampagne) vorwiegend selbst geschadet. Kurz vor den Wahlen hat sie ihr Wahlkampf motto gewechselt. Auch sie wollte nun eine Politikerin des Wandels (*change*) werden. Das hat nicht überzeugt.
- Für John Edwards hat sich ausgezahlt, dass er bei seinem Wahlkampf schon über viele Wochen hinweg ganz auf Iowa gesetzt und hier viel Zeit und Geld investiert hat. Sein zweiter Platz und sein Sieg über Hillary Clinton werden ihm zusätzlichen Schwung verleihen und wahrscheinlich auch zusätzliche Spender zuführen.
- Interessant ist, wie sich dieses demokratische Vorwahlergebnis auf die Vorwahlen in New Hampshire auswirken wird. Zweifellos wird Barack Obama von seinem Sieg profitieren. Bisher lag er in den Umfragen deutlich hinter Senator Clinton. Mit seinem Sieg in Iowa im Rücken dürfte er diesen Vorsprung verringern, vielleicht sogar zu ihr aufschließen. Andererseits könnte das Iowa-Ergebnis die Anhänger Clintons mobilisieren. Als Senatorin von New York hat sie auch in New Hampshire eine treue Gefolgschaft. Die politische, eher linke Grundströmung in New Hampshire dürfte aber auch John Edwards nützen.
- Völlig offen ist, wie die unabhängigen Wähler in New Hampshire auf das Ergebnis in Iowa reagieren werden. Manche meinen, sie werden nun vor allem Obama unterstützen. Andere, sie könnten versucht sein, das Rennen bei den Republikanern zu beeinflussen und etwa John McCain (gegen Mitt Romney und Mike Huckabee) unterstützen.
- Insgesamt hat sich das Lager der demokratischen Kandidaten für die Präsidentenwahl 2008 bereits gelichtet. Letztlich läuft das Rennen in den nächsten Wochen auf einen Dreikampf Obama-Clinton-Edwards hinaus.
- Alle übrigen demokratischen Kandidaten sind praktisch ausgeschieden, Senator Joe Biden und Senator Chris Dodd haben dies bereits am Wahlabend erklärt.
- Huckabee hat praktisch ohne bedeutende finanzielle und organisatorische Mittel der Wahlkampfmaschine Mitt Romneys standgehalten.
- Allerdings ist Iowa auch ein Bundesstaat, in dem die konservative politische Botschaft Huckabees und sein persönliche und direkte Art besonders gut ankommen.
- Mitt Romney hat sich achtbar geschlagen. Vor allem, wenn man bedenkt, dass er versucht, das gleiche politische Terrain zu besetzen, wie Mike Huckabee (konservativ, wertorientiert).
- Überraschend ist das relativ gute Ergebnis für Fred Thompson. Auch er spricht eher das konservative Spektrum innerhalb der republikanischen Partei an. Sein Wahlkampf ist allerdings nicht sehr engagiert. Vermutlich profitiert er von seiner Bekanntheit als Fernseh-Schauspieler.
- John McCain hatte sicher auf ein besseres Ergebnis gehofft. Angesichts der Tatsache, dass seine Kampagne im Sommer 2007 praktisch am Ende war (vor allem finanziell), hat er doch ein respektables Ergebnis erzielt.
- Ein äußerst schwaches Ergebnis (3 %) hat Rudy Giuliani erzielt. Zwar hatte Giuliani auf Wahlkampf in Iowa seit einigen Wochen weitgehend verzichtet, um sich ganz auf Florida zu konzentrieren. Höchst fraglich ist allerdings, ob dieses Kalkül aufgehen wird.
- Schwer einzuschätzen ist die Auswirkung des Ergebnisses der republikanischen Vorwahlen in Iowa auf die Vorwahlen in New Hampshire. Dort liegt zur Zeit McCain vorn, gefolgt von Mitt Romney (und abgeschlagen Giuliani und Huckabee). McCain dürfte von seinem Ergebnis in Iowa profitieren. Vielleicht kann er zusätzlich auch noch die Unterstützung eines Teils der unabhängigen Wähler gewinnen. Huckabee könnte noch etwas hinzugewinnen. Insgesamt ist aber New Hampshire für ihn kein besonders günstiges politisches Territorium.
- Auch Romney wird seine Plazierung in Iowa bei den Vorwahlen in New Hampshire eher nützen, so dass in New Hampshire bei den Republikanern ein Kopf-an-Kopf-Rennen McCain-Romney zu erwarten ist. Um seinen Anspruch als Präsidentenkandidat zu untermauern, müsste Romney indes in New Hampshire ein Sieg gelingen.
- Giuliani kann aus dem Ergebnis der Republikanischen Vorwahlen in Iowa allerdings auch Hoffnung schöpfen: Huckabee hat dort zwar gewonnen, aber weniger überzeugend als von Giuliani befürchtet. In New Hampshire liegt Huckabee in den Umfragen abgeschlagen an vierter Stelle. Romney wurde in Iowa nur zweiter und wird auch in New Hampshire vielleicht nicht gewinnen. McCain hat sich in Iowa behauptet und liegt in New Hampshire vorn.

REPUBLIKANER

- Der Sieg von Mike Huckabee war erwartet worden. Nicht erwartet worden war, dass dieser Sieg so deutlich ausfallen würde.

- Das Feld der republikanischen Kandidaten für die Präsidentenwahlen 2008 ist nach den Vorwahlen in Iowa noch sehr viel unübersichtlicher als jenes der Demokraten. Es könnte ein Dreikampf werden: Huckabee-Romney-McCain.
- Rudy Giuliani indes hofft, dass alle drei aus diesem Dreikampf so geschwächt hervorgehen werden, dass er spätestens mit den Vorwahlen in Florida (29. Januar) leichtes Spiel mit ihnen haben wird. – Er könnte sich dabei aber auch verrechnen.

VORWAHLKAMPF 2007

IMMER NOCH INEVITABHILLARY?

Dr. Norbert Wagner, Roman Sehling | November 2007

In den letzten Monaten hat sich im Republikanischen Lager der Präsidentschaftsanwärter vieles verändert: der ehemalige Spitzenreiter Senator John McCain hat einen massiven Spenden- und Popularitätseinbruch erlebt. Dies konnte der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani nutzen, um sich an die Spitze der GOP Kandidaten zu setzen. Dicht hinter ihm folgt der ehemalige Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney und der mit viel Vorschusslorbeer versehene ehemalige Senator Fred Thompson, der allerdings die in ihn gesetzten Hoffnungen bisher nicht erfüllen konnte.

Im Lager der Demokraten dagegen scheint alles unverändert: Senatorin Hillary Clinton konnte sich gegen Senator Obama behaupten. Zwar konnte Obama hinsichtlich der Summe der Wahlkampfspenden anfänglich zur ihr aufschließen, er vermochte dies aber bisher nur unzureichend in eine nachhaltige Popularitätszunahme unter den Wählern umzumünzen. Der ehemalige Senator John Edwards bleibt weiterhin in den nationalen Umfragen auf dem dritten Platz. Dass sich das Feld der Demokratischen Kandidaten verfestigt hat, wird gerade bei den Wahlkampfspenden sichtbar. Die beiden Top-Kandidaten der Demokraten haben bisher insgesamt 50 % mehr an Spendeneinnahmen erzielt, als die beiden Spitzenkandidaten der Republikaner. Bei den Finanzreserven der Demokraten vergrößert sich dieser Vorsprung sogar noch deutlicher.

Denn die Republikanischen Top-Kandidaten haben bereits wesentlich höhere Ausgaben für ihren Wahlkampf getätigt als ihre Opponenten von den Demokraten. Offensichtlich ist die Demokratische Basis bereits voll motiviert auf dem „Kriegspfad“, während man im Republikanischen Lager wohl noch darauf wartet, dass sich der „wahre“ Spitzenkandidat der Partei herauskristallisiert. Erst dann werden die Spendenhähne geöffnet. Nachdem die Demokratischen Kandidaten bisher immer höflich miteinander umgegangen sind, steigt bei ihnen nun der Druck, der Senatorin Hillary Clinton ihre Spitzenposition streitig zu machen. Eine Phase von schwächeren nationalen

Umfrageergebnissen nach der Fernsehdebatte in Philadelphia scheint sie allerdings wieder überwunden zu haben. Jedoch liegen die Demokratischen Kandidaten weiterhin fast Kopf an Kopf im Vorwahlstaat Iowa.



HILLARY CLINTON (D)

Die Senatorin hat sich in den letzten Monaten gegen den von Medien (und der einflussreichen Talkshow-Masterin Oprah Winfrey) umjubelten Senator Barack Obama durch-

gesetzt. Nachdem Obama im zweiten Quartal des Jahres mehr Spendenmittel einsammeln konnte, trumpfte Senatorin Clinton im dritten Quartal mit Spendeneinnahmen von über \$27 Millionen auf, wovon \$22 für die Vorwahlen bestimmt sind. Mittlerweile hat Senatorin Clinton damit insgesamt fast \$91 Millionen eingesammelt, während Obama immerhin \$80 Millionen an Spendeneinnahmen verzeichnen konnte.

Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die Senatorin im dritten Quartal \$10 Millionen von ihrer Senatswahlkampfkasse umgebucht hat. Jedoch konnte sie auch 100.000 neue Spender vermelden, von denen viele kleinere Summen gespendet haben, was die Möglichkeit offen lässt, sie später für weitere Spendenaufrufe zu kontaktieren. (70 % der Spender der ersten beiden Quartale hatten bereits die maximale Summe von \$2.300 für den Vorwahlkampf gespendet und könnten daher höchstens die gleiche Summe für den eigentlichen Wahlkampf spenden.)

Wichtiger jedoch ist, dass es Senator Obama bisher nicht gelungen ist, seine reichlichen Spendeneinnahmen und infolgedessen gewachsenen Werbemöglichkeiten in anhaltende Popularitätszuwächse umzuwandeln. Einige Beobachter meinen daher, dass die Senatorin ihre finanziellen Reserven von knapp \$50,5 Millionen und zukünftige Spenden jetzt einsetzen muss, um ihren Vorsprung zu halten bzw. nicht weiter zu verlieren und ihre Partei-Rivalen damit auf ihre Plätze zu verweisen.

**BARACK OBAMA (D)**

Der Senator hat trotz der Sommerpause stattliche \$21 Millionen im dritten Quartal eingenommen, wovon er ungefähr \$19 Millionen für die Vorwahlen ausgeben kann. Insgesamt hat er damit über \$80 Millionen an Spenden bekommen, wovon ihm noch \$36 Millionen zur Verfügung stehen. Auch wenn dies sein bisher schlechtestes Quartalsergebnis war, so konnte er doch 93.000 neue Spender werben, was seine Spenderdatenbank auf 352.000 Einträge anwachsen lässt.

Beobachter fragen allerdings immer lauter, ob Obama ein Stimmungshoch unter seinen Befürwortern erreicht hat: trotz stattlicher Ausgaben nehmen seine Popularitätswerte nicht weiter zu – auch wenn die Spenden noch fließen. Es wird ihm daher empfohlen, doch endlich „to go negative“ und mit aggressiven Attacken auf die Unterschiede zu Hillary Clinton hinzuweisen. Doch dies widerstrebt ihm wohl bisher (noch), vielleicht auch deshalb weil er genau diese „politics as usual“ als die Ursache für die heutigen Grabenkämpfe zwischen den Parteien hält. Zwar wird allgemein anerkannt, dass Senator Obama ein ausgezeichneter Redner ist, der ein beträchtliches Maß an Ausstrahlung besitzt. In manchen Debatten ließ er allerdings auch Schwächen, insbesondere auf dem Gebiet der Außenpolitik, erkennen, die Senator Clinton sogleich genüsslich ausschlachtete.

Senator Obama verweist zwar immer wieder – insbesondere um sich von Senator Clinton abzuheben – darauf, dass er als einziger Kandidat von Anfang an gegen den Irakkrieg war (er war zu dem Zeitpunkt allerdings nur ein Abgeordneter im Landtag von Illinois). Jedoch macht das ihn in den Augen der Wähler noch nicht automatisch zu einem außenpolitischen Experten. Einige seiner Kommentare bezüglich der Iran- und Pakistanpolitik der Regierung wurden von Gegnern dann auch so zusammengefasst: ein Präsident Obama würde den Partner Pakistan bombardieren und mit dem Feind Iran Gespräche führen. In der Tat erklärte Senator Obama in einer Fernsehdebatte, als zukünftiger Präsident würde er ohne Vorbedingungen Gespräche führen mit Fidel Castro, Hugo Chavez und Kim Il Jong.

**JOHN EDWARDS (D)**

Der ehemalige Senator hat im letzten Quartal nur noch \$7 Millionen an Spendengeldern einnehmen können. Das hat seine Gesamteinnahmen zwar auf \$30 Millionen anwachsen lassen, aber ihm bleibt nur eine finanzielle Reserve von \$12 Millionen. Auch wenn die Mehrheit der Spenden des 3. Quartals von Kleinstspendern kam (97 % der Spenden lagen unter \$250, weniger als einem % der Spenden lagen bei \$1,000 oder darüber) und deren Spendenlimit damit noch nicht ausgereizt sein muss, so hat er dennoch die Entscheidung getroffen, öffentliche Wahlkampfmittel anzunehmen. Er stellte diesen Entschluss letztendlich als eine Grundsatzentscheidung dar, jedoch wurde dieser Zug als Resignation angesichts des geringen Spendenaufkommens interpretiert.

Damit sieht sich Edwards nun vor zwei neuen Herausforderungen: einerseits sind finanzielle Mittel aus öffentlichen Kassen an Auflagen gebunden, die die Ausgaben für die Vorwahlen beschränken. So kann Edwards nunmehr z.B. nur \$1,5 Millionen für die Vorwahl in Iowa ausgeben. Diese Summe kann zwar mit juristischen Spitzfindigkeiten auf knapp \$3 Millionen erhöht werden, aber damit wäre er kaum noch wettbewerbsfähig, denn er könnte nicht mehr flexibel auf Attacken reagieren, sobald sein Ausgabenlimit erreicht ist. Andererseits kann er mit dieser „Prinzipienentscheidung“ zwar Hillary Clinton attackieren, jedoch nicht Senator Obama, der eine wesentlich größere Gefahr für Edwards' Kandidatur birgt, aber ebenfalls keine Spenden von Lobbyisten und „Special Interest Groups“ annimmt.

**MITT ROMNEY (R)**

Unter den Republikanern führt bei den Spendeneinnahmen der ehemalige Gouverneur von Massachusetts, Mitt Romney. Er konnte im letzten Quartal ungefähr \$18 Millionen an Spenden einnehmen, was ihn auf ein Gesamtspendenaufkommen von fast \$63 Millionen bringt. Allerdings beinhaltet diese Summe auch zwei Kredite von \$8,5 und \$6,5 Millionen aus dem eigenen Privatvermögen. Im Gegensatz zu seinen Republikanischen Kontrahenten, hat Romney bereits Werbung im Wert von \$8 Millionen in den frühen Vorwahlstaaten schalten lassen. Das erklärt, warum Romney trotz seines stattlichen Spendeneinkommens nur noch \$9 Millionen in der Wahlkampfkasse hat. Diese hohen Ausgaben haben offenbar bereits Früchte getragen, denn der

ehemalige Gouverneur konnte in Iowa und New Hampshire bereits Popularitätszuwächse erringen, auch wenn man ihn auf nationaler Ebene noch wenig kennt.

Offen bleibt allerdings, wie ein Republikaner, der im Demokratischen Massachusetts erfolgreich Gouverneur gewesen ist, jetzt den sozialkonservativen Flügel der Partei von sich überzeugen will. Die Tatsache, dass er angeblich bereit sein soll, bis zu 80 Millionen aus seinem privaten Vermögen (von geschätzten 250 Millionen) einzusetzen, könnte sich durchaus auch negativ auf seinen Wahlkampf auswirken. Im Vergleich zu dem zweimal geschiedenen Rudy Giuliani (dessen Kinder ein angespanntes Verhältnis zu ihm haben), bietet der Mormone Romney eine interessante Alternative für die Sozial-Konservativen in der Republikanischen Partei.



RUDY GIULIANI (R)

Der ehemalige Bürgermeister von New York Rudy Giuliani, konnte im dritten Quartal mit Spendeneinnahmen in Höhe von \$11 Millionen seine Reserven auf \$16,5 Millionen aufstocken. Damit liegt er (wie auch Romney) zwar weit hinter den beiden Top-Kandidaten der Demokraten zurück, jedoch besteht die Herausforderung in dieser Phase darin, das eigene, Republikanische Lager von sich zu überzeugen. Zwar kann der „President of 9/11“ wie kaum ein anderer Republikanischer Kandidat von seiner nationalen Bekanntheit und Beliebtheit profitieren. Doch bleibt unklar, wie er es schaffen will, seine Ansichten zu sozialen Fragen sowie seinen persönlichen Lebenslauf mit den Vorstellungen und Erwartungen der sozial-konservativen Republikaner in Übereinstimmung zu bringen. Meinungsführer der Evangelikalen haben bereits angedroht, im Falle der Nominierung Giulianis zum Republikanischen Präsidentschaftskandidaten, einen Kandidaten einer dritten Partei zu unterstützen.

Laut Umfragen finden jedoch 75 % der Republikaner die Themen wichtiger, in denen Giuliani ein klarer Konservativer ist (Terrorismus, Steuersenkung und Bildungs- sowie Krankenversicherungsreform), als die Bereiche Moral und Einwanderungspolitik, welche zu seinen Schwächen zählen. Giuliani wird also alles darauf setzen, diese erste Gruppe zu den Hauptthemen seines Vorwahlkampfes zu machen und dabei betonen, dass er wie wenige andere Republikanische Kandidaten eine reelle Chance hat, auch im November 2008 damit gewählt zu werden. Diese Logik (und die Aus-

sicht einer Präsidentin Hillary Clinton) scheint auch einige Evangelikale überzeugt zu haben: der konservative Reverend Pat Robertson unterstützt nun die Kandidatur Giulianis.



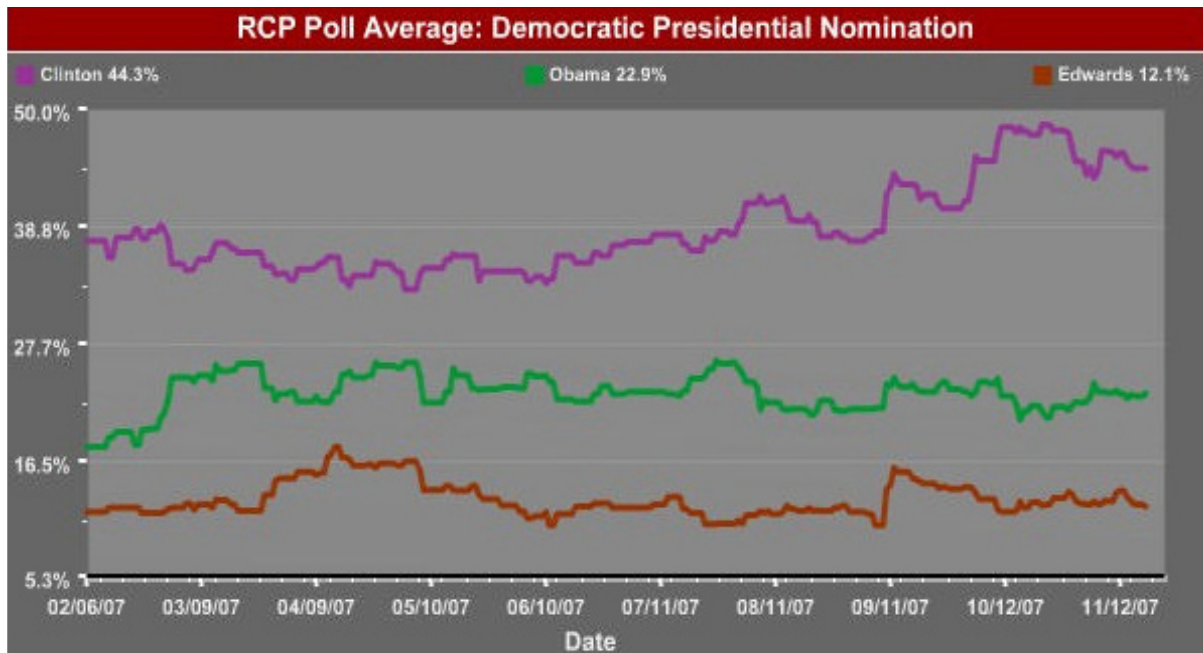
FRED THOMPSON (R)

Der ehemalige Senator Fred Thompson hat erst im September seine Kandidatur offiziell bekanntgegeben und zusammen mit dem Spendeneinkommen seines „Erkundungskomitees“ insgesamt fast \$13 Millionen an Spendeneinnahmen erzielt. Trotz seines späten Starts konnte Thompson bereits beachtliche 80.000 Einzelspender gewinnen, die zusammen mit einer Spendenrate von fast \$200.000 pro Tag ihrer Unterstützung Gewicht verliehen. Allerdings bleibt er mit diesen Werten weit hinter den Gesamteinnahmen seiner Gegner zurück.

Insofern ist es nicht überraschend, dass Thompson versucht, in erster Linie auf die frühen Vorwahlstaaten von Iowa, New Hampshire, South Carolina und Florida zu setzen. Beobachter vermissen allerdings bei ihm die Energie und den deutlich erkennbaren Willen zur Kandidatur. Sein vergleichsweise leerer Terminkalender ist ein Indiz hierfür. Seine Auftritte bei den verschiedenen Republikanischen Fernsehdebatten der letzten Wochen konnten nicht überzeugen.

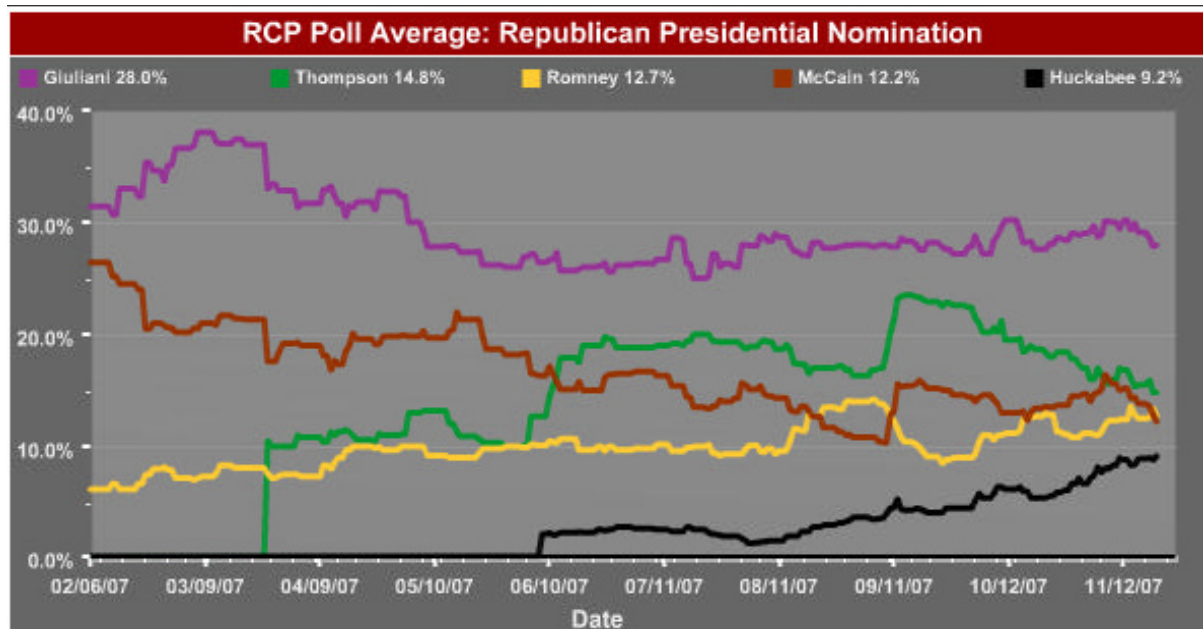
NATIONALE BAROMETER

Wenn man die nationalen Umfragewerte betrachtet (und nicht nur das finanzielle Barometer), so konnte Senatorin Hillary Clinton ihren Vorsprung vor Senator Barack Obama und John Edwards deutlich ausbauen. Ein Umfrageaggregat (RealClearPolitics.com) zeigt, wie sich ihre Beliebtheit fast stetig der 50 Prozentmarke genähert hat (auch wenn sie in den letzten Wochen Verluste verzeichnen musste), während Obama weiterhin im 20-25-Prozent- und Edwards im 11-14-Prozentbereich stagnieren (siehe Grafik nächste Seite).



Bei den Republikanern entspricht das Bild nicht ganz den Spendenzahlen: Rudy Giuliani liegt vorn, auch wenn sich seine Beliebtheit von den hohen 30iger Prozentwerten langsam auf knapp unter 30 % eingependelt hat. Nachdem Fred Thompson als einziger Republikanischer Kandidat ursprünglich einen deut-

lichen Zuwachs vorweisen konnte, sind seine Umfragewerte in den letzten zwei Monaten stetig gefallen. Mitt Romney hingegen ist bisher national relativ unbekannt, was sich in einer nur langsam wachsenden Popularität (etwas über 10%) widerspiegelt.



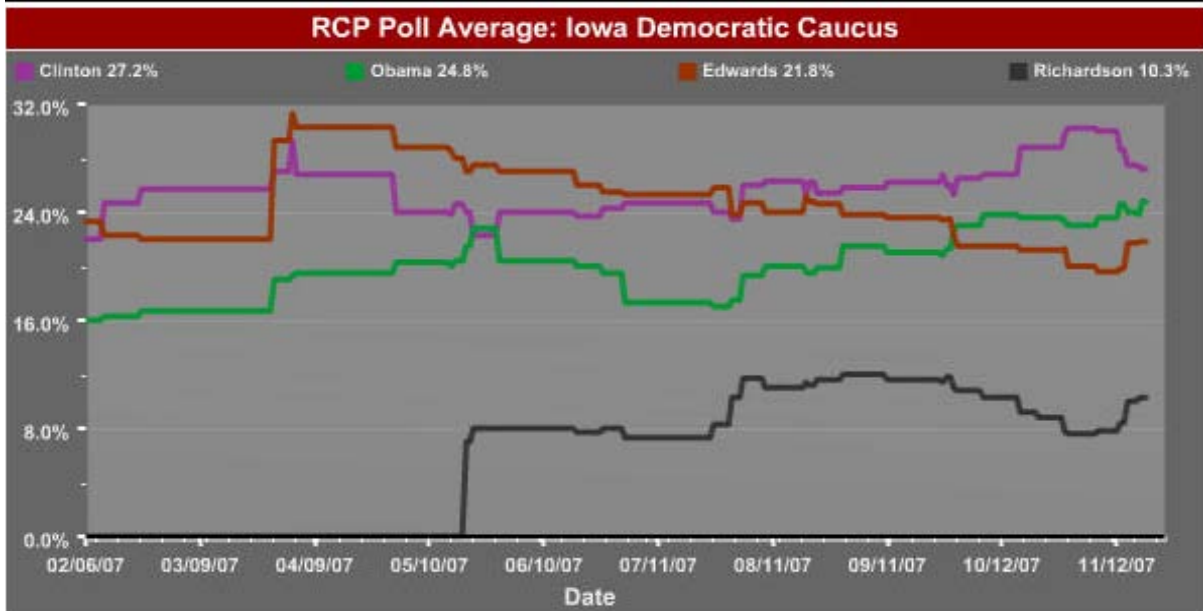
REGIONALE STIMMUNG

Laut Beobachtern wie Stuart Rothenberg der Zeitung *Roll Call* sind nationale Umfragewerte jedoch nur wenig aussagefähig, da zu viele der Befragten in Bundesstaaten leben, in denen manche Kandidaten noch überhaupt keinen Wahlkampf betrieben haben. Daher liegen in den nationalen Umfragen meist solche Kandidaten vorne, die bereits „celebrities“ sind. Falls

jedoch zum Beispiel Mitt Romney in Iowa gewinnen sollte, würde er nicht nur für die Medien interessant, sondern auch für die Allgemeinheit, die ihn auf nationaler Ebene noch auf dritter Stelle sieht. Es kommt daher vor allem darauf an, wie gut ein Kandidat auf lokaler Ebene organisiert ist und Werbung schaltet. Manche Kandidaten konzentrieren ihren Wahlkampf daher gerade auf jene Staaten, in denen traditionell die ersten Vorwahlen stattfinden. Der Gewinn oder

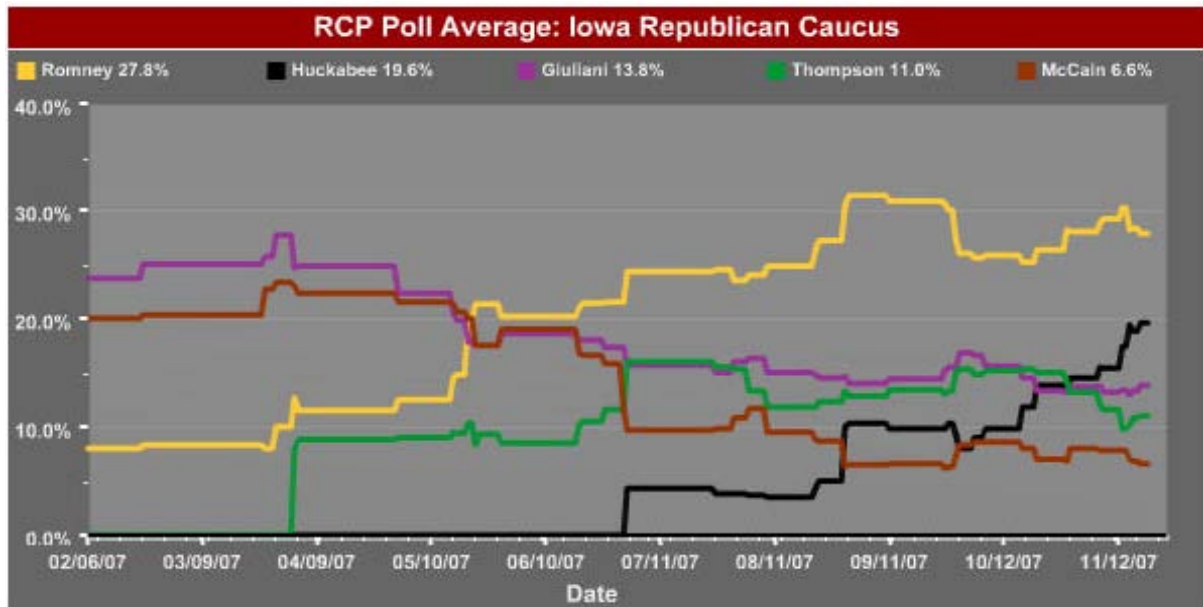
eine gute Platzierung bei einer der ersten Vorwahlen kann für einen Kandidaten erheblich mehr wert sein als viele Spendenmillionen. Im traditionell ersten Vorwahl/Caucus-Staat, Iowa, liegen Hillary Clinton und Mitt Romney vorn: Unter den Demokratischen

Kandidaten führt Clinton nur noch relativ knapp mit 27,2 % (nachdem sie kurzzeitig die 30 Prozentmarke überschritten hatte), Obama erhält 24,8 % und John Edwards immerhin noch 21,8 %.



Unter den Republikanischen Caucus-Wählern führt Mitt Romney mit 27,8 %, gefolgt von Rudy Giuliani mit 13,8 % und Fred Thompson mit 11 %.

Innerhalb des letzten Monats hat allerdings Gouverneur Mike Huckabee seine Umfragewerte beträchtlich verbessern können und liegt nun in Iowa auf zweiter Stelle!



Es bleiben noch weniger als sieben Wochen bis zu den ersten Vorwahlen am 3. Januar in Iowa. Dabei wird einerseits hoch interessant werden, ob es Senator McCain in New Hampshire noch einmal schaffen kann, nachdem er bereits im Jahr 2000 dort eine Mehrheit von sich überzeugen konnte. McCain, der bei vielen bereits als politisch Totgesagter gilt, fehlen momentan

die finanziellen Mittel, um gegen seine Kontrahenten national eine Chance zu haben. Viel wird davon abhängen, ob er es schafft, in den frühen Vorwahlstaaten für eine Überraschung zu sorgen und damit neue Spender zu mobilisieren. Neben McCain ist auch Mike Huckabee von Interesse: der ehemalige Gouverneur von Arkansas ist in den letzten Wochen als

Alternative für die sozial-konservativen Wähler ins Gespräch gekommen. Der ehemalige Baptistenpfarrer ist ehemals vor allem mit seinem Gewichtsverlust von über 50 Kilogramm bekannt geworden, den er in seinem Buch beschrieb und damit die Nation aufforderte gesünder zu leben. Nur hat Huckabee bisher noch keine regionalen grass-roots Netzwerke entwickelt bzw. seine Spendeneinnahmen liegen weit hinter denen seiner Kontrahenten. Dieses Szenario könnte sich schnell ändern, wenn es ihm gelingt, den zweiten Platz in Iowa zu halten. Jedoch fangen seine Republikanischen Kontrahenten erst jetzt an, ihn in den Debatten mit scharfen Fragen zu attackieren. Klar ist, dass sich in den nächsten sieben Wochen weiteren Persönlichkeiten und Interessensgruppen hinter ihre jeweiligen Kandidaten stellen werden. Des weiteren wird es nicht nur bei den direkten, scharfen Attacken in den Fernsehdebatten bleiben, sondern auch wieder zu den ersten Schlammschlachten kommen für die der amerikanische Wahlkampf so bekannt ist. Und dank des Internets kann man sicher sein, dass jeder Wähler mit seiner digitalen Kamera einen Ausrutscher der Kandidaten sekundenschnell verbreiten kann.

ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Norbert Wagner
Leiter Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Ave, NW
Washington, DC 20036 / USA
Tel.: 001202 / 464 5840
Fax: 001202 / 464 5848
E-Mail: office@kasusa.org
Norbert.Wagner@kasusa.org
www.kasusa.org

Sabina Wölkner
Team Europa und Nordamerika
Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Tel.: 030 / 26996 3539
Fax: 030 / 26996 53539
E-Mail: sabina.woelkner@kas.de
www.kas.de

Dr. Nino Galetti
Stabsstelle Grundsatzfragen
Konrad-Adenauer-Stiftung
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Tel.: 030 / 26996 3466
Fax: 030 / 26996 3555
E-Mail: nino.galetti@kas.de
www.kas.de